

# LAG Frauen 2009

Landesarbeitsgemeinschaft  
FrauenPolitik Baden-Württemberg

Standpunkte • Aufsätze • Dokumentationen



**JETZT. ERST RECHT.**

**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**

Baden-Württemberg



# Frauenstatut

Verabschiedet auf der Landesdelegiertenkonferenz der GRÜNEN Baden-Württemberg am 08./09. März 1986, geändert auf der Landesdelegiertenkonferenz am 23.-25. April 1999.

*Bündnis 90/DIE GRÜNEN* Baden-Württemberg bekennen sich zur Parität von Männern und Frauen in allen Parteigremien und leisten damit einen wesentlichen Beitrag zur Durchsetzung der in Art. 3 Grundgesetz garantierten Gleichstellung von Mann und Frau.

## 1. PARITÄT BEI DER BESETZUNG VON GREMIEN

Die auf Landesebene zu besetzenden Gremien sind paritätisch, d.h. mindestens zur Hälfte von Frauen zu besetzen. Dies gilt im Einzelnen für:

- a) die beiden Landesvorsitzenden
- b) die Mitglieder des Parteirates
- c) die Baden-Württembergischen Delegierten im Länderrat
- d) das Landesschiedsgericht
- e) die Landesliste zu Bundestagswahlen

Parität beschränkt sich nicht auf die numerische Repräsentanz von Frauen in den Gremien. Parität heißt vielmehr, dass eine Gleichverteilung sämtlicher Aufgabenfelder innerhalb dieser Gremien vorgenommen werden muss.

## 2. WAHLVORGANG

Die Wahlen zu den Gremien b) bis d) werden in zwei Wahlgängen durchgeführt. Im ersten Wahlgang werden nur Frauen gewählt, damit die Parität gewährleistet werden kann. Die Landesliste für die Bundestagswahl wird über ein alternierendes Verfahren paritätisch mit Frauen und Männern aufgestellt. Wahllisten sind grundsätzlich alternierend mit Frauen und Männern zu besetzen, wobei den Frauen die ungeraden Plätze zur Verfügung stehen (Mindestparität). Frauen können auch auf den geraden Plätzen kandidieren. Reine Frauenlisten sind möglich. Sollte keine Frau für einen Frauen zustehenden Platz kandidieren bzw. gewählt werden, entscheidet die Wahlversammlung über das weitere Verfahren. Die Frauen der Wahlversammlung haben diesbezüglich ein Vetorecht entsprechend Art. 3.c. des Frauenstatuts.

*Das Ziel eines jeden politischen Zusammenschlusses ist die Erhaltung der natürlichen und unverjähren Rechte der Frau und des Mannes: Diese Rechte sind Freiheit, Eigentum, Sicherheit und besonders das Recht auf Widerstand gegen Unterdrückung.*

*Olympe de Gouges,  
Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin  
1791*

# Frauenreader 2009

## Vorworte

- 4 Ulrike Maier
- 6 Petra Selg
- 7 Brigitte Lösch
- 8 Irmgard Zecher

## I Frauen und Arbeit

- 10 Frauen, Arbeit, Lohn
- 12 Soziale Absicherung aus frauenpolitischer Sicht

## II Frauen und Demokratie

- 14 Eine Lanze für die Quote
- 16 Quotierung von Kommunalwahllisten
- 18 Erwartungen an eine frauenfreundliche Kommune
- 20 Frauen und Europa
- 22 Demographischer Wandel aus der Genderperspektive
- 24 Frauen und Rechtsextremismus

## III Frauenrechte und Migration

- 26 Integration
- 28 Ayip – schändliches Verhalten
- 32 Zwangsheirat
- 34 Resolution für die Freiheit

## IV Frauen und Familie

- 36 Unterhaltsreform
- 37 Und was kommt nach der Versorger-Ehe?
- 39 Familienpolitik und Kinderbetreuung
- 41 Geschlechtergerechtigkeit in Schule und Ausbildung

## **V Frauen und GenderPolitik**

- 43 Alles Gender oder was?
- 46 Gender Budgeting Initiative Mannheim
- 49 Die Alphamädchen
- 51 Im Streichelzoo des Patriarchats
- 53 (Trans) Gender Mainstreaming
- 55 Ab wann ist man(n) Frau?

## **VI Frauen in den Medien**

- 57 Frauen in den Medien
- 61 Brief an BRAVO GiRL
- 63 Weißer Mann...

## **VII Frauen und Gesundheit**

- 65 Magermodels
- 67 Neue Pflegekonzepte in der Kommune
- 70 Frauen-Gesundheit-Geschäft (HPV)
- 72 Hilfen für Schwangere in Konfliktsituationen
- 75 Frauen und umweltbedingte Erkrankungen
- 78 Mammografie-Screening

## **VIII Frauen und Gewalt**

- 80 Häusliche Gewalt
- 84 Frauenhaus zwischen Wunsch und Wirklichkeit
- 86 Genitalverstümmelung
- 88 Prostitutionsgesetz
- 90 Prostitution und Zuhälterei
- 94 Prostitution - das älteste Gewerbe der Welt?
- 97 Menschenhandel/Trafficking
- 100 Sexsklavinnen im Schwarzwald

104 Anhang: Kurzbiografien

## Liebe Freundinnen und Freunde, liebe LeserInnen,

die Idee zum vorliegenden Reader entstand in einer unserer letzten Sitzungen: Wir wollten die Themen, die wir in den letzten knapp vier Jahren bearbeitet hatten, dokumentieren, einen Einblick in die Schwerpunkte unserer frauenpolitischen Arbeit geben und einen Beitrag zum Wahlkampf 2009 leisten. Ziele und Inhalte der Frauenpolitik haben sich in den letzten 20 Jahren entscheidend verändert:



Es ist gerade mal eine Generation her, dass die Rocklängen der ersten grünen Gemeinderätinnen im Land mit abwertenden Kommentaren bedacht wurden. Diesen Frauen, die nicht aufgegeben haben, sich mit Sachkenntnis und Durchsetzungsvermögen ihren Platz auf Augenhöhe mit den Männern zu erobern, gebührt unser ganzer Respekt! Unzählige Frauen sind aber auch an diesen Machtkämpfen gescheitert und so blieb wertvolles Potential an Wissen und weiblichen Problemlösungsstrategien ungenutzt.

Heutzutage erschließen sich jüngeren Frauen durch Gleichstellungsgesetze und frauenfreundlichere Strukturen völlig andere Möglichkeiten. Und es gibt immer mehr junge Männer, die gemeinsam mit ihnen an der Weiterentwicklung der Geschlechterverhältnisse arbeiten und eingefahrene Geschlechterrollen in Frage stellen. Das lässt hoffen, denn es ist die einzige Möglichkeit, unsere Gesellschaft weiter zu entwickeln und in einem geschlechterdemokratischen Verhältnis abzubilden. Ganz gleich, ob es um Friedens-, Wirtschafts-, Sozial- oder Umweltpolitik geht: ohne Beteiligung von Frauen, und zwar in den Entscheidungsebenen, werden die Belange der Hälfte der Gesellschaft nur unzureichend berücksichtigt und die Welt bleibt „a man´s world“.

Es gibt Faktoren, die uns auf dem Weg zur Geschlechterdemokratie voranbringen - und die hoffentlich nicht von der Wirtschaftskrise konterkariert werden. Oft genug wurden Krisen als Begründung dafür herangezogen, Frauen aus den Arbeitsmärkten zu drängen. Die zunehmende Entwicklung von der Produktions- zur Wissensgesellschaft erhöht zum Einen die Nachfrage nach Kompetenzen wie ganzheitlichem Denken, Pragmatismus und Konsensfähigkeit und fordert verstärkt die Beteiligung von Frauen. Zum Anderen führt der drohende Fachkräftemangel dazu,

dass auch Frauen mit technisch-naturwissenschaftlicher Ausbildung zunehmend als vollwertige Arbeitskräfte wahrgenommen, hier und da sogar explizit gefördert werden. Dass Frauen „es“ auch können, hat sich hinlänglich in Natur- und Geisteswissenschaften bewiesen. Warum sollte es im Maschinenbau und der Informationstechnologie anders sein? Eine Frau als Richterin, Staatslenkerin oder (hochschwangere) Verteidigungsministerin? Vor 100 Jahren wäre dies undenkbar gewesen. Daran möchte ich erinnern, um die historischen und gesellschaftlichen Dimensionen nicht aus dem Blick zu verlieren. Mit unseren frauenpolitischen Strukturen, unseren Forderungen nach quotierten Wahllisten und einer 40 %-Quote in Aufsichtsräten – nach norwegischem Vorbild – nehmen wir in der bundesweiten Parteienlandschaft eine VorreiterInnenrolle ein. Wir haben Maßstäbe gesetzt, die langsam auch von der Wirtschaft als innovativ und ökonomisch sinnvoll erachtet werden.

Während die Kanzlerin sich um den Begriff Feminismus herum verbreitet und sinngemäß konstatiert, dass „es Nachteile gibt, die aber keine/r spüren oder gar ansprechen will“, verteidigen wir unser Frauenstatut und zeigen mit der „Mixed Leadership“ in unseren eigenen Führungsgremien, wie Gleichstellung in der Praxis funktioniert. Damit leisten wir einen entscheidenden Beitrag, die strukturelle Benachteiligung, Diskriminierung und Marginalisierung von Frauen zurückzudrängen. Und zwar unabhängig von deren Religion, ethnischer Herkunft oder sexueller Orientierung. Ganz klar ist, das wir immer auch die Frauen im Blick haben, die nicht im Licht der Öffentlichkeit stehen, sondern im Verborgenen leiden, sei es durch häusliche Gewalt, durch sexuelle Ausbeutung, durch Armut oder so genannte „Illegalität“.

Das Wahljahr mit Kommunal-, Bundestags- und Europawahlen wollen wir nutzen, um unseren Wählerinnen und Wählern unsere Ideen von Gleichberechtigung, Geschlechterdemokratie und einem ganz klar politisch orientierten Feminismus näher zu bringen. Dazu soll auch dieser Reader beitragen – auch wenn wir damit keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben wollen. Anregungen von Außen sind sehr willkommen und wir freuen uns, wenn wir bei der einen oder dem anderen Lust auf politische Einmischung wecken können!

Allen, die in der einen oder anderen Form zu seinem Entstehen beigetragen haben, möchte ich an dieser Stelle von ganzem Herzen danken!

*Ulrike Maier*  
*Sprecherin der LAG FrauenPolitik*  
*BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg*

## Liebe Leserinnen, liebe Leser,



Bismarck ist längst tot, das Familienbild seiner Zeit und die Sozial- und Steuerpolitik, vor allem aber das Frauenbild von damals, das er daraus ableitete, schleppen wir weiter mit uns herum. Geändert hat sich seitdem die Gesellschaft, vor allem das Selbstverständnis von Frauen. Das Gleichberechtigungsgesetz trat 1958 in Kraft und 1977 fiel das Rechtsbild der „Hausfrauen“-Ehe.

Bei den Reichstagswahlen 1919 konnten Frauen erstmals wählen und gewählt werden! Das ist 90 Jahre her. Eine moderne Politik ist heute ohne die aktive Mitwirkung von Frauen undenkbar. Schon gar nicht bei uns Grünen. Quotierung, Doppelspitze, Bundesfrauenrat, Bundesarbeits- und Landesarbeitsgemeinschaften Frauenpolitik sind (noch!) in unserer Partei seit unserer Gründung ein fester Bestandteil. Allerdings zeigt sich immer mehr, dass auch Quoten kein Allheilmittel sind. Tagtäglich geht es darum, für Frauenbelange auf allen Ebenen zu kämpfen und sich einzusetzen. Dies tut seit vielen Jahren die LAG-FrauenPolitik mit all ihren Basisfrauen aus den Kreisverbänden. Die Landesarbeitsgemeinschaft der Frauen (LAG-FrauenPolitik) ist in unserer Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg ein fester Bestandteil der Satzung. In den nun zurückliegenden Jahren als Landesvorsitzende kann ich das Engagement der LAG für die verschiedenen Belange der Frauen nicht genug würdigen. Unzählige Veranstaltungen zu sehr verschiedenen Themen haben innerhalb und außerhalb der Partei großen Anklang gefunden. Manche so genannte „Randthemen“, die nicht im Fokus der Medien stehen und standen, wurden von der LAG Frauen unermüdlich bearbeitet. **Mit großem Erfolg!** Ich wünsche deshalb der Landesarbeitsgemeinschaft der Frauen in Baden-Württemberg einen nach wie vor langen Atem und viel Kraft und weiterhin das Engagement, wenn es um die Belange der Frauen geht. Da dieses Eintreten und das Engagement nach wie vor zu fast 100 Prozent auf ehrenamtlicher Basis erfolgt, danke ich allen Frauen in unserer Partei, die sich dafür einsetzen. Wir sind, als Partei in der Parteienlandschaft, was wirkliche Frauenpolitik betrifft, nach wie vor eine Speerspitze. Dies soll und muss so bleiben. Ich wünsche allen beim Lesen dieses Readers gute Stunden und neue Erkenntnisse, die sie bei manchen frauenpolitischen Themen noch nicht hatten.

*Petra Selg*  
Landesvorsitzende von  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg

## Chancengleichheit endlich umsetzen

Frauenpolitik ist in den vergangenen Jahren wieder verstärkt ins öffentliche Bewusstsein gerückt. Für die Grünen ist Frauenpolitik kein randständiges Nischenthema, sondern wird als zentrales politisches Thema wahrgenommen. Auch wenn wir in diesem Jahre 90 Jahre Frauenwahlrecht feiern, sind wir von einer vollständigen gesellschaftlichen Gleichberechtigung noch meilenweit entfernt.



Ein Blick auf den Arbeitsmarkt zeigt, dass Frauen in Führungspositionen immer noch unterrepräsentiert sind – so sind in Baden-Württemberg nur 18 % der Führungspositionen von Frauen besetzt. Das große Potential hoch qualifizierter Frauen liegt nach wie vor brach. Immer noch arbeiten Frauen häufiger in Teilzeitjobs, die weit unter ihrer Qualifikation liegen. Von tatsächlicher Chancengleichheit kann also noch immer keine Rede sein.

Auch haben sich in den letzten Jahrzehnten das Familienbild und die Geschlechterrollen in unserer Gesellschaft stark verändert. Familienpolitische Konzepte, die auf klassischen Geschlechterrollen basieren, laufen in der heutigen Gesellschaft weitgehend ins Leere. Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen heißt von daher, nicht nur das Recht von Frauen auf gerechte Teilhabe im Erwerbsleben, sondern auch das Recht der Männer auf Familie.

Wir müssen verstärkt daran arbeiten, dass Frauen- und Gleichstellungspolitik nicht nur qua Gesetz, sondern auch in der Praxis zum festen Bestandteil aller politischen Entscheidungen und Maßnahmen wird, auf globaler, europäischer, nationaler, regionaler und kommunaler Ebene. Grüne Frauenpolitik will Chancengleichheit für Frauen und Männer in allen Lebensbereichen und in allen Lebensabschnitten – in Bildung, Ausbildung, Beruf, Politik, Familie und im Privaten, von Kindesbeinen bis ins hohe Alter. Dieser Reader bietet einen Überblick über die aktuellen frauenpolitischen Grünen Themen. Wir wollen mit ihm aufmerksam machen, unsere Themen offensiv in die Öffentlichkeit hinaustragen, zu Diskussionen und zur Mitarbeit anregen.

*Brigitte Lösch, MdL*

*Frauen- und Sozialpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion von  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg*

## Die Klugheit ist die Tapferkeit der Alten

Dieses sehr alte Sprichwort hat mich nachdenklich gemacht. Sind wir so genannten „Alten“ tatsächlich klüger geworden?

Ich wage es zu bezweifeln.

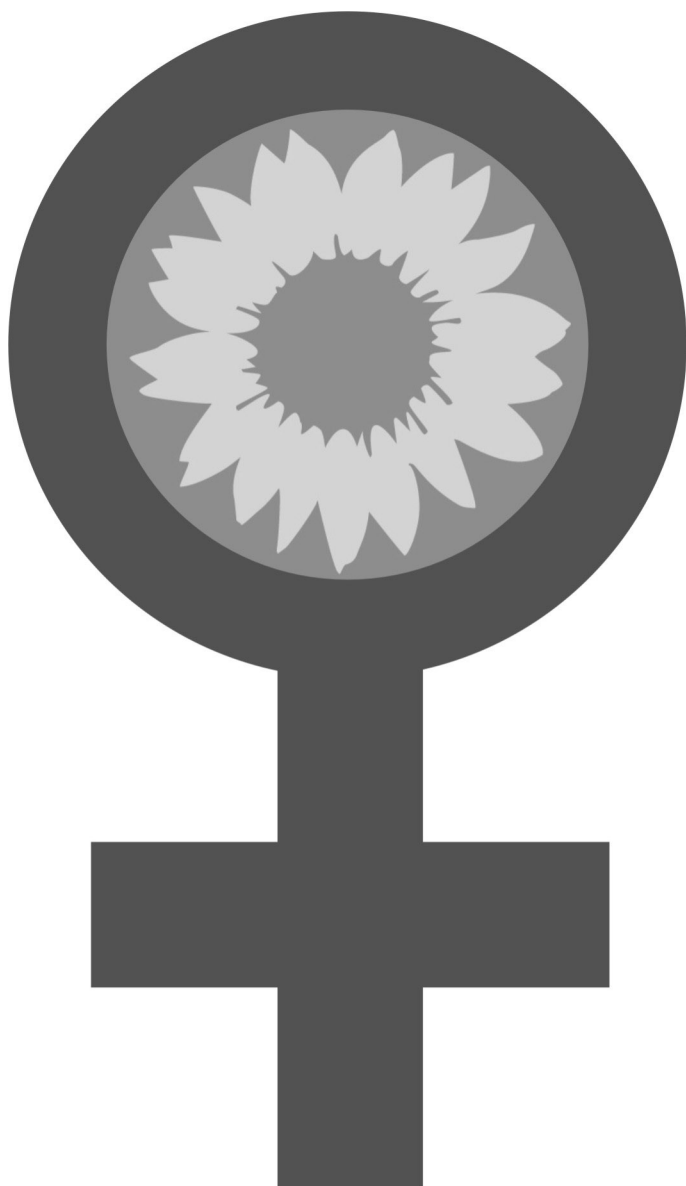
Zwar hat die Frauenpolitik besonders durch mutige Frauen bei den Grünen einen ungeahnten Aufschwung erhalten. Es sind besonders die jungen Frauen, die sich Positionen erworben haben im Beruf, in der Politik, im Leben wie sie vor gar nicht so langer Zeit überhaupt nicht denkbar waren.

Wo bleiben die Frauen, die die Lebensmitte bereits überschritten haben? Wo bleiben die Erfahrungen und das Wissen, das sich diese Frauen erworben haben?

Es ist immer noch der alte Gedanke in den Köpfen: Dafür sind Frauen nicht geeignet. Stärken wir unser frauen@selbstbewusstsein! Gestalten wir mit! Bestimmen wir mit! Mitmachen heißt die Parole, auch für Ältere, damit das erwähnte Sprichwort seinen Sinn bekommt.

*Irmgard Zecher  
Mitglied Koordinationsgruppe LAG FrauenPolitik  
Alterspräsidentin BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg*





## Wie sich (Frauen-) Arbeit lohnt

In den letzten Jahrzehnten haben sich das Familienbild und auch die Geschlechterrollen in unserer Gesellschaft stark verändert. Nur noch 5,7 Prozent aller Paare wollen oder können nach dem traditionellen Alleinernährer-Modell leben. Familienpolitische Konzepte, die auf klassischen Geschlechterrollen basieren, laufen deshalb in der heutigen Gesellschaft weitgehend ins Leere. Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen, heißt von daher nicht, nur das Recht von Frauen auf gerechte Teilhabe im Erwerbsleben, sondern auch das Recht der Männer auf Familie zu stärken.

Für die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf brauchen wir eine Dreifachstrategie:

1. Mehr Förderung für Frauen im Beruf
2. Mehr Förderung für Männer in der Familie
3. Strukturelle Veränderungen, die die Vereinbarkeit für beide Geschlechter gleichermaßen fördern wie flexible Arbeitszeitgestaltung, eine bessere Infrastruktur bei der Kinderbetreuung und bei der Pflege

Der Frauenanteil an den Erwerbstätigen in Baden-Württemberg liegt heute bei 44,6 Prozent, von denen allerdings nur die Hälfte in Vollzeit arbeitet – mit abnehmender Tendenz. Teilzeitarbeit ist dagegen fast reine Frauensache: 83 Prozent aller Teilzeitbeschäftigten im Land sind Frauen.

Frauen in Führungspositionen sind nach wie vor Seltenheit: Von 100 Führungskräften aller Branchen und Betriebe im Land sind gerade mal 18 Frauen – Baden-Württemberg liegt damit im Bundesländervergleich an viertletzter Stelle. Zudem verdienen Frauen bei gleicher Arbeit durchschnittlich ein Viertel weniger als ihre männlichen Kollegen, und je höher das Gehalt wird, umso größer wird die Diskrepanz. Diese Diskriminierung hat negative Folgen für die Existenzsicherung, die Kaufkraft und die Alterssicherung von Frauen.

## Wie sich (Frauen-) Arbeit lohnt

Bei den Existenzgründungen liegt der Frauenanteil bei 37 Prozent, und auch bei der Unternehmensnachfolge kommen Töchter deutlich seltener zum Zuge. Hier müssen durch eine Gründerinnenoffensive und eine den Bedürfnissen angepasste Kreditvergabe die notwendigen Voraussetzungen für gleichberechtigte Chancen geschaffen werden.

Bei der Umsetzung von Chancengerechtigkeit muss es aber auch darum gehen, die unbezahlte Betreuungs-, Erziehungs- und Pflegearbeit aufzuwerten und geschlechtergerecht zu verteilen. Wir Grüne halten deshalb eine gesetzliche Pflegezeit, als steuerfinanzierte und einkommensbezogene Lohnersatzleistung, analog dem Elterngeld, für den richtigen Vorschlag.

Für die Zukunft unserer Gesellschaft ist es von elementarer Bedeutung, tragfähige Modelle für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu entwickeln. Dies nachhaltig umzusetzen ist ein Ziel grüner Politik.

*Charlotte Schneidewind-Hartnagel*  
*Mitglied Koordinationsgruppe LAG FrauenPolitik*  
*KV Odenwald-Kraichgau*



## **Soziale Absicherung – aus frauenpolitischer Sicht**

Armut in Deutschland steigt stetig an – insbesondere Frauen sind davon betroffen; sie verdienen nicht nur weniger, der Wechsel zwischen Erwerbslosigkeit, Job, Familienarbeit, „Ehrenamt“ und Jobsuche ist auch gängige Praxis. Um Haus- und Sorgearbeiten sowie Berufsarbeit zu vereinbaren, werden Minijobs und andere nicht Existenz sichernde Beschäftigungsverhältnisse angenommen. Vor allem aber sind Frauen noch immer überproportional von Arbeitslosigkeit und damit von Armut betroffen - insbesondere allein erziehende Frauen. In der Folge steigt das Armutsrisiko im Alter bei Frauen.

Das Problem Armut und unsere Kritik an Hartz IV hat dazu geführt, dass wir baden-württembergischen GRÜNEN fast das gesamte Jahr 2007 über eine neue soziale Absicherung diskutiert haben. Zwei unterschiedliche Konzepte standen sich gegenüber – „Grundsicherung“ und „Grundeinkommen“ – beide Konzepte beinhalteten die Forderung nach mehr Investitionen in Bildung, Kinderbetreuung, in eine individuelle Arbeitsmarktpolitik und nach Mindestlöhnen. In Baden-Württemberg sprachen sich die Delegierten bei der LDK in Heilbronn (2007) mehrheitlich (60:40) für ein grünes Grundeinkommen aus. Auch die LAG FrauenPolitik hatte im Rahmen eines Meinungsbildes mehrheitlich ein Grundeinkommen befürwortet, da dieses ihren Forderungen, insbesondere nach eigenständiger finanzieller Absicherung, weitgehend entspricht.

Grundeinkommen bedeutet, dass alle Menschen – egal, ob sie Frauen, Männer, Jung oder Alt sind – individuell ein Grundeinkommen in Höhe von 420 € und Kinder in Höhe von 300 € bedingungslos, ohne Bedarfprüfung, erhalten. Bei Bedarf gibt es zusätzlich Wohngeld, weitere Leistungen und Unterstützungsangebote für Menschen in besonderen Lebenslagen. Das Grundeinkommen ist mit einer umfassenden Einkommensteuerreform verbunden: Gutverdienende erhalten das GE als Grundfreibetrag, zahlen aber dafür real mehr Steuern. Geringverdienenden bekommen das GE über eine negative Einkommensteuer ausbezahlt – unbürokratisch und ohne unwürdige Bedarfprüfung.

## Soziale Absicherung

Der in Baden-Württemberg beschlossene Leitantrag für ein Grundeinkommen wurde dann auch auf der Bundesdelegiertenkonferenz in Nürnberg eingebracht. Die Delegierten sprachen sich hier jedoch mehrheitlich (58:42) für eine Grundsicherung aus. Grüne Beschlusslage ist somit, dass der Regelsatz bei Hartz IV auf 420 € angehoben werden soll. Ebenso sollen die Zuverdienstmöglichkeiten verbessert werden. Mit dieser Verbesserung und einer im Nürnberger-Beschluss anvisierten bedingungslosen Kindergrundsicherung kann Armut von Frauen ein Stück weit bekämpft werden. Zusätzlich braucht es aber eine Garantierente, die Altersarmut bei Frauen verhindert. Wichtig dabei ist, dass diese Garantierente individuell und universell für alle Personen gilt, unabhängig von der Erwerbsbiografie.

Trotz Verbesserungen bleiben mit dem Nürnberger Beschluss Wertmüßigkeiten – insbesondere aus frauenpolitischer Sicht. Die Erhöhung der Grundsicherung erhöht zwangsläufig auch die Zahl derer, die sich einer Bedarfprüfung unterziehen müssen, um ausreichend finanziell abgesichert zu sein. Gerade die Mehrzahl der Frauen bewegt sich aber im Niedriglohnbereich: sie müssen trotz Erwerbstätigkeit Transferleistungen beantragen. Und auch ein weiterer frauenpolitischer Anspruch wird mit der Grundsicherung nicht eingelöst – nämlich die Forderung der LAG FrauenPolitik: „Die Ansprüche müssen individuell sein, unabhängig vom Partner- oder Haushaltseinkommen. Auch wenn der Nürnberger Beschluss dies perspektivisch formuliert, wird diese Forderung aufgrund der Bedarfprüfung nicht umsetzbar sein. Die Zahl der, vor allem weiblichen, Antragsberechtigten, würde immens steigen und somit auch die notwendige Bürokratie. Eine eigenständige Existenzsicherung wird Frauen weiterhin nur zugestanden, wenn sie kinder- und partnerlos sind. Auch nach Nürnberg bleiben wir also bei einer Politik der Bedarfsgemeinschaften, die sich zu großen Teilen von Inhalten und Zielen einer Gleichberechtigung der Geschlechter abgewendet hat.

*Beate Müller-Gemmeke  
Mitglied des Landesvorstandes  
KV Reutlingen*



## **Frauenpolitische Strukturen bei den Grünen – eine Lanze für die Quote**

Es waren die Grünen, die 1986 als erste Partei alternierende Wahl Listen einführten und einen sprunghaften Anstieg ihres Frauenanteils bewirkten. Auch wenn dies die Geschlechterdemokratie in den eigenen Reihen vorantrieb, ist das Frauenstatut, das „Frauenplätze“ und „freie Plätze“ vorsieht, nach wie vor umstritten. Dabei ist die Quote keineswegs ein überholtes Instrument aus der feministischen Mottenkiste. Sie sorgt für echte paritätische Verhältnisse, wo sich erfahrungsgemäß kein Automatismus einstellt: bei der Forderung nach Chancengleichheit, die viel zu oft ein Lippenbekenntnis bleibt.

Viele Gründe sprechen für eine Quote: Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen wirken sich negativ auf die Bereitschaft von Frauen aus, ein Amt zu übernehmen. Viele hoch qualifizierte Frauen haben auch keine Lust, sich in Machtkämpfen aufzureiben: Die Quote macht ein lästiges Ringen um den „Führungsanspruch“ überflüssig und Frau kann sich direkt der politisch-inhaltlichen Arbeit widmen.

Und was den zahlenmäßigen Männerüberschuss in der grünen Parteibasis angeht: Der würde ganz schnell dazu führen, dass mehr als die Hälfte der Ämter mit Männern besetzt werden. Ein Grund mehr, die „fraueninduzierende“ Wirkung der Quote zu verteidigen und diesen hohen Standard nicht aufzugeben gegen ein wohlwollendes: „Das habt ihr doch nicht nötig.“

Das Frauenstatut hat dazu geführt, dass bei den Delegiertenversammlungen Männer und Frauen zu gleichen Teilen vertreten sind – besser könnte man Geschlechterdemokratie nicht demonstrieren. Die Diskussion um die fehlende Doppelspitze im letzten Bundestagswahlkampf zeigte auch, dass diese Strukturen zu einem veränderten Bewusstsein geführt haben: Frauenmangel wird als solcher kritisch wahrgenommen, und zwar auch von Männern. Das gehört weder in der Wirtschaft noch in weiten Teilen der Politik zur Tagesordnung und ist insofern ein

## Frauenpolitische Strukturen

herausragendes Beispiel für den Stellenwert, den die Chancengleichheit bei den Grünen hat.

Das Argument, dass man nicht nach dem Geschlecht, sondern der Qualifikation wählen soll, unterstellt übrigens, dass die Verhältnisse in der Wirtschaft die Minderqualifikation von Frauen widerspiegeln. Dass das nicht der Fall ist, sondern dass es eher an den Rahmenbedingungen und stereotypen Rollenzuschreibungen liegt, wird wohl kaum jemand bezweifeln.

Deswegen brauchen wir die Quote: nur mit ihr wird Chancengleichheit *nachhaltig* gewährleistet und nur so entstehen Vorbilder, an denen sich auch junge WählerInnen orientieren können.

*Ulrike Maier*  
Sprecherin LAG Frauenpolitik  
KV Karlsruhe



## Quotierung von Kommunalwahllisten

Die Einführung der Quote ist bislang das einzige erfolgreiche Modell, um den Frauenanteil in allen Entscheidungsgremien zu erhöhen. Dies gilt für politische Parteien und Parlamente genauso wie in Wissenschaft und Wirtschaft.

Mit einem Frauenanteil von 21 Prozent in den Gemeinderäten liegt Baden-Württemberg im bundesdeutschen Vergleich nach wie vor an letzter Stelle. 52 Prozent der Wahlberechtigten in Baden-Württemberg sind weiblich. Der Frauenanteil in den Gemeinderäten nach der Kommunalwahl 2004 beträgt 21 Prozent. In 54 von 1.100 Gemeinden gibt es keine Frauen im Gemeinderat und nur in vier Gemeinderäten liegt der Frauenanteil bei 50 Prozent. In den 1.100 Rathäusern finden wir 6 Oberbürgermeisterinnen. In den Kreistagen liegt der Frauenanteil bei 15 Prozent und in den 35 Landkreisen gibt es seit kurzem eine einzige Landrätin.

Nach der Kommunalwahl 2004 hat sich der Frauenanteil im Vergleich zu 1999 um ganze 2,4 Prozent erhöht. Wenn diese Entwicklung in Baden-Württemberg beibehalten wird, wird frühestens bei den Gemeinderatswahlen 2059 annähernd die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in der Kommunalpolitik in Baden-Württemberg erreicht werden.

Dass es schneller gehen kann, hat Frankreich 2001 vorgemacht. Durch die Einführung des „Parité-Gesetzes“, das eine gleichmäßige alternierende Berücksichtigung von Frauen und Männern bei der Listenaufstellung verlangt, kam es bei den Kommunalwahlen umgehend zu einer Verdoppelung des Frauenanteils in den Parlamenten von 24 auf 47 Prozent.

Angesichts der weitgehend rechtlichen Gleichstellung von Frauen und Männern richtet sich der staatliche Auftrag aus Art. 3 Absatz 2 GG („Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender

## Quotierung von Kommunalwahllisten

Nachteile hin.“) heute vor allem darauf, faktische, nicht zuletzt strukturelle Benachteiligungen von Frauen zu beseitigen, die sich in der seit Jahren anhaltenden Unterrepräsentanz von weiblichen Abgeordneten in den Kommunalparlamenten manifestiert.

Der Anteil der in Baden-Württemberg gewählten Frauen entspricht bei weitem nicht dem Frauenanteil in der Bevölkerung. Angesichts dieser unveränderten Situation ist es erforderlich, durch Quotierungen bei den Kommunalwahllisten die Parteien und Wählervereinigungen zu veranlassen, sich verstärkt um die Nominierung von Frauen zu kümmern.

Die Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat dazu im September 2008 einen Antrag zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes eingebracht, der eine paritätische Berücksichtigung von Frauen und Männern bei der Aufstellung der Wahlvorschläge von Parteien und Wählervereinigungen vorsieht.

Politik muss zur Zielsetzung haben, den Anteil von Frauen und Männern in den kommunalen Gremien in Übereinstimmung mit ihrem Bevölkerungsanteil zu bringen. Für die LAG FrauenPolitik bleibt es deshalb eine ihrer wichtigsten Aufgaben, sich auf allen Ebenen für eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an der Politik einzusetzen, um den politischen Diskurs in den Parlamentsgremien nachhaltig zu verändern.

Siehe auch: Gesetzentwurf zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes, Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 14/3272.

*Charlotte Schneidewind-Hartnagel*  
*Mitglied Koordinationsgruppe*  
*LAG FrauenPolitik*  
*KV Odenwald-Kraichgau*



## **Erwartungen an eine frauenfreundliche Kommune**

Die Kommune fördert aktiv die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Männer und Frauen, indem sie ein bedarfsorientiertes Angebot an Kinderbetreuung (für unter 3-Jährige, Ganztagesbetreuung in Wohnortnähe) bietet, Ganztageschulen ausbaut oder zumindest Angebote zur Nachmittagsbetreuung an Schulen bereitstellt und an allen Schulen lückenlos Kernzeitbetreuung gewährleistet.

Die Kommune bietet eine frauen- und familienfreundliche Infrastruktur: Sie wird zum Ort der kurzen Wege mit Nahversorgungsangeboten in allen Ortsteilen, fördert Projekte wie Mehrgenerationenhäuser und ist fußgängerfreundlich. Sie hat sicher zugängliche, gut beleuchtete Parkhäuser und auch nachts ein Angebot an öffentlichem Personennahverkehr (Nacht taxi für Frauen, Nachtbus).

Die Kommune setzt Chancengleichheit in ihrer eigenen Verwaltung in allen Teilen um. Sie unternimmt Anstrengungen für einen paritätischen Frauenanteil auf allen Ebenen der Verwaltung, im Gemeinderat und in den sonstigen Entscheidungsgremien (Aufsichtsräte). Sie stellt einen Frauenförderplan auf, bietet Fortbildungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und steigert auf der Führungsebene der Verwaltung den Frauenanteil. Sie achtet bei der Personalentwicklung auf die Aufstiegschancen von Frauen auch dann, wenn sie in Teilzeit beschäftigt sind oder wegen Kindererziehung eine Auszeit im Beruf nehmen.

Die Kommune verwendet in allen Satzungen, Verordnungen, Dokumenten etc. die männliche und weibliche Sprachform.

Die Kommune bietet Hilfe bei sexualisierter Gewalt an, indem sie für Beratungseinrichtungen, Betreuung und Unterkunft schutzsuchender Mädchen und Frauen sowie deren Kinder die erforderlichen Mittel bereitstellt und aktiv ist in der Gewaltprävention.

Die Kommune führt bei der Aufstellung des Haushalts das Konzept des Gender Budgeting ein, nach dem bei den Haushaltsberatungen die unterschiedlichen Auswirkungen der öffentlichen Einnahmen und Ausga-

## **Erwartungen an eine frauenfreundliche Kommune**

ben auf Frauen und Männer ermittelt werden. So lassen sich Auswirkungen auf Geschlechterverhältnisse offen legen, Prioritäten neu setzen, um einen geschlechtersensiblen und -gerechten Haushalt aufzustellen.

Die Kommune engagiert sich für die Gleichstellung von Frauen und Männern im Beruf. Dazu gehören Beratungsangebote für erwerbslose Frauen, Weiterbildungsmöglichkeiten für Wiedereinsteigerinnen in den Beruf und die Unterstützung einer Teilzeitorientierung für Männer.

Die Kommune mit mehr als 8.000 EinwohnerInnen hat eine hauptamtliche kommunale Frauenbeauftragte mit gesichertem Budget, die für die Belange der Geschlechtergerechtigkeit auf allen Ebenen der Lebens- und Arbeitswelt in der Gemeinde zuständig ist. Sie macht bei kommunalpolitischen Entscheidungen auf Frauenbelange aufmerksam, fördert eine frauenfreundliche Verwaltung, erarbeitet Informationsmaterial und führt Veranstaltungen durch, pflegt und vermittelt Kontakte zu Frauengruppen und -verbänden, gibt Hilfestellung für Rat suchende Frauen und Männer und vermittelt diese an entsprechende Beratungsinstitutionen.

*Sabine Schlager*  
*Kommunalpolitisches Referat*  
*der Grünen Baden-Württemberg*  
[www.gar-bw.de](http://www.gar-bw.de)



## Frauen und Europa

Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist ein Grundprinzip der Europäischen Union. Bereits der Vertrag zur Gründung einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft aus dem Jahr 1957 enthält den Grundsatz: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Die EU nahm für lange Zeit – und nimmt zum Teil noch heute – im Bereich der Frauen- und Gleichstellungspolitik eine Vorreiterrolle ein.

Traditionell fällt ein wichtiger Teil der Gleichstellungspolitik in den Politikbereich Arbeit und Soziales. Beschäftigung ist ein wesentlicher Faktor für die (wirtschaftliche) Unabhängigkeit von Frauen und ist damit ein Schlüsselement der Gleichstellung, da sie ein Verhältnis von Frauen und Männern auf Augenhöhe ermöglicht. Eine große Anzahl an EU-Rechtsvorschriften regelt Gleichstellung in diesem Bereich. Allerdings besteht immer noch eine große Diskrepanz zwischen Recht und Wirklichkeit. Und die derzeitige Kommission hat nur wenig neue Initiativen gestartet.

Wo Handlungsbedarf besteht, zeigen folgende Beispiele:

- Frauen haben in fast allen Mitgliedstaaten einen höheren Bildungsgrad als Männer; im Berufsleben allerdings stehen Männer besser da.
- Das Lohngefälle zwischen Frauen und Männern beträgt im EU-weiten Durchschnitt 15, in Deutschland gar 23 Prozent.
- Die Betreuungsstrukturen sind in vielen Mitgliedstaaten so unterentwickelt, dass Frauen ihrer Arbeit nicht mehr wie zuvor nachgehen können, sobald sie Kinder oder ältere Menschen betreuen.
- Viele Frauen sind deshalb in Teilzeit tätig: 30 Prozent EU-weit, 45 % in Deutschland, dagegen nur 7 Prozent der Männer.
- Durch kürzere Erwerbszeiten und niedrigere Einzahlungen erlangen Frauen oftmals geringe Rentenansprüche. So überrascht es nicht, dass Altersarmut verhältnismäßig mehr Frauen als Männer betrifft.
- Auch auf politischer Ebene sind Frauen unterrepräsentiert: mehr als die Hälfte der in Europa lebenden Menschen sind Frauen, aber nur 31 Prozent der Europaabgeordneten.

**Frauen und Europa**

An Zielvorgaben mangelt es nicht – die Umsetzung ist leider zu unverbindlich! Beispielsweise stammt die Richtlinie über die Anwendung des Grundsatzes des gleichen Entgelts für Männer und Frauen aus dem Jahr 1975: Über 30 Jahre später ist das Ziel immer noch nicht erreicht!!!

Die Grüne Fraktion hat sich im Europaparlament erfolgreich für eine Richtlinie zur Gleichstellung am Arbeitsplatz stark gemacht, nach der erstmals auch »positive« Maßnahmen zur Förderung des unterrepräsentierten Geschlechtes möglich sind. Das kann aber nur ein erster Schritt sein: Um zum Beispiel den Anteil von Frauen in Führungspositionen zu erhöhen, wäre die Einführung einer verbindlichen Quote nach dem Vorbild Norwegens notwendig.

Wir fordern eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Entscheidungspositionen innerhalb der EU-Gremien. Dazu gehören auch die Mindestquotierung der EU-Kommission und die Stärkung der Gleichstellungspolitik in der Kommission.

*Heide Rühle*  
*Mitglied des Europa-Parlaments*  
[www.heide-ruehle.de](http://www.heide-ruehle.de)



## Demografischer Wandel aus der Genderperspektive

In der Debatte um die demografische Entwicklung in Deutschland, das mit einer Geburtenrate von 1,34 unter dem europäischen Durchschnitt von 1,51 (2005) liegt, wird häufig der Eindruck vermittelt, dass in erster Linie Frauen, insbesondere hochqualifizierte „Akademikerinnen“, für den Geburtenrückgang verantwortlich seien. Veröffentlichungen verschiedener Autoren wie Frank Schirrmacher (er sieht Deutschland in der demografischen Krise und plädiert für einen neuen Familiensinn) und Eva Herman (sie führt den Geburtenrückgang auf die Emanzipation der Frauen zurück) haben dieses undifferenzierte Bild in der Öffentlichkeit weiter verfestigt.

### Doch was ist dran am angeblich weiblichen Gebärstreik?

Zunächst beweist ein Blick in die Geschichte, dass der Geburtenrückgang keineswegs eine Erscheinung der Gegenwart ist, sondern in Deutschland bereits Ende des vorletzten Jahrhunderts eingesetzt hat. Das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Jung und Alt hat in der Vergangenheit sogar stärker und schneller abgenommen, als es jetzt und in Zukunft der Fall sein wird. Dennoch ist der Lebensstandard im letzten Jahrhundert deutlich gestiegen und der Sozialstaat konnte sogar ausgebaut werden.

Eine langfristige Betrachtung der demografischen Entwicklung spricht also eher dagegen, dass der Geburtenrückgang an einer höheren *Qualifizierung* oder der so genannten *Emanzipation* von Frauen liegt. Glaubt man aktuellen Studien zum Thema, sind es die Rahmenbedingungen, die eine Vereinbarung von Elternschaft und Berufstätigkeit erschweren. Frauen sind davon immer noch stärker betroffen als Männer: die Gehaltsdifferenz beträgt im Schnitt nach wie vor 23%. Frauen sind auch weitaus häufiger in schlecht bezahlten Teilzeitjobs tätig. Und die biologisch bedingte zeitliche Begrenzung für eine Schwangerschaft fällt oft mit der so genannten Rush-Hour des Lebens zusammen, einem Zeitraum, in dem wichtige berufliche und persönliche Entscheidungen getroffen werden müssen.

## Demografischer Wandel aus der Genderperspektive

Frauen, die nicht auf eine verlässliche Beziehung zurückgreifen können, laufen zusätzlich Gefahr, als allein erziehende Mütter in die Armutsfalle zu gelangen. Durch unterbrochene Erwerbsbiografien zahlen sie zudem weniger in die Rentenkassen ein und können keine Altersvorsorge aufbauen. Die Folge in vielen Fällen ist Altersarmut.

Es ist nicht allein die demografische Entwicklung, die als Ursache für soziale Schief lagen benannt wird, sondern eine ungleiche Verteilung von Kapital, ungleicher Zugang zu Ressourcen und eine zunehmende Ökonomisierung aller Lebensbereiche, die dann im Umkehrschluss eine Entscheidung für Kinder immer schwerer macht. Menschen, die trotz einer 40 Stunden-Woche auf staatliche Hilfe angewiesen sind, werden sich gut überlegen, eine Familie zu gründen.

Viel zu wenig wird berücksichtigt, dass die demografische Entwicklung auch als Chance genutzt werden kann, alte Strukturen aufzubrechen und zum Positiven zu verändern. Und so hat die Demografie-Debatte auch bei uns die ersten politischen Maßnahmen ausgelöst. Durch das Elterngeld – das in einem anderen Zusammenhang allerdings in der Kritik steht, weil es vorwiegend gut verdienende Eltern bevorzugt – ist es selbst im bürgerlichen Lager kein Tabu mehr, dass auch Männer sich in die aktive Vaterrolle begeben und ansatzweise darüber nachdenken, sich vom Alleinernährermodell zu verabschieden. Mit nachlassendem sozialen Druck auf Männer, die ihre Babyzeit einfordern – was früher einem karrieristischen Selbstmord gleichkam – wird vorstellbar, dass eines Tages Männer und Frauen gemeinsam und ganz selbstverständlich die verantwortungsvolle Aufgabe der Reproduktions- und Erziehungsarbeit übernehmen.

*Ulrike Maier*  
*Sprecherin LAG Frauenpolitik*  
*KV Karlsruhe*



## **Frauen und Rechtsextremismus**

Seit Anfang der 90er Jahre steigt die Zahl rechtsextremer Frauenorganisationen und deren Zulauf. In der Öffentlichkeit wird dies aber bislang kaum wahrgenommen. Rechtsextremismus gilt in erster Linie als ein Problem von gewalttätigen Männern. Innerhalb der rechtsextremen Organisationen gewinnen Frauen kontinuierlich an immer mehr Einfluss und Bedeutung. Zudem übernehmen Frauen oft eine Scharnierfunktion, indem sie mit „friedlichem“ Auftreten rechtsextremes Gedankengut in die Mitte der Gesellschaft hinein tragen. Ihre „Vorbild-Funktion“ für Mädchen und junge Frauen sollte dabei nicht unterschätzt werden. Es zeigt sich, dass rechtsextreme Mädchen und Frauen als politisch handelnde Akteurinnen wahrgenommen werden müssen, nicht mehr nur als harmlose, unpolitische Mitläuferinnen.

In Baden-Württemberg sind unter anderem drei rechtsextremistische Frauenorganisationen bekannt und auch aktiv: „Aktive Frauen Fraktion“ (AFF), „Ring Nationaler Frauen“ (RNF), die 2006 als NPD-Frauenorganisation gegründet wurde und „Gemeinschaft Deutscher Frauen“ (GDF). Im Februar 2008 fanden im Raum Heilbronn und Mai 2008 in Villingen-Schwenningen Treffen des RNF statt. Beim Sommercamp der ‚Heimatreuen deutschen Jugend‘ in Mecklenburg-Vorpommern 2008 waren auch zehn TeilnehmerInnen aus Baden - Württemberg dabei.

Es gibt bisher kaum Untersuchungen, und somit auch fast keine Zahlen, über rechtsextreme Frauen. Deshalb muss bei Forschungen zu Rechtsextremismus unbedingt der Genderansatz mit einbezogen werden. Auch müssen bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus geschlechtsspezifische Prävention und Aufklärung an erster Stelle stehen.

In Baden-Württemberg gibt es keine geschlechtsspezifische Prävention, die Frauen und Mädchen im Besonderen behandelt. Auch gibt es keine Projekte oder Initiativen, die sich speziell mit rechtsextremistischen Frauenverbänden befassen.

## **Frauen und Rechtsextremismus**

Präventionsveranstaltungen gegen Rechtsextremismus werden vom Landesamt für Verfassungsschutz und der Polizei durchgeführt. Erst 2008 wurde ein Projekt „Mit Zivilcourage gegen Extremismus – Demokratie macht Schule“ gestartet, das die Präventionsarbeit an Schulen intensivieren soll. Auch gibt es im Land keine speziell auf Frauen und Mädchen abgestimmten Ausstiegsprogramme. Im Rahmen des seit 2001 landesweiten Ausstiegsprogramms für Rechtsextremisten durch die Beratungs- und Interventionsgruppe gegen Rechtsextremismus (BIG Rex) werden zwar besonders geschulte Polizeibeamtinnen eingesetzt, aber das reicht nicht aus. Gewaltschutz muss auch ein grundlegender Bestandteil sein.

Rechtsextremismus muss politisch und zivilgesellschaftlich weiterhin entschieden bekämpft werden. Die Aktivitäten von Neonazi-Frauen müssen aufmerksam beobachtet werden. Rechtsextremistische Organisationen sind verfassungsfeindlich und müssen politisch mit aller Härte bekämpft werden.

*Brigitte Lösch*  
*Frauen- und sozialpolitische Sprecherin*  
*Landtagsfraktion*  
*[www.brigitte-loesch.de](http://www.brigitte-loesch.de)*



## Integration

Das Thema Integration steht nicht nur zu Wahlkampfzeiten im Blickpunkt von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sondern ist, seit diese Partei existiert, stets eines ihrer Hauptthemen gewesen.

Was ist unter Integration zu verstehen? Die Sozialwissenschaften verstehen darunter das Einbinden einer gesellschaftlichen Minderheit in eine größere soziale Gruppe. Damit dieser sukzessiv ablaufende Prozess gelingt, bedarf es eines dauerhaften Bemühens auf beiden Seiten. Bewusstsein und damit Verhalten verändern sich jedoch erst nach und nach, damit neue Strukturen, neue soziale Ordnungen in der Gesellschaft entstehen können. Ein beschwerlicher, mühsamer und beidseitiger Entwicklungs- und Anpassungsprozess muss zurückgelegt werden, sollen die Werte- und Handlungsmuster verbindlich für alle gesellschaftlichen Kräfte sein.

Einerseits leben wir hierzulande in einer von den Errungenschaften der Aufklärung determinierten Gesellschaft und Kultur; die Gleichberechtigung ist in unserem Grundgesetz verankert. Dennoch setzen andererseits viele Menschen mit Migrationshintergrund ungestört ihre tradierten, meist religiös verbrämten patriarchalischen Denkmuster ihrer Herkunftsländer fort, missachten Menschenrechte, insbesondere das Selbstbestimmungsrecht von Frauen.

Eine Gleichbehandlung von Männern und Frauen, das grundgesetzlich garantierte Recht auf Schulbildung, die Ausübung eines Berufes, ist in unserem Land für jede deutsche Frau ein Recht, unseren fremden Schwestern, den Migrantinnen, wird dieses Grundrecht jedoch häufig von ihren Familien verwehrt.

Eine freie Partnerwahl oder das sexuelle Selbstbestimmungsrecht wird ihnen, meist unseren Blicken verborgen, von ihrer Familie verweigert, sie werden zwangsweise mit einem ihnen in der Regel unbekanntem Mann aus ihrem Herkunftsland verheiratet. Die Dunkelziffer derartig geschlossener Ehen ist nicht unbeträchtlich. Oder sie werden, sowohl Frauen als auch Männer, in eine von beiden Familien arrangierte Ehe gedrängt, verharren in der Regel darin. Frauen werden psychosomatisch krank, wie Dr. Halis Cicek aus seiner therapeutischen Praxis in Berlin berichtet. Wenn die nicht aus Zuneigung geschlossene Ehe in einer

## Integration

Scheidung endet, fühlen sich die früheren Ehepartner entehrt; der „Familienclan“ ebenfalls. Aus verletzter Ehre wird diesen „westlich-rebellischen“ Frauen noch Jahre später nach dem Leben getrachtet, was leider traurige Realität ist. Solche Familientragödien werden in der Statistik und Teilen der Gesellschaft nicht selten zu Eifersuchtsmorden relativiert; den Frauen wird damit weiteres Leid zugefügt. Wohl gemerkt, nicht die gesamte Population von MigrantInnen ist gewalttätig, sondern es sind Einzelfälle, auch wenn jeder Fall ein Fall zu viel ist.

Dessen ungeachtet dürfen Respekt und Toleranz gegenüber einer fremden Kultur uns keinesfalls dazu verleiten, zu akzeptieren, dass bzw. wie muslimische Frauen oder Mädchen einem patriarchalisch-archaischen Ehrenkodex und körperlicher Gewalt durch ihre Väter, Brüder, andere männliche Familienmitglieder oder Ehemänner häufig ausgesetzt sind.

Mit blindem Verständnis und Verweis auf eine gewisse kulturelle Sonderheit, dem Hinweis auf die patriarchalischen Traditionen des Herkunftslandes muss daher endlich Schluss sein. Diese Haltung trägt zur Verfestigung einer Parallelgesellschaft und damit der Benachteiligung und Unterjochung von MigrantInnen sowie deren Rechtlosigkeit bei. Ein erhebliches Demokratiedefizit wird hier sichtbar, das es abzubauen gilt, wollen wir unsere Zukunft gemeinsam gestalten.

Natürlich sind wir nicht blind dafür, dass die Diskriminierung von Frauen auf Grund ihres Geschlechtes auch in der deutschen Gesellschaft kein Anachronismus ist. Dieser Sexismus wird weiterhin von uns thematisiert, geächtet und bekämpft. Dazu fühlen wir Frauen von der LAG FrauenPolitik uns ganz besonders verpflichtet.

*Doro Meuren*  
*Stv. Sprecherin BAG und LAG FrauenPolitik*  
*KV Neckar-Bergstraße*



## »Ayip« – schändliches Verhalten

Wer sich genauer mit der Kultur, der Tradition und den Werten der türkischen Einwanderer beschäftigt, wird mit den Konflikten in Berührung kommen, denen Kinder und Jugendliche in diesen Familien ausgesetzt sind. Er wird feststellen, dass sie verzweifelt versuchen, mit zwei völlig unterschiedlichen Gesellschaftssystemen zurechtzukommen. Kaum jemand ahnt, welche internen Konflikte in diesen Familien ausgetragen werden. Denn alles spielt sich hinter verschlossenen Türen ab, so gut wie nichts dringt nach außen.

Konflikte haben vor allem die Mädchen. In ihrer deutschen Welt herrscht Freiheit, und zu Hause, in der türkischen, bestimmen die konservativen Eltern ihr Leben. Für die Disziplinierung der Mädchen wird oft das Wort »Ayip« gebraucht. Es bedeutet »schändliches Verhalten« und soll unkorrekte Verhaltensweisen verhindern. So lernen Mädchen schon von klein auf, den weiblichen Körper zurückhaltend, bescheiden und schamhaft zu bewegen. Ihre Blicke sind auf den Boden geheftet, und jede unkontrollierte Überschreitung der Grenze des eigenen Körpers gilt als schamlos, hässlich, unmoralisch, unrein und schändlich. Fortwährend werden sie ermahnt:

- „*Verhalte dich ehrenhaft, mach keinen Ärger, sei gehorsam und artig, sonst respektiert dich niemand!*“;  
 „*Antworte erst dann, wenn du gefragt wirst!*“;  
 „*Rede nicht so laut, lache nicht zu laut und sei nicht zu aufdringlich!*“;  
 „*Was sollen die anderen Menschen von dir denken?*“;  
 „*Setz‘ dich ordentlich hin und spreize deine Beine nicht so!*“;  
 „*Zieh deinen Rock über die Knie und bedecke deine Beine, sonst gucken die Leute!*“;  
 „*Schau nicht aus dem Fenster, sonst denken die anderen, du hast einen Liebhaber!*“;  
 „*Nimm den Kaugummi aus dem Mund, lecke dein Eis nicht so genüsslich auf der Straße, das erregt die Männer!*“;  
 „*Rede nicht mit Fremden (Männern) und lass dich nicht von fremden Leuten ansprechen!*“;  
 „*Gehorche den Worten deines Vaters, Bruders, Onkels und deines Mannes, sonst bekommst du eine Tracht Prügel!*“;

## »Ayip« - schändliches Verhalten

*„Sei nicht rebellisch!“;*

*„Bete zu Allah, damit er dich auf den rechten Weg leitet und du uns keine Schande bringst!“*

*„Fürchte Allah und sei ein ehrwürdiges und frommes Mädchen“;*

*„Halte dich fern von Sünde und Schande“.*

Mit diesen oder ähnlichen Sätzen wurden und werden türkisch-muslimische Mädchen von frühester Kindheit an indoktriniert. Sie wissen, dass »die Ehre« das höchste Gut einer muslimischen Familie ist, und sie ahnen bereits, dass sie selbst die Ehre der Familie sind, die es unter allen Umständen zu bewahren gilt. Denn von ihrer Ehre hängt die Ehre der gesamten Familie ab. Selbst wenn die Kindheit relativ unbehelligt abläuft, das böse Erwachen kommt spätestens mit Beginn der Pubertät.

Eine türkische Redewendung, die heute noch gängig ist, besagt: »Kiz kismi, el malidir«, was so viel heißt wie: »Die Töchter sind fremdes Besitztum«. Sie wachsen im Vaterhaus auf. Und das »Vaterhaus« ist ein Ort der Erziehung. Dort wendet sich der Vater mit strengen Regeln der Sittsamkeit und großen Erwartungen seinen Töchtern zu. Auf dem Feld der Erziehung darf es keine Fehler und kein Versagen geben.

Sie werden von Kindesbeinen an dazu erzogen, nicht zu widersprechen, den Forderungen und Anweisungen der Eltern sowie der gesamten Familie respektvoll zu begegnen, ihre eigenen Wünsche und Bedürfnisse zurück zu stellen und sich für das Wohl der Familie aufzuopfern. Aus Rücksicht auf die Tradition ihrer Familie nehmen viele Mädchen und Frauen die Einschränkungen ihrer Rechte und viele Zwänge hin, die sich manchmal tief in ihrem Innersten festgesetzt haben.

Während die Mädchen vom frühesten Alter an zur Passivität erzogen werden, werden die Jungen von Kindesbeinen an auf die aktive Rolle vorbereitet. Der erste Schritt zur Mannwerdung beginnt mit der Beschneidung des kleinen Jungen. Damit wird er Mitglied der Männergesellschaft. Und schon sehr früh wird dem Jungen vermittelt, dass *die Ehre* die Werteskala für die gesellschaftliche Position in der öffentlichen Männerhierarchie ist.

**»Ayip« - schändliches Verhalten**

Nach der islamischen Tradition ist das weibliche Geschlecht physisch und psychisch schwach, ohne Verstand, arglistig und Unheil bringend. Vor allem die weibliche Sexualität ist eine Gefahr. Um das bedrohliche weibliche Geschlecht unter Kontrolle zu halten und unehrenhaftes Verhalten zu verhindern, wird von den Männern erwartet, dass sie ihre Frauen und Mädchen streng kontrollieren.

Richtige muslimische Männer müssen sich in dem erstarrten patriarchalischen System behaupten, sich erheben und die nötige Disziplin und Muskelstärke mitbringen. Denn je mehr ein türkischer Mann die Frauen seiner Familie unter Kontrolle hat, umso besser für seine gesellschaftliche Stellung in der Männerhierarchie.

Wenn ein Mädchen der Familie sich unehrenhaft verhält, dann ist die Ehre des Mannes verletzt bzw. befleckt. »Namussuz « oder »ehrlos« ist ein Mann auch, wenn jemand von außen ein weibliches Familienmitglied angreift oder auch nur belästigt. Vor allem fremde (deutsche) Männer sind die Feinde der weiblichen Ehre. Wenn sie die Mädchen oder Frauen aus der Familie (sexuell) belästigen, anmachen, anfassen, ansprechen oder auch nur schief angucken, sollen sie die harte Hand des muslimischen Mannes spüren.

Wenn die Ehre bedroht ist, gilt es, sie – notfalls unter Einsatz des Lebens – zu verteidigen und wiederherzustellen.

Eine Ehrverletzung oder der Ehrverlust betrifft nie den Einzelnen allein, sondern immer den ganzen Familienclan. Es bedeutet den sozialen Abstieg bzw. den sozialen Tod einer Familie in der religiös-traditionellen Gemeinschaft. Die Entehrung ist wie eine offene Wunde. Jeder in der Gemeinschaft wird fortan bei jeder Gelegenheit an diese Wunde rühren bzw. Salz in sie streuen. Die Angehörigen der »verachteten Familie« (besonders die männlichen) werden in der Öffentlichkeit, auf der Straße, im türkischen Kaffeehaus verspottet und verhöhnt.

Gleichzeitig werden die weiblichen Angehörigen der Familie angepöbelt und sexuell belästigt.

## »Ayip« - schändliches Verhalten

Man wirft Männern, die ihre Ehre, ihren guten Ruf und ihren Besitz, also Haus, Vieh, Feld und Frauen, nicht schützen können, Machtlosigkeit bzw. Schwäche vor. In den Augen der traditionell muslimischen Gesellschaft sind sie unfähig, ihr »mal«, türkisch für Besitztum (wird auch für Frauen verwendet), gegen potenzielle Gefahren zu verteidigen. Oft werden sie mit diskriminierenden Äußerungen, wie »Sođan Erkeđi«, was so viel wie Pantoffelheld bedeutet, betitelt. Oder man wirft ihnen vor, »Adam, adam deđilki, adam avrada avrat olmuđ«, also kein echter Mann, sondern das Weib eines Weibes geworden zu sein. Sprüche wie diese sind eine tiefe Schmach für jeden »richtigen« Mann. Deshalb setzen die Männer alles daran, ihre Ehre mit starker Hand zu verteidigen.

Aber manchmal verletzen Männer die Ehre ihrer Töchter selbst, indem sie die Mädchen sexuell missbrauchen. Aber darüber spricht niemand, das wird nirgendwo thematisiert. Inzest ist das Tabuthema der muslimischen Gesellschaft. Kindesmissbrauch kommt zwar in allen Kulturen vor, wird aber in der muslimischen Gesellschaft zusätzlich durch den Keuschheitsanspruch im Islam verschärft. So hat ein türkisches Mädchen im Vergleich zu einem deutschen noch geringere Chancen, sich gegen den Missbrauch in der Familie zu wehren, weil sie nicht nur die Autorität des Vaters fürchtet, sondern auch die Reaktion der Familie.

*Serap Cileli*  
*Buchautorin und Menschenrechtlerin, Hessen*  
*[www.cileli-serap.de](http://www.cileli-serap.de) oder: [www.peri.de](http://www.peri.de)*



## Zwangsheirat

Zwangsverheiratung ist keine „Ehrensache“ oder eine private oder kulturelle Angelegenheit, sondern eine schwere Menschenrechtsverletzung, die konsequent geächtet und geahndet werden muss. Dabei lassen sich diese Menschenrechtsverletzungen im „Namen der Ehre“ ganz eindeutig nicht mit dem Islam begründen, „sondern entstammen einer männerdominierten Kultur, die sich mit vermeintlicher Religiosität versucht zu legitimieren“.

Zwangsheirat betrifft nach wie vor jedes Jahr zahlreiche junge Mädchen und Frauen und auch Männer in Deutschland. In Baden-Württemberg haben allein zwischen Januar und Oktober 2005 215 von Zwangsheirat Betroffene bei Beratungs- oder Hilfseinrichtungen nach Hilfe gefragt - knapp 55% der Betroffenen waren 18 Jahre oder jünger. Die hierbei bekannt gewordenen Fälle betreffen meist Mädchen und Frauen aus türkischen Familien, aber ebenfalls betroffen sind Albanerinnen, Afghaninnen, Kosovarinnen, Pakistanerinnen, Indonesierinnen und Marokkanerinnen.

Im Juni 2007 wurde von der Landesregierung ein Maßnahmenkonzept zur Bekämpfung von Zwangsheirat beschlossen. Das ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Realisierung dieser Handlungsempfehlungen. Seine Umsetzung ist bis heute allerdings noch nicht konsequent erfolgt.

Handlungsbedarf besteht insbesondere im Bereich der Verbesserungen der Opferschutzmaßnahmen. Notwendig sind bedarfsgerechte Zufluchtsmöglichkeiten, da die Frauenhäuser dies nicht abdecken.

Darüber hinaus braucht es eine fachspezifische Opferberatung und Betreuung für von Zwangsheirat bedrohte und betroffene junge Frauen – und eine entsprechende Anzahl von Notaufnahmepätzen sowie eine bessere Vernetzung und Prävention.

Es ist notwendig, dass Mitarbeiterinnen von Jugendämtern, Beratungseinrichtungen und Polizei entsprechend geschult werden.

## Zwangsheirat

Auch zeigt es sich immer wieder, dass Schulen eine sehr wichtige Rolle bei der Prävention von Zwangsheirat und Heiratsverschleppung spielen. Um hier gezielte Aufklärungs- und Präventionsarbeit zu leisten, müssen verstärkt Schulungen für die Beratungslehrkräfte angeboten werden – genauso wie für MitarbeiterInnen von Jugendämtern und der Polizei.

Die rechtlichen Möglichkeiten für Opfer von Zwangsheirat müssen dringend nachgebessert werden: So ist eine Verlängerung der Antragsfrist zur Eheaufhebung von einem auf drei Jahre unbedingt erforderlich. Personen, die gegen ihren Willen zwangsverheiratet und ins Ausland verbracht wurden, muss eine Rückkehr in die Bundesrepublik von bisher innerhalb von sechs Monaten nun bis innerhalb von drei Jahren möglich sein.

Gesetzliche Änderungen im Aufenthaltsrecht, Zivil-, Unterhalts- und Erbrecht sind unabdingbar, um zwangsverheirateten in Deutschland wohnhaften Menschen zu helfen, sich aus ihrer unglücklichen Lage zu befreien.

*Brigitte Lösch*  
*Frauen- und sozialpolitische Sprecherin*  
*der Landtagsfraktion*  
[www.brigitte-loesch.de](http://www.brigitte-loesch.de)



## **Resolution: Farbe bekennen für die Freiheit**

- *Freiheit in unserer Gesellschaft darf nicht bedeuten, dass Freiheitsrechte für Menschen mit Hinweis auf die Religionsfreiheit eingeschränkt werden.*
- *Freiheit darf nicht im Namen einer Religion relativiert werden. Das gilt für alle Religionen.*
- *Freiheit bedeutet nicht, dass Angehörige bestimmter Religionsgruppen den Freiheitsbegriff für ihre Mitglieder definieren, sondern dass Angehörige aller Religionen, unabhängig vom Geschlecht oder ihrer sexuellen Ausrichtung, von ihrem persönlichen Freiheitsrecht Gebrauch machen dürfen.*

Die UnterzeichnerInnen verurteilen, dass der Aufruf von Ekin Deligöz an muslimische Frauen, ihr Kopftuch abzulegen, mit Schmähungen und einer Morddrohung beantwortet wurden.

Aus Tradition, dem sozialen Druck ihrer Umgebung folgend oder aus der Überzeugung, einem religiösen Gebot zu folgen und mit Bezug auf die im Grundgesetz verankerte Religionsfreiheit, verhüllen muslimische Frauen ihren Körper.

Es muss jedoch möglich sein, darauf hinzuweisen, dass die Verhüllung des weiblichen Körpers und das Verdrängen weiblicher Sexualität aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit dem Kontext eines religiös/patriarchalen Geschlechterverhältnisses entspringt.

Es muss weiterhin möglich sein, darauf hinzuweisen, dass dieses Verständnis vom Verhältnis der Geschlechter zueinander nicht mit der im Grundgesetz verankerten Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen vereinbar ist und somit dem Integrationsprozess in einer Gesellschaft, die die Gleichheit der Geschlechter in ihrer Verfassung ausdrücklich verankert, nicht förderlich ist.

**Resolution: Farbe bekennen für die Freiheit**

Darauf hinzuweisen, auch unter Bezug auf Artikel 3 Absatz 2 unserer Verfassung, welcher besagt, dass der Staat die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern fördern und auf die Beseitigung bestehender Nachteile hinwirken solle, darf weder mit Schmähungen noch Morddrohungen beantwortet werden.

Die UnterzeichnerInnen fordern die Delegierten auf, über das Bekenntnis zur Meinungsfreiheit hinaus Stellung zu beziehen:

- Nein zu patriarchalen Strukturen und sozialen Subsystemen, in denen Menschen aufgrund ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung oder ihres Personenstands in ihren Freiheitsrechten eingeschränkt sind.
- Ja zur Gleichberechtigung der Geschlechter – nicht nur innerhalb der Grenzen einer Religion.
- Ja zur Freiheit – nicht nur innerhalb der Grenzen einer Religion.
- Nein zu religiösen Symbolen, die die Gleichberechtigung von Männern und Frauen in Frage stellen und Frauen auf ihre Sexualität reduzieren.

**Beschlossen auf der Landesdelegiertenversammlung  
in Bad Krozingen, am 11. November 2006!**

Es ist nicht fair, ein einseitiges Bild des Islam als frauenfeindliche Religion zu zeichnen. Welche Weltreligion hat Frauen gleichberechtigt angesehen (...)? Essenzielle Menschenrechte wurden und werden Frauen in allen Ländern dieser Erde verwehrt und mussten erkämpft werden. Unendlich viele Frauen haben ihr Leben dafür gelassen, auch Christinnen.

Seyran Ates

## Unterhaltsreform

### Die geschiedene Ehe und die gelebte Familie

Die neue Gleichbehandlung der Unterhaltsansprüche

Viele Unterhaltszahlende und –berechtigte haben seit Jahren ein Problem: es ist nicht genügend Geld da! Diese Situation wurde durch das am 1.01.2008 in Kraft getretene Unterhaltsrechtsreformgesetz nicht geändert. Geändert wurde aber, an wen, wie lange, wie viel und in welcher Rangfolge das Geld zu verteilen ist. Vor allem die nicht ehelich geborenen Kinder (zurzeit knapp 1/3 aller Kinder) und ihre betreuenden Elternteile profitieren vom neuen Unterhaltsrecht. Der Grüne Slogan lautet denn auch: „Kindeswohl vor Trauschein“.

Dass alle minderjährigen Kinder des Unterhaltsverpflichteten, egal aus welcher Ehe oder ob nicht ehelich geboren, immer zuerst vor den Erwachsenen und mit gleichem Anteil Unterhalt erhalten, wurde als ein überfälliges Anliegen der Reform angesehen. Dies ist nun Gesetzeslage. Zuvor hatten die ehelichen minderjährigen Kinder einen Bestandsschutz. Ihre Ansprüche wurden zuerst voll berechnet, die Kinder aus einer zweiten Ehe oder nicht ehelichen Partnerschaft bekamen den Rest. Die betreuenden ehelichen und nicht ehelichen Mütter und Väter ihren Kindern gleichzustellen, dazu hatten zwar die Grünen, nicht aber die Regierungsmehrheit den Mut. Das Bundesverfassungsgericht jedoch sah auch im alten Rechtszustand einen Verstoß gegen das Grundrecht auf Ehe und Familie und forderte eine Gleichstellung. Nun erhalten alle Kinder betreuenden Elternteile (nach der Berechnung des Kindesunterhalts), egal ob verheiratet oder nicht, gleichrangig Betreuungsunterhalt nach der gleichen Berechnungsweise.

Die jahrelange Benachteiligung nicht ehelicher Partnerschaften, in denen ein Großteil des Familieneinkommens für den Unterhalt der minderjährigen ehelichen Kinder und der geschiedenen Ehefrau verwendet werden musste, ist damit vorbei.



*Andrea Münch  
Fachanwältin für Familienrecht  
Mitglied Koordinationsgruppe LAG FrauenPolitik  
KV Stuttgart*

## Was kommt nach der Versorger-Ehe?

Vor gut einem Jahr, am 1. Januar 2008, fand eine gesellschaftliche Revolution statt: das neue Unterhaltsgesetz trat in Kraft. Ehefrauen werden damit nach einer Scheidung schlechter abgesichert. Die Botschaft dieses Gesetzes an die Frauen ist: „Bleib‘ unabhängig, Du bist selbst für Dich verantwortlich.“ Diese Botschaft ist gut. Dennoch birgt das neue Gesetz auch enorme Nachteile – vor allem für Frauen – da diese Unabhängigkeit in Deutschland nicht ohne weiteres gelebt werden kann. In der „klassischen“ Ehe war der Mann berufstätig, die Frau betreute die Kinder und gab ihre eigene berufliche Karriere auf. Dafür erhielt die Frau die gesetzliche Garantie, auch nach einer Scheidung den in der Ehe erwirtschafteten Lebensstandard unbefristet von ihrem Mann gesichert zu bekommen.

Seit Januar 2008 ist das anders. Lässt sich eine Frau heute scheiden, soll sie für sich selbst sorgen, sobald die Kinder drei Jahre alt sind – auch wenn sie ihren Lebensstil einschränken muss. Frauen müssten also bereits in der Ehe darauf achten, in einem qualifizierten Beruf am Ball zu bleiben. Aber dieses Modell wird in der deutschen Lebensrealität zumindest stark behindert.

**Erstens** darf der Staat nicht mehr weiter steuerliche Anreize für das alte Versorgermodell aufrecht erhalten, indem er mit dem Ehegattensplitting finanziell unterstützend dafür wirkt.

**Zweitens** brauchen wir eine flächendeckende, gute, kostenlose Fremdbetreuung für Kinder nach der Stillzeit. Die Frauen (oder die Männer) können im Moment gar nicht auf gleichem Niveau weiterarbeiten - es sei denn, sie können sich private Rundumversorgung leisten.

**Drittens** geht das neue Gesetz implizit davon aus, dass Frauen und Männer gleichviel verdienen. Aber eine deutsche Durchschnittsfrau verdient immer noch 23 Prozent weniger als der Durchschnittsmann. Gerade typische Frauenberufe im sozialen Bereich sind besonders schlecht bezahlt. Sie müssen aufgewertet werden.

**Was kommt nach der Versorger-Ehe?**

**Viertens** reden Politiker jeder Couleur viel vom lebenslangen Lernen, doch in der Realität findet dieses kaum statt. Der Staat muss sich dafür einsetzen, dass alle Frauen – jeden Alters - eine reelle Chance auf Bildung und Weiterbildung bekommen, damit sie die verlangte Unabhängigkeit von Staat und Mann umsetzen können. Schließlich brauchen wir Übergangsregeln für diejenigen Frauen, die sich vor dreißig Jahren für das damalige Mehrheitsmodell entschieden haben, aber heute nach neuem Recht geschieden werden. Und eine Frau, die heute heiratet, weiß vielleicht noch nichts von ihrer neuen Situation nach einer späteren Scheidung. Für sie sollte es spätestens im Standesamt eine gründliche Aufklärung geben. Nur so ist Selbstverantwortung möglich.

Gleichzeitig muss man sich auch fragen, welche Form von Solidarität wir in unserer Gesellschaft leben wollen? Sollte unser gesellschaftliches Ziel nicht sein, dass Menschen füreinander eintreten, Verantwortung übernehmen? Nicht patriarchalisch geprägt, sondern modern: Frauen gegenüber Frauen. Männer gegenüber Männern. Frauen gegenüber Männern. Männer gegenüber Frauen. Deshalb brauchen wir Solidaritätsverträge für nicht Verheiratete, ohne steuerliche Benachteiligung. Darin kann dann auch vereinbart werden, wie man nach einer Trennung miteinander umgeht und vor allem: wie der- oder diejenige ausgeht, der oder die die Kinder betreut. In Frankreich gibt es mit dem „pacte civil de solidarité“ (PACS) eine gesetzliche Institution, in der sich Menschen, egal welchen Geschlechts, zu gegenseitiger Solidarität verpflichten. Der PACS ermöglicht eine Gütergemeinschaft und steuerlich günstige Erbbestimmungen. Dies wäre als Ergänzung zur Ehe auch für Deutschland sinnvoll. Jedoch muss das feministische Ziel der Individualbesteuerung umgesetzt werden.

Zum Zweiten muss die Gesellschaft solidarisch sein mit Menschen, die ihre Kinder alleine groß ziehen. Sie tragen im Moment ein enormes Armutsrisiko. Als Sofortmaßnahme brauchen wir einen Rechtsanspruch für Alleinerziehende auf Betreuung ihrer Kinder nach finnischem Vorbild: Kommt eine Kommune diesem Anspruch nicht institutionell nach, muss sie private Fremdbetreuung finanzieren. Unabhängigkeit und Solidarität sind keine natürlichen Gegensätze; sie können sich gegenseitig ergänzen.

## Familienpolitik und Kinderbetreuung

zen und auch in den unterschiedlichen Lebensphasen abwechseln. Einer Phase der Fürsorge für Kinder oder alte Menschen folgt wieder eine Phase der eigenen Bildung oder Karriere und umgekehrt.

*Franziska Brantner  
arbeitet für Unifem Brüssel  
Frauenrechtsorganisation der UN*

*Dieser Artikel ist gemeinsam mit  
Katrín Rönické entstanden  
siehe Kurzbiografien*



---

## Familienpolitik und Kinderbetreuung

Familienpolitik bedeutet Investitionen in Kinder und Familie und muss eine hohe Priorität für jetzt und die Zukunft haben. Familienpolitik muss auch eine Familien-Zeit-Politik sein, denn gerade junge Menschen brauchen eine hohe zeitliche Flexibilität um Ausbildung, Beruf, Partnerschaft und Kind gerecht zu werden. Familienformen sind heute vielfältig – und ebenso vielfältig, bedarfsgerecht und flexibel sollten auch die Kinderbetreuungsangebote sein. Dieses ist eine der grundlegendsten Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Bund und Länder haben 2008 beschlossen, dass bis zum Jahr 2013 im Durchschnitt für 35 % aller unter Dreijährigen eine Betreuung angeboten werden soll – mit anschließendem Rechtsanspruch. Baden-Württemberg hatte 2008 nur ein Betreuungsangebot von 11,5 % für Kinder unter drei Jahren. Das bedeutet, dass noch rund 60.000 zusätzliche Plätze in Baden-Württemberg benötigt werden. Damit sind sowohl der Ausbau von Einrichtungen als auch ein Ausbau der Kindertagespflege dringend notwendig.

**Familienpolitik und Kinderbetreuung**

Das Land Baden-Württemberg als Kinderland muss deutlich mehr in die Kleinkindbetreuung investieren und klare Prioritäten setzen. Die momentanen Fördermittel für den Ausbau bleiben weit hinter dem Notwendigen zurück. Erst ab 2013/2014 will sich das Land mit dem versprochenen Drittel an den Betriebskosten der Kleinkindbetreuung beteiligen; das ist viel zu spät. Alle Kinder haben ein Recht auf Entwicklungsförderung und Eröffnung optimaler Perspektiven. In den ersten Lebensjahren werden die Grundsteine fürs spätere Leben gelegt: das heißt, frühkindliche Bildung und Sprachförderung ab dem ersten Tag, an dem ein Kind eine Einrichtung betritt. Der Ausbau der Kinderbetreuung für Kinder unter drei Jahren ist auch ein Beitrag zur frühkindlichen Bildung und verbessert die Startchancen vieler Kinder.

Gute Angebote unterstützen einerseits die Erziehung und Bildung in der Familie, andererseits wird durch gute und zuverlässige Angebote die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert. Eine umfassende Bildung von Anfang an kann nur durch eine Stärkung der Kernbereiche von Krippe und Kindergarten gelingen, d. h., durch eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für pädagogische Arbeit – dann ist auch eine vernünftige Sprachförderung möglich.

Mit dem angedachten Betreuungsgeld von 150 Euro für Eltern, die die Kinder nicht in den Kindergarten schicken, wird tatsächlich der Anreiz geschaffen, Kinder wieder aus den Kindertageseinrichtungen abzumelden. Die dafür vorgesehenen 2,7 Mrd. Euro erzielen jedoch eine weitaus höhere familienpolitische Wirkung, wenn die Gelder den Kommunen zur Verfügung gestellt werden, um die Kleinkindbetreuung auszubauen.



*Brigitte Lösch*  
*Frauen- und sozialpolitische Sprecherin*  
*Landtagsfraktion*  
[www.brigitte-loesch.de](http://www.brigitte-loesch.de)

# Geschlechtergerechtigkeit in Schule und Ausbildung

Aufgrund der Feststellung, dass männliche Jugendliche die Schulverlierer sind, ist eine Diskussion um die Chancengleichheit in der Bildung entstanden, die oft nur einseitig geführt wird und in nicht wenigen Fällen mit dem Tenor vorgetragen wird: „Die Gleichberechtigung, also die Chancengerechtigkeit, geht zu Lasten der Jungen, weil einer Mädchenförderung keine geschlechtsadäquate Jungenförderung gegenübersteht.“ Es ist dringend notwendig, diese Diskussion zu öffnen und zu versachlichen mit dem Ziel, Gender Mainstreaming als Strategie im Bildungs- und Ausbildungswesen nicht nur zu verankern, sondern auch umzusetzen.

Wir brauchen ein Bildungssystem, in dem die individuelle Förderung und positive Persönlichkeitsentwicklung aller Schülerinnen und Schüler im Mittelpunkt steht.

Wir brauchen eine Ganztageschule, in der mehr Zeit für das gemeinsame Miteinander bleibt; wir brauchen alternative Unterrichtsformen, die auch eine zeitweise Trennung von Mädchen und Jungen bedeuten kann; wir brauchen ein Schulsystem, das die frühe Sortierung in die weiterführenden Schulen überwindet und ein längeres gemeinsames Lernen ermöglicht.

Schulen und Kindergärten müssen sich ihrer Verantwortung als Ort der Sozialisation von Jungen und Mädchen bewusst sein – das setzt eine erhöhte Genderkompetenz voraus, die sowohl in der Aus- wie in der Weiterbildung der ErzieherInnen und LehrerInnen umgesetzt werden muss. Das heißt aber auch, dass es mehr gendersensible pädagogische Praxis und die entsprechende Forschung dazu geben muss.

In allen „PISA-starken“ Ländern ist das politische Streben auch darauf gerichtet, mehr Männer in den traditionell weiblich besetzten Bildungsberufen einzusetzen. Bereits 1995 hatte das Netzwerk für Kinderbetreuung der Europäischen Kommission vorgeschlagen, dass bis zum Jahr 2006 20 Prozent der Beschäftigten in öffentlichen Einrichtungen für Kinder Männer sein sollten. Diese Quote wurde bis heute in keinem

**Geschlechtergerechtigkeit in Schule und Ausbildung**

europäischen Land auch nur annähernd erreicht. Zu den Schlusslichtern in Deutschland gehört Baden-Württemberg. Hier liegt der Männeranteil in der Kinderbetreuung unter 3 Prozent.

Unser Ziel ist es, auf allen Ebenen auf denen wir Einfluss nehmen können, für folgende Entwicklungen zu sorgen:

- Aufwertung der ErzieherInnenausbildung und Bildungseinrichtungen;
- gezielte Begleitstrategien für diese Berufe;
- Bessere Wertigkeit und gesellschaftliche Anerkennung der Berufe.

Um unser Bildungswesen insgesamt chancengerechter für Mädchen und Jungen zu machen, bedarf es einer geschlechtsspezifischen Gesamtstrategie mit

- einer grundlegenden Änderung des Schulsystems;
- Gender-Kompetenz bei allen aktiv Handelnden;
- finanzieller und sozialer Aufwertung der Berufe ErzieherInnen und GrundschullehrerInnen;
- einer sachliche Diskussion, die aufzeigt, dass Geschlechtergerechtigkeit nicht heißt, dass „den Jungs die Autos weggenommen werden sollen“ und die weiterhin darauf verweist, dass Mädchen trotz ihres schulischen Vorsprungs nach wie vor nicht die gesellschaftlichen Gewinnerinnen sind, da es immer noch keine wirkliche Bewegung bzw. Durchmischung im Berufswahlssystem gibt.



*Charlotte Schneidewind-Hartnagel  
Mitglied Koordinationsgruppe LAG FrauenPolitik  
KV Odenwald-Kraichgau*

## Alles Gender ... oder was?

Es gibt keine griffige Übersetzung von Gender Mainstreaming und im Deutschen können wir den Begriff nur umschreiben aber nicht exakt übersetzen.

Na super, das fängt ja schon mal gut an. Wie soll ich in meinem Gemeinderat und Kreistag (Baden-Württemberg, ländlicher Raum) etwas verständlich erklären und vor allem von der Notwendigkeit der Umsetzung desselben überzeugen können, wenn ein Großteil der zu Überzeugenden, den Begriff noch nicht einmal aussprechen kann und die Bedeutung des Unaussprechlichen umschrieben werden muss, weil es kein deutsches Wort dafür gibt?

Aber aller Anfang ist schwer und nur manchem wohnt ein Zauber inne! Zaubern kann ich nicht, aber ich kann mich bemühen, verständlich zu schreiben, um damit dem Wortungetüm Gender Mainstreaming etwas von seinem Schrecken zu nehmen und dem sich dahinter verbergenden Prozess das Gewicht zu geben, das er schon längst haben sollte (auch in Baden-Württemberg, auch im ländlichen Raum!).

Die offizielle deutsche Übersetzung des Begriffs auf der Ebene der Europäischen Union lautet: *„Gender Mainstreaming besteht in der (Re-)Organisation, Verbesserung, Entwicklung und Evaluierung der Entscheidungsprozesse, mit dem Ziel, dass die an politischer Gestaltung beteiligten Akteure und Akteurinnen den Blickwinkel der Gleichstellung zwischen Frauen und Männern in allen Bereichen und auf allen Ebenen einnehmen.“*

Übersetzt bedeutet Gender das „soziale Geschlecht“ und Mainstreaming „die Hauptströmung“.

Gender Mainstreaming ist:

- eine Art Gleichstellungsverträglichkeitsprüfung
- ein System zur Überprüfung des aktuellen Standes der Gleichberechtigung
- ein Handlungsprinzip, mit dessen Hilfe es gelingen kann, offene und versteckte Diskriminierungen in allen Politikbereichen zu erkennen und zu beseitigen

**Alles Gender ... oder was?**

Gender Mainstreaming soll Frauen und Männern dabei helfen, den Weg zur Geschlechterdemokratie zu finden und zu beschreiten. Gender Mainstreaming hilft dabei zu erkennen, dass es keine geschlechtsneutrale Politik gibt, sondern dass sich politische Entscheidungen tatsächlich unterschiedlich auf die Lebensverhältnisse von Frauen und Männern auswirken (auch in Baden-Württemberg, auch im ländlichen Raum!). Sowohl Frauen als auch Männer sollen einen ungehinderten, von sozialen Rollenzuweisungen freien Zugang zu allen Bereichen der Politik und des öffentlichen Lebens haben und allein die Tatsache, eine Frau oder ein Mann zu sein, soll weder qualifizieren noch disqualifizieren. Gender Mainstreaming heißt: die Geschlechterfrage ist die Hauptfrage bei allen Entscheidungen und das politische Leitprinzip ist die Gleichstellung.

**Der Gender-Check**

Die für den öffentlichen Bereich in Schweden initiierten Gender-Projekte bedienen sich einer Anwendungsmethode zum Gender Mainstreaming, die als 3-R-Methode bekannt ist. Diese Methode ist anwendbar bei der Planung, Durchführung und Auswertung von Beschlüssen und Projekten auf allen Ebenen.

**1. Repräsentation:**

Wie groß ist der Anteil? (quantitative Angaben)

Z.B. wie ist die Verteilung der Geschlechter in Ausschüssen, in der Verwaltung, in Leitungsgremien, bei den NutzerInnen von Angeboten.

Wie groß ist der Anteil von zu behandelnden Angelegenheiten, die hauptsächlich Männer, bzw. Frauen betreffen? Welche Daten gibt es überhaupt, welche müssen erhoben werden?

**2. Ressourcen:**

Wie viel? (quantitative Angaben zu Zeit, Raum, Geld) Wer spricht z.B. auf Sitzungen? Wie viel und wie lange und zu welchem Punkt? Wie viel Geld wird für weibliche bzw. männliche Aktivitäten im Kultur- und Freizeitbereich zur Verfügung gestellt? Wie verteilen sich die Stunden der häuslichen Betreuungs-, Erziehungs- und Pflegearbeit auf Frauen und Männer?

## Alles Gender ... oder was?

### 3. Realität

Warum ist die Situation so, wie sie ist? (qualitative Angaben)

Warum z.B. werden Frauen und Männer unterschiedlich beurteilt?

Sind die Auswirkungen der geplanten Maßnahme für Frauen und Männer unterschiedlich?

### Was Gender Mainstreaming nicht heißt

Gender Mainstreaming ist kein Ersatz für eine eigenständige Frauenpolitik. Eine eigenständige Politik von Frauen für Frauen steht noch so lange auf der Tagesordnung, bis Frauen und Männer tatsächlich gleichberechtigt sind. Gender Mainstreaming braucht Frauenpolitik: Erst die Frauenpolitik gibt die entscheidenden „Sehhilfen“ bei der Beurteilung von geschlechtsdifferenzierten Auswirkungen. Gender Mainstreaming ist kein neues zusätzliches Betätigungsfeld für Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte.

Die Verantwortung für den Prozess des Gender Mainstreaming ist nicht auf die für Frauen zuständigen Frauen delegierbar: sie liegt in den Händen aller, die in ihren Politikbereichen Verantwortung tragen, Entscheidungen vorbereiten und an der Umsetzung mitwirken (auch in Baden-Württemberg, auch im ländlichen Raum!!!)

*Charlotte Schneidewind-Hartnagel*  
*Mitglied Koordinationsgruppe LAG FrauenPolitik*  
*KV Odenwald-Kraichgau*



## Die Gender Budgeting Initiative in Mannheim

- Kommen bestimmte Ausgaben einer Gemeinde eher Männern oder eher Frauen zu Gute?
- Wirken sich Kürzungen für die Geschlechter unterschiedlich aus?
- Wer profitiert von Steuersenkungen?

Diesen und anderen Fragen geht Gender Budgeting nach. Gender Budgeting (GB) ist die internationale Bezeichnung für das Instrument, mit dem die geschlechtergerechte Gestaltung und Mittelvergabe öffentlicher Haushalte erreicht werden soll. Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umsetzung von GB sind u.a., dass Führungskräfte den Ansatz „top-down“ vertreten, Verantwortung für die Umsetzung übernehmen und Mitarbeitende bei der Anwendung unterstützen. Geschlechtsdifferenzierte Daten müssen erhoben und ausgewertet werden, um geschlechtsdifferenzierte Wirkungsanalysen erstellen zu können. Die Sensibilisierung für Geschlechterfragen auf allen Entscheidungsebenen ist eine wichtige Grundlage, um genderorientierte Problemlösungen und spezifische handhabbare Instrumente zu entwickeln.

### Die InitiatorInnen

Die Anregung zur Befassung mit dem Thema im KV Mannheim geschah durch den Arbeitskreis Frauenpolitik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Mannheim. Die neue grüne Fraktion im Stadtrat machte sich GB zum Thema und gründete Anfang Oktober 2005 nach einem Initiativ-Antrag im Gemeinderat die Gender Budgeting-Initiative Mannheim mit dem Ziel, GB im städtischen Haushalt zu verankern und diesen Prozess von außen zu begleiten. Frauen und Männer aus Politik und Verwaltung sowie von Freien Trägern treffen sich seitdem regelmäßig einmal im Monat.

### Der Prozess beginnt

Um für das Thema zu sensibilisieren und zu informieren folgte im November 05 eine öffentliche Veranstaltung mit Marion Böker aus Berlin. In einem offenen Brief an Verwaltung und Politik wurde dazu aufgerufen, Gender Budgeting in Mannheim zu implementieren. Im Juli 06 fand ein Workshop mit Dr. Elisabeth Stiefel mit dem Ziel statt, erste Arbeitsfelder und Ziele zu definieren.

## Gender Budgeting Initiative in Mannheim

In der Folge wurde bei der Kämmerei eine Gender Budgeting Beauftragte benannt. Dadurch konnte die Arbeit innerhalb der Kämmerei stark vorangetrieben werden. Ein weiteres Ergebnis des Workshops war, dass die Initiative eine Prioritätenliste städtischer Haushaltsprodukte aufstellte, mit denen ein Einstieg in einen gegenderten Haushalt erfolgen soll. Diese Arbeit wurde im Februar 07 abgeschlossen.

**Erste Ergebnisse:** Schwerpunktmäßig wurden die Bereiche „Öffentliche Bibliotheken“, „Förderung des Sports inkl. Sportveranstaltungen“, „Förderung von Kindern in Tagesbetreuung“ sowie „Erziehungshilfen und andere Hilfen“ einer Betrachtung unterzogen. Ein wichtiges Fazit war, dass die sehr dünne Datenlage einer dringenden Verbesserung bedürfe. Mit der Informationsvorlage „Gender Budgeting bei der Stadt Mannheim“ wurde dem Gemeinderat im März 07 mitgeteilt, dass GB im Haushalt der Stadt Mannheim eingeführt wird. Damit war ein wichtiges Ziel der Initiative erreicht. Die Initiative widmete sich nun vorrangig der Überprüfung der statistischen Datenlage. In der Hauptausschusssitzung Ende September 07 teilte die Verwaltungsspitze der Stadt nun in Beantwortung eines Antrags der GRÜNEN mit, dass zukünftig „datengestützte Veröffentlichungen der Stadtverwaltung, der Eigenbetriebe und der städtischen Gesellschaften mit Personenbezug grundsätzlich und in allen wichtigen Merkmalen gegendert, d.h. nach Geschlechtern differenziert erfolgen und die Datenerhebung ggf. entsprechend angepasst wird. Ausnahmen gebe es nur, wenn gravierende Gründe dagegen sprächen“. Ein Beschluss durch den Stadtrat liegt jedoch nicht vor.

**Hindernisse** bei der Umsetzung sind u.a.

- mangelnde Sensibilisierung für Geschlechterfragen („Exotik“ des Themas);
- mangelnde Handlungsorientierung (fehlende praktische Beispiele);
- mangelnde Bereitstellung von personellen Ressourcen und Finanzmitteln (Angst vor Mehrbelastung und Fragen nach zusätzlichen Kosten);
- mangelndes Fachwissen;
- Vorurteile (z.B. Einflussnahme im kulturellen Bereich).

**Gender Budgeting Initiative in Mannheim**

**Positiv** ist zu vermerken:

- Das Jugendamt der Stadt verfügte bereits über spezifische Daten. Beispielsweise ergab die geschlechtsspezifische Datenerhebung im Jugend- und Sportbereich, dass Offene Bereiche im Jugendhaus stärker von Jungen als von Mädchen frequentiert werden. Die daraus resultierende Befragung der Mädchen nach ihren Bedürfnissen ergab, dass ein Bedarf an „geschützten Bereichen“ besteht.
- Im sozialen Bereich/Quartiersmanagement wurden die Anzahl der Frauen im Projektgebiet und die finanziellen Aufwendungen für Frauen gegenübergestellt.

**Ergebnis:** weniger Frauen als Männer/jedoch mehr Wohnberechtigungsscheine für Frauen. Die Frauen sind wirtschaftlich schlechter gestellt als die Männer, insbesondere alleinerziehende Mütter und Frauen nach Trennung und Scheidung. Konsequenzen daraus sind u. a.: Steuerrechtlich keine Trennung mehr in verschiedene Steuerklassen, sondern gemeinsame Veranlagung von Paaren; allgemein gleicher Lohn für gleiche Arbeit, mehr Kitaplätze mit angepassten Öffnungszeiten zur Entlastung der Mütter und Väter.

**Voraussetzung dafür, GB erfolgreich zu implementieren, sind:**

- Gute Vorarbeit;
- UnterstützerInnen im Vorfeld;
- den Prozess möglichst weit oben in der Hierarchie anzusiedeln;
- möglichst viele verschiedene AkteurInnen ins Boot zu holen;
- „super langer Atem“.

**Ausblick der Initiative:** Zu Beginn des neuen Jahres 2009 lädt die Initiative Rene Leicht von der Uni Mannheim, Institut für Mittelstandsforschung, zu einem Vortrag zur Genderperspektive ein.



*Verena Fuchslocher  
Stv. Sprecherin LAG FrauenPolitik  
KV Mannheim*

## Die Alphamädchen – Feminismus im 21. Jahrhundert

Viele junge Frauen wollen heute Alles und das zu Recht: Karriere, Kinder, gleiche Chancen, Selbstverwirklichung. Sie erleben aber relativ früh und dann ihr Leben lang, dass das eigentlich Selbstverständliche aufgrund veralteter Rollenbilder und struktureller Benachteiligungen für sie immer noch nicht erreichbar ist.

Diese Erfahrungen machen die jungen Frauen eigentlich zu potentiellen Feministinnen. Doch auch wenn sie für die Errungenschaften der „älteren“ Feministinnen dankbar sind, möchten sich nur wenige selbst als Feministin bezeichnen. Der Begriff Feminismus ist für viele leider verpönt und verstaubt, klingt nach BHs verbrennen, Männerfeindlichkeit, dem Verbot, sich die Achseln zu rasieren, nach wenig Spaß im Leben und keinem Spaß im Bett.

Diese Vorurteile wurden auch von Feinden der Gleichberechtigung gestreut, und mit diesem falschen Bild möchten die so genannten „neuen Feministinnen“ aufräumen. So zum Beispiel das Trio: Meredith Haaf, Susanne Klingner und Barbara Streidl in ihrem Buch „Wir Alphamädchen: Warum Feminismus das Leben schöner macht“. Die simple Botschaft des Buches lautet: Wir sind alle Feministinnen und Feministin zu sein, macht dich glücklich.

Der „neue Feminismus“, wie er auch von den drei Autorinnen propagiert wird, ist bunt, frech, sexy, unkonventionell, will Spaß machen und trotzdem sein Ziel erreichen. Dieses Ziel ist altbekannt und trotzdem aktuell, wie eh und je: Die Gleichberechtigung der Geschlechter. Der neue Feminismus ist Pop, der die Massen erreichen will, sich dabei moderner Kommunikation wie Blogs und witzigen, frechen Bestsellern bedient.

Anders als früher ist Diskriminierung weniger in konkreten Gesetzen, dafür aber immer noch in gesellschaftlichen Tatsachen und Vorstellungen vorhanden. Das erschwert den offenen, organisierten Protest; so wählt der neue Feminismus die Strategie der Kommunikation statt der Konfrontation. Viele dieser jüngeren Frauen empfinden auch einige der

## Die Alphamädchen

Positionen, die „ältere Feministinnen“ wie Alice Schwarzer vertreten, als nicht mehr zeitgemäß und zu undifferenziert.

Auch wenn beim neuen Feminismus viel von Solidarität die Rede ist, nicht nur zwischen den Frauen, sondern auch mit den für Gleichberechtigung aufgeschlossenen Männern, geht es doch vor allem um die individuelle, selbst bestimmte Lebensgestaltung.

Bei aller Sympathie für Spaß und Sexyness im „neuen Feminismus“, so eint doch alle Feministinnen, ob jung oder alt, immer noch das Ziel: Die Hälfte der Macht für die Frauen. Diesen Kampf gewinnen die Frauen nur gemeinsam, zwar nicht mit Sexyness und Frechsein, aber sexy und frech darf frau dabei trotzdem sein!



*Agnieszka Malczak  
Landesvorsitzende  
GRÜNE Jugend Baden-Württemberg*

*Weiterführender Link:  
[www.maedchenmannschaft.net](http://www.maedchenmannschaft.net)*

## Im Streichelzoo des Patriarchats

Nun das noch. Alice denkt, der Garten ist bestellt, die Töchter sind erwachsen – doch halt: Was tummelt sich denn da? Frauen, die sich Alphamädchen nennen, einen diffusen Feminismusbegriff verbreiten und sich ganz einfach nur wohlfühlen wollen in einer Gesellschaft, in der der Platz zwischen Heidi Klum und Charlotte Roche noch frei war – irgendwie so.

Gegen Muttermord ist ja grundsätzlich nichts zu sagen – Generationenkonflikte haben schon immer den Diskurs beflügelt – aber Daddy Harald Schmidt unfreiwillig zum Komplizen zu machen, offenbart doch eine erschreckende Naivität. Hand in Händchen haben sich Jana Hensel und Elisabeth Räther in den großen dunklen Wald des Patriarchats gewagt, um festzustellen: Sind doch alle ganz lieb hier.

Die Rolle der bösen Hexe in diesem Stück übernimmt folglich Alice. Sie schaut Harald Schmidt über die Schulter, während er, (grinsend) mit Grubenlampe und Wimpernzangen bewaffnet, bei Helen Memel, alias Charlotte Roche, zu ergründen versucht, was er ja eigentlich schon immer wusste: Das ewige Rätsel dieser naturgeilen kleinen Feministinnen – die übrigens weitaus weniger zickig sind als ihre Mütter – liegt zwischen ihren Beinen. Womit wir ohne Umwege über Sigmund Freud und Margarete Mitscherlich sexualtherapeutisch wieder auf Null zurückgehen könnten. Nur mit der Gewissheit, dass die gute alte Tante Hysterie endgültig vom Borderline Syndrom abgelöst ist, dessen Symptome bei Charlotte Roche aus jeder Buchseite tröpfen.

Noch ein Wort zu Alice Schwarzers Vorwurf des mangelnden Mitgefühls: Auch Ichbezogenheit und Betroffenheitsliteratur sind ja an sich nicht oder nicht ausschließlich negativ. Vielleicht liegt aber gerade darin die Ursache des Mutter-Töchter Konflikts.

Feminismus war früher Synonym für sexuelle Selbstbestimmung und hatte ein konkretes Ziel: die Befreiung der Frauen. Jetzt, da die Zäune eingerissen sind, beobachten die Mütter fassungslos, wie die nächste Generation freiwillig in das Gehege angepasster Weiblichkeit oder über-

## Im Streichelzoo des Patriarchats

steigerter sexueller Konzepte flüchtet. Ganz unter dem Motto: Ätsch, wir sind schon längst da, wo ihr uns hättet haben wollen. Dieses Hase- und Igel-Spiel ist anstrengend, aufreibend und mitunter zerstörerisch. Da bleibt wenig Platz für Mitgefühl mit Prostituierten oder Borderlinerinnen.

Absurd wäre es jedoch, der nächsten Generation vorschreiben zu wollen, was wahrer, schöner, guter Feminismus ist. Es ist ihr Recht, sich neu zu definieren – und dem kritischen Diskurs zu stellen. So lange die Mädels jedoch im Streichelzoo des Patriarchats so ausgiebig mit sich selbst beschäftigt sind, kann die Muttergeneration noch lange nicht abtreten: Irgendjemand muss schließlich die Verantwortung für die immer noch zahlreichen Opfer unter den geschlagenen, gekauften und sexuell missbrauchten Frauen übernehmen. Auch wenn diese Kriegsschauplätze mitunter von modernen Quotenkämpfen oder Achselhöhlengleichnissen (ich miefte, also bin ich) in den Charts des Feminismus verdrängt werden: Sie sind noch da und es spricht alles dafür, dass sie eher mehr als weniger werden.

*Dieser Artikel entstand als Reaktion auf einen Text von Heide Östreich „Tücken des Muttermords“ in der taz vom 09. Mai 2008, in dem sie die Rede von Alice Schwarzer anlässlich der Verleihung des Ludwig-Börne-Preises kommentierte. Alice Schwarzer hatte in ihrer Rede die Autorinnen des Buches „Neue deutsche Mädchen“, Jana Hensel und Elisabeth Räther, bezichtigt, zur Verlüderung des Feminismus beizutragen und einen „Wellness-Feminismus“ zu vertreten. Die Autorinnen erwiderten diese Schelte in der Presse u.a. mit folgender Äußerung: „Harald Schmidt hat uns einen Satz geschenkt. Wir haben ja nicht viel Ahnung von Fußball, aber Schmidt meint, mit Schwarzer sei es so ähnlich wie mit Kaiser Franz: Wir werden nie vergessen, dass sie den Feminismus nach Deutschland geholt hat, aber aus dem Tagesgeschäft soll sie sich bitte raushalten.“*



Ulrike Maier  
Sprecherin LAG FrauenPolitik  
KV Karlsruhe

## (Trans) Gender Mainstreaming?

Gleichstellungspolitik in Europa ist ein Erfolg der Frauenbewegung(en) des letzten Jahrhunderts. Beispielsweise waren für Frauen in der Bundesrepublik Deutschland Chancen und Anerkennung im Beruf noch nie so groß wie heute. Dennoch und deshalb ist Gleichstellungspolitik, wie sie die Programme des Gender Mainstreaming verfolgen, wichtig, denn wir unterliegen nach wie vor häufig einer automatischen und unbewussten „Ungleichstellungspolitik“!

Genau hier liegt auch das Problem des Gender Mainstreaming. Gleichstellungspolitik kommt nicht weiter, weil sie „Frauen und Männer“ „gleichstellen“ will. Das heißt, sie unterscheidet Frauen und Männer, um sie daraufhin gleichzustellen. Das funktioniert nicht. Ohne Unterscheidung kein Gender Mainstreaming, mit Unterscheidung keine Gleichstellung.

Das Hindernis für das Gelingen des GenderMainstreaming ist sein Prinzip: Die unbedingte Unterscheidung von Männern und Frauen und somit das grundsätzliche Gleichmachen „der“ Frauen insgesamt beziehungsweise „der“ Männer insgesamt. Wer aber die Differenzierung und Diskriminierung aufgrund von Geschlecht abschaffen und Gleichberechtigung und gleiche Chancen Aller erreichen will, muss sich von der „Diskriminierung“, der Unterscheidung „der“ Geschlechter, verabschieden!

Die unbedingte Geschlechter-Unterscheidung ist Teil eines Identifizierungs- und Lernprozesses, der das Denken und Verhalten Aller prägt und der über Möglichkeiten im gesellschaftlichen, politischen und beruflichen Leben bestimmt. Sie behindert Menschen und zwingt sie in eine Logik, an der sich Alle – gewollt und ungewollt, bewusst und unbewusst – orientieren. Entsprechend geraten Alle in irgendeiner Weise damit in Konflikt.

Wir brauchen ein Mainstreaming, das auf Ungleichheit und Diskriminierung blickt. Tatsächlich sind die Betroffenen von Ungleichbehandlung (z.B. im Beruf) *häufig* Frauen. Es kann aber nicht darum gehen, pauschal Bedürfnisse „der Frauen“ zu formulieren. Ein Mainstreaming muss diskriminierende Situationen aufspüren und dafür sorgen, dass Lebensentwürfe sichtbar, vorstellbar und akzeptiert sind. In dieser Hinsicht geht es

**(Trans) Gender Mainstreaming?**

beim Mainstreaming auch um „diversity“, also um die Unterstützung von Vielfalt (das klingt widersprüchlich, was aber nur an dem recht unglücklichen Begriff „mainstreaming“ liegt).



*Dominique Schirmer*  
*Vorstand Institut für Qualitative Sozialforschung*  
*Freiburg (iqs)*

## Ab wann ist man(n) Frau ?

Transidentität (Transsexualität) muss als Sammelbegriff für Menschen verstanden werden, die sich nicht in einer starr polarisierten Vorgabe von Mann oder Frau wiederfinden können. „Trans“ darf dabei nicht nur im Sinne „von ... nach“ verstanden werden, sondern auch im Sinne von „durchlässig (transparent)“, von „wandelbar“ und „überschreitend“. Transidentität verbindet die Pole „Mann“ und „Frau“ nicht nur, sondern umhüllt sie auch.

Transidentität ist kein Thema, mit dem sich die Gesellschaftsmehrheit befasst. Ist es ein Thema der Geschlechterpolitik? Unserem Empfinden nach ja, denn wir schauen uns den Kern an und durchblicken die Oberfläche: Es geht um ein Relativieren menschlicher Zweigeschlechtlichkeit, darum, willkürlich zugewiesene (Geschlechter-) Rollen und Kategorien in Frage zu stellen und um eine Auseinandersetzung zwischen Identität und Normativität. Wie ist Menschen politisch zu helfen, die in einer Gesellschaft leben, welche trotz aller frauen- bzw. geschlechterpolitischen Anstrengungen, noch immer sehr Geschlechterrollen geleitet ist? Eine Gesellschaft, welche Abweichungen von der Norm nur schwer akzeptiert. Gerade diese Norm ist kaum festzulegen, da aufgrund der Komplexität und Einzigartigkeit der menschlichen Identität und Persönlichkeit Normen nicht wirklich festgemacht werden können.

Unserer Meinung nach müssten folgende Forderungen erfüllt werden:

### **Akzeptanz schaffen**

Transidentität ist nicht selbstgewählt. Ein transsexueller Mann verkleidet sich nicht, wenn er „Frauenkleider“ trägt. Vielmehr realisiert er optisch, was in seinem Innern vorgeht. In der Schule wird Transidentität faktisch nicht behandelt, und selbst nahestehende Gruppen wie Lesben und Schwule sind oft von Vorurteilen geleitet. - Wir wollen dies ändern! Ein erster Schritt könnte sein, die Frauenbeauftragten im Thema Transsexualität fit zu machen. Damit könnte man eine nicht medizinische Ansprechpartnerin schaffen. Ein kleines Stück Normalität.

### **Rechtliche Rahmenbedingungen anpassen**

Das Transsexuellengesetz ist aus dem Jahr 1980. Es ist höchste Zeit für

**Ab wann ist man(n) Frau ?**

eine ambitionierte Neufassung, die aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse einbezieht. Wir brauchen eine deutliche Liberalisierung zumindest bei der so genannten „kleinen Lösung“, also Änderung des Vornamens und des Geschlechtseintrags in offiziellen Dokumenten. Zunächst wird ein niedrighschwelliges und engmaschiges Beratungsnetz für Transsexuelle und deren Angehörige gebraucht, das Halt und Orientierung bietet. Das aufwändige GutachterInnenwesen muss reformiert und vereinfacht, bürokratische Hemmnisse müssen beseitigt werden. Das Recht muss Menschen unterstützen, selbst bestimmt gemäß ihrer Identität zu leben, anstatt sie in bürokratische, stereotype Raster zu pressen. Dies kann aber nur gelingen, wenn die Betroffenen ernst genommen und stark beteiligt werden. Dies betrifft auch das Allgemeine Gleichstellungsgesetz. Es wäre schön gewesen, wenn die deutsche Umsetzung explizit auch Transsexualität und Intersexualität benannt hätte.

**Gewalt bekämpfen, Opfern zur Seite stehen**

Gewalt gegen Menschen ist niemals hinnehmbar. Transsexuelle werden jedoch häufig Opfer von Gewalt, wobei sich die Opferbetreuung in diesem Falle oft sehr schwierig gestaltet. Beispiel häusliche Gewalt gegen Transfrauen: Schlimm genug, dass die Gewalt dort wohnt, wo man zuhause ist. Oftmals beginnt hier ein ungleich höherer Druck, sich selbst zu verleugnen. Bin ich im Frauenhaus willkommen? Wenn nicht, wo soll ich hin? Es wird Zeit, dass sich Politik und Gesellschaft ernsthaft mit Transidentität auseinandersetzen. Auch wenn man dabei vielleicht wird feststellen müssen, dass Geschlechtsbezeichnungen und die daraus abgeleiteten Rollenvorgaben Menschen in ihrer Einzigartigkeit nicht gerecht werden und dass es menschlicher und gleichzeitig sinnvoller ist, diesen nicht länger verhaftet zu bleiben.



*Alexander Geiger  
Sprecher der Projektgruppe  
Lesben und Schwule  
KV Karlsruhe*

*Oliver Hildenbrand  
Landesvor. grüne Jugend  
[www.gjbw.de](http://www.gjbw.de)*

## Frauen in den Medien

Als Soziologin bemühe ich mit Hingabe die Empirie, denn diese Erfahrungswissenschaft beruht ja auf sinnlicher Wahrnehmung und dezidiert Beobachtung. Deshalb ein kleiner historischer Rückblick in die 70er Jahre des letzten Jahrhunderts, als etliche Frauen in den elektronischen Medien auf die Barrikaden gingen: So gründeten im Jahre 1977 etwa 10 – 15 Frauen im ZDF die Gruppe „Frauen in den Medien“. Im Herbst des gleichen Jahres zogen dann zunächst die Frauen des Hessischen Rundfunks sowie in der Folge weitere Frauen aus den Sendern der ARD nach. Seither findet einmal jährlich das „Herbsttreffen der Frauen in den Medien von ARD und ZDF“ statt, an dem mittlerweile an die 300 Frauen, auch vom ORF, teilnehmen. Zentrales Ergebnis des Treffens ist dem Workshop Programmbeobachtung geschuldet, der bereits im Vorfeld mehrere Vorschläge sichtet und dann die „frauenfeindlichste Fernsehsendung“ mit dem Negativpreis „Saure Gurke“ auszeichnet.

Dieser Wanderpreis, aus der Unzufriedenheit mit der Darstellung von Frauen in Fernsehprogrammen entstanden, insbesondere wegen der häufigen Nicht-Berücksichtigung speziell Frauen betreffende Themen, existiert bereits seit 1980. Die Empirie zeigt, dass bisher kein Intendant des öffentlich-rechtlichen Fernsehens wirklich Genugtuung über diesen Preis äußerte, denn dass seinen Redaktionen Frauen diskriminierende Komponenten in ihren Sendungen nachgewiesen werden, ist reichlich blamabel und sehr unerfreulich.

Im Jahre 2000, anlässlich des Herbsttreffens der Medienfrauen in Köln, fragte Fritz Pleitgen, Intendant des WDR, sehr zu Recht: „Warum sollte nicht auch meine jetzige Position von einer Frau eingenommen werden? Die Zeit ist überreif für eine Intendantin in der ARD. Es würde der ganzen Medienbranche gut tun, wenn Frauen ganz oben an der Spitze stünden.“ (zit. nach „Saure Gurke“, 2006). Zur Nachfolgerin Fritz Pleitgens wurde dann in der Tat 2007 eine Frau, nämlich Monika Piel, gewählt; bislang stand mit Dagmar Reim seit 2003 eine Intendantin an der Spitze des Rundfunks Berlin-Brandenburg. Die Amtszeit beider Intendantinnen endet 2013. Nicht unerwähnt bleiben soll, dass es, *welch Novum*, seit 10 Jahren eine Chefredakteurin bisher nur bei einer überregionalen Zeitung gibt: Bascha Mika bei der TAZ!

**Frauen in den Medien**

Das Frauenbild in den Medien hat sich, Dank der „Sauren Gurke“, in den letzten Jahren wohl etwas zum Positiven entwickelt, doch trotz Frauenbewegung und Gleichstellungsbeauftragten in den Medien, trotz vermehrter weiblicher Präsenz in der Politik und in den Parlamenten, Frauen erfahren in der Berichterstattung sowohl in den Print- als auch elektronischen Medien Diskriminierungen. Politik ist überwiegend und damit noch immer eine Männerdomäne – das wird insbesondere im Fernsehen sichtbar. Der Frauenanteil in der Bundesregierung beträgt 38 %, der im Bundestag 32 %. Und europaweit stellen Frauen etwa ein Viertel des politischen Personals (24 %) – doch in den Nachrichten kommen Politikerinnen nur zu etwa 10 % vor.

Und wenn über sie berichtet wird oder wenn sie interviewt werden, müssen sie oft gegen klischeehafte Unterstellungen und Stereotypen ankämpfen. Frauen werden häufig über feminine Attribute definiert: das Outfit, die Frisur oder die Konfektionsgröße. Nicht selten wird diese äußere Erscheinung gegen sie verwandt, ist oft meinungsbildender als die politische Arbeit, die sie leisten. Frauenfeindlichkeit ist selten auf Anheb erkennbar und schon gar nicht strafbar, sondern die Leserin oder Zuschauerin muss gewöhnlich den Sinn der Texte oder Programmbeiträge unter hermeneutischen Kriterien entschlüsseln. Erschwerend kommt hinzu, dass die sexistische Mentalität in der Regel nicht von allen Frauen und noch weniger von allen Männern als beleidigend empfunden wird. Auf diesen Sexismus hingewiesen, wird nicht selten relativierend argumentiert, oder die Kritikerin wird belächelt und als männerfeindlich, empfindlich und kleinlich diffamiert.

Diese Reaktionen sind, leider immer noch, fast traditionell und alltäglich. Die trivialen Ausdrucksformen kennt beispielsweise jede von uns. Das fängt an mit der maskulinen Umgangssprache, in der Frauen als Individuen sprachlich immer noch nicht selbstverständlich vorkommen. In den meisten Fällen bedarf es erst einer dezidierten Intervention mit epischer Begründung, dass eine geschlechtergerechte Sprache Not tut. Die Herrschaftssprache ist „männlich“, wie die Verwaltungs- und Bankensprache verdeutlicht!

## Frauen in den Medien

Deshalb hat auch der 2007 in Nürnberg gefasste Parteitagbeschluss von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der eine geschlechtergerechte Sprache für sämtliche Anträge fordert, Signalwirkung und ist damit ein sehr wichtiger Schritt.

Ein Dorn im Auge ist mir die Fernsehwerbung. Vordergründig tritt die an Lebensjahren noch junge Frau mit dekorativer Musterküche in den Spots auf. Gezeigt werden keine älteren Frauen, Hartz-IV-Empfängerinnen oder solche aus Migrationsfamilien mit mehreren Kindern, nein, die Zweikind-Familie oder die aufregende Single-Frau sind Standard. Die imaginären Bilder, die hier transportiert werden, präsentieren Frauen in antiquierten Geschlechterrollen: als ein sinnliches Weibchen, mit tadellosem Make up und perfekt bis zu den Haarspitzen gestylt, das gekonnt eine Konservendose öffnet und den Inhalt sowie diverse Fertiggerichte anpreist. Sie ist entweder nur mit ihrem Outfit beschäftigt oder als Anhängsel eines offenbar finanziell potenten Mannes, für dessen Wohlbefinden zuständig, beide sehr augenfällig und elegant ins Bild gesetzt. Die unterschwellige Botschaft suggeriert: Selbstverwirklichung in einer innovativen Küche garantiert ein harmonisches Familien- und damit ein glückliches Zusammenleben.

Die heimlichen Verführer, die Werbestrategen in den Agenturen sowie unsere Medien, sie sorgen dafür, dass das öffentliche Ansehen der erwerbstätigen Frau negative Botschaften vermittelt und damit Realitätsferne präsentiert! Diese Frauenfeindlichkeit, diskret und unterschwellig, ist jedoch ein Umsatz fördernder Faktor, der sich einzig und allein der/dem sehr aufmerksamen BetrachterIn zeigt.

Nicht unerwähnt bleiben sollen z. B. die Plakatwände und Litfass-Säulen der Städtereklamé, deren Frauenfeindlichkeit Legion ist. Da warben einst in Stuttgart ein nackter Frauenpopo, ein anderes Mal war's ein weiblicher Torso mit üppiger Oberweite in Tiger-Bikini, in Weinheim, für – na, was wohl? – beide für eine neue private Hörfunkwelle. Erst nach heftigem Protest Grüner Frauen wurden die Flächen neutralisiert. Und noch ein weiteres Ärgernis soll nicht vergessen werden: Weshalb muss auf der Umschlagseite eines Kalendariums ausgerechnet ein nackter Frauenhintern prangen?

**Frauen in den Medien**

Sollte die Illustration zum Kauf des Artikels animieren? Die beworbenen Produkte stehen m. E. in keiner logischen Beziehung zu den abgebildeten Frauenkörpern.

Nach einer ähnlichen Methode verfahren die Herausgeber von Illustrierten und der Regenbogen-Presse, die mit ihren oft eindeutig frauenfeindlichen Titelblättern ihre Auflage potenzieren und damit den Umsatz stimulieren. Und weil das inzwischen so Konjunktur steigernd ist, hat sich unterdessen auch die Jugendzeitschrift BRAVO dieses sexistische Prinzip zu Nutze gemacht. Auf mehreren Seiten präsentierte sie Ende 2007 eine Anzahl mädchenfeindlicher und reichlich vulgärer Witze. Großes Unverständnis seitens der Redaktion, als Protestbriefe dort eingingen. Darüber hinaus musste sich der Deutsche Presserat mit den obszönen Schoten beschäftigen, doch von dieser Seite kam letzten Endes kein Protest, keine Rüge, da die Witze augenscheinlich nicht zotig (genug) waren. Der Jugendschutz blieb offenbar gewahrt! Einen Fürsprecher, frauenfeindliche Werbung konkret zu unterbinden, haben wir möglicherweise in Volker Nickel, Pressesprecher des Deutschen Werberates in Berlin, gefunden. Er sicherte den Frauen der LAG FrauenPolitik Anfang Juli 2008, anlässlich des Besuchsprogrammes, das Ulrike Maier für die Bundestagsabgeordnete Sylvia Kotting-Uhl organisiert hatte, seine volle Unterstützung zu.

Also Frauen, informiert umgehend Volker Nickel, wenn ihr Euch mal wieder mit frauenfeindlicher Werbung konfrontiert seht! Und nicht zu vergessen: Ein Foto der inkriminierten Abbildung müsst ihr unbedingt mitschicken: [werberat@werberat.de](mailto:werberat@werberat.de)



*Doro Meuren*  
*Stv. Sprecherin BAG und LAG FrauenPolitik*  
*KV Neckar-Bergstraße*

# BRAVO GiRL

## Brief an den Deutschen Presserat Januar 2008

BRAVO GiRL Nr. 25 vom 28. November 2007 – „Darüber lachen Jungs“

Sehr geehrte Damen und Herren,

die jüngste Ausgabe der Zeitschrift BRAVO GiRL veranlasst mich, Ihnen zu schreiben. Unter der Überschrift „Darüber lachen Jungs“ finden sich in dieser Zeitschrift elf „Witze“, die ich nicht nur als blamabel, frauenfeindlich, und Gewalt verherrlichend bezeichne, sondern sie sind teilweise ziemlich rassistisch und sexistisch, zotig bis tumb; ich gebe zu, ich war und bin ob dieser verbalen Schläge unter die Gürtellinie reichlich platt.

Ich habe es nicht für möglich gehalten, in einer Zeitschrift, die erst kürzlich für eine Kampagne unter dem Motto „Respect the Girl“ geworben hatte, derart beschämende „Witze“ zu finden. Mädchen werden in dieser inkriminierten Ausgabe aufgefordert, diese widerwärtigen Schlüpfrigkeiten auch den Jungs zu erzählen, offenbar, um als besonders tough oder locker angesehen zu werden.

Nicht genug, dass Frauen und Mädchen in diesen „Witzen“ einzig als Sexualobjekte diffamiert und erniedrigt werden, nein, die Mädchen sollen sich offenbar auch noch zusätzlich lächerlich machen, indem sie die Zoten an Jungs weitergeben.

Wie passt dies mit dem Anspruch zusammen, Mädchen zu selbstbewussten Persönlichkeiten zu bilden und zu selbst bestimmter Sexualität erziehen zu wollen, wenn dazu unappetitliche Witze als Instrumente benutzt werden? Mit Emanzipation, Lebensfreude und Selbstbewusstsein von Mädchen und jungen Frauen hat das m. E. wenig bis nichts zu tun, auch wenn die Redaktion von BRAVO GiRL das gerne so proklamiert.

Aus diesen „Witzen“ pornografischen Zuschnitts spricht m. E. nichts als Verachtung auf Grund der Zugehörigkeit zum weiblichen Geschlecht. Ich gebe zu, ein derart primitives Niveau war und ist so schnell nicht zu toppen; von anderen Mädchen-Zeitungen ist mir Derartiges nicht bekannt.

**BRAVO GiRL**

BRAVO GiRL sollte eigentlich bewusst sein, dass ein derart achtloser Umgang mit Sprache und imaginären Bildern Frauenverachtung zur Folge haben und der Legitimation derartigen Handelns sowohl Jungen als auch Männern dienen kann – schließlich soll das männliche Geschlecht sich mittels der „Witze“ auf Kosten von jungen Frauen amüsieren, sich sexuell antunem lassen; die jungen Frauen entwerfen sich dadurch selbst, nur, um nicht als prude dazustehen, als Spielverderberinnen angesehen oder als zickig, spröde, rückständig oder zimperlich tituliert zu werden...

Sehr geehrte Damen und Herren, ich erwarte von Ihnen, dass Sie meiner Beschwerde nachgehen und bitte Sie, tätig zu werden. Nicht alles, was sich für einen Verlag Umsatz steigernd und damit ökonomisch auswirkt, sollte in Jugendzeitschriften publiziert werden. Die Grenzen des guten Geschmacks sollten gerade bei der Zielgruppe der pubertierenden oder adoleszenten Jugendlichen, die sich in einer schwierigen Phase ihrer psychosexuellen Entwicklung befinden, berücksichtigt werden.



Mit freundlichen Grüßen  
gez. Doro Meuren

*Doro Meuren*  
*Stv. Sprecherin BAG und LAG Frauenpolitik*  
*KV Neckar-Bergstraße*

## Weißer Mann, mach keine Kompromisse!



Quelle:  
Privater Scan der HÖRZU-Anzeige

Die Botschaft, mit der HÖRZU im Sommer 2006 um neue Käufer buhlte, war an Peinlichkeit kaum zu überbieten. Man hätte es unfreiwillige Komik nennen können, doch irgendwie blieb einem das Lachen im Halse stecken. Sollte das die Altherrenträume der HÖRZU-Werber verkörpern? Die Botschaft war jedenfalls ziemlich eindeutig: Kompromisslos und entschlossen nimmt der weiße Mann eine neue Zeitschrift - oder eben das „Tellerlippennegerweibchen“... Der überwiegenden Zahl der Männer dürfte die Anzeige wahrscheinlich ein peinlich gequältes Lächeln abgenötigt haben.

HÖRZU argumentierte auf unseren Beschwerdebrief folgendermaßen:

*„Wir bedauern, dass Ihnen unsere Werbekampagne nicht gefällt und sie offenbar Werten, die Ihnen wichtig sind, nicht entspricht. Wir sehen es als durchaus positiv an, dass Sie sich kritisch mit unserer Werbung auseinandersetzen. ... Dass es kontroverse Meinungen gibt, ist nicht nur natürlich, sondern auch wichtig für lebendigen, engagierten Journalismus. Diese Offenheit, die Bereitschaft zur Diskussion und zum Dialog mit Ihnen, unseren Lesern, ist auch die Botschaft unserer Werbekampagne. Dass wir damit auch Tabus berühren, war uns sehr bewusst. Aber nicht*

**Weißer Mann mach keine Kompromisse!**

*um Menschen persönlich zu verletzen oder zu diskriminieren, sondern um den Anspruch von HÖRZU auf eine ganz bestimmte Weise zu vermitteln: ohne erhobenen Zeigefinger, ohne Besserwisserei, aber mit einer Portion Augenzwinkern. Das Ergebnis ist natürlich Geschmackssache. ...So ist auch in dem von Ihnen kritisierten Motiv die Dame eben nicht „irgendwas“, sondern die Frau, für die sich der Mann nach vielen Kompromissen bewusst entschieden hat. Das gleiche gilt natürlich auch umgekehrt für den Mann. Es mag sein, dass viele von uns so eurozentrische Bilder wie „Weißer Mann kauft schwarze Frau“ im Kopf haben. Dabei sollte man allerdings nicht übersehen, dass das Paar in der Anzeige sich auf Augenhöhe befindet und nicht jede binationale Verbindung die gängigen Klischees bedient. Darum geht es in unserer Kampagne: Irgendwann nimmt man nicht mehr irgendwas. Der eigene Anspruch, die eigenen Erfahrungen führen dazu, sich bewusst zu entscheiden. Für mehr Qualität, für weniger Kompromisse. Und für eine Programmzeitschrift, die diesem Maßstab gerecht wird. Wir würden uns freuen, wenn die weiteren Motive unserer Werbekampagne Ihre Zustimmung finden.“*

Der Versuch von HÖRZU, besagte Anzeige auf etwas zu reduzieren, was sie nicht war – einen harmlosen Tabubruch, der von Menschen missverstanden wird, denen nicht nur die Dialogbereitschaft abgeht, sondern auch der nötige Sinn für Humor, um das Augenzwinkernde daran zu dechiffrieren, war selbstentlarvend: Man - in diesem Fall Frau - musste kein Interpretationsgenie sein, und es waren auch nicht nur die Menschen, die eurozentrische Bilder im Kopf hatten, um die simple Botschaft: ‚weißer Mann nimmt schwarze Frau‘ weil er es sich leisten kann und will, zu verstehen. Der erhobene Zeigefinger, den HÖRZU umgehen wollte, wurde zu einem zynischen Maßregelungsinstrument des/der kritischen BetrachterIn, denn HÖRZU unterstellte, dass das Schlimme an der Anzeige nicht ihre Botschaft selbst sei, sondern die Klischees, die wir im Kopf haben. Für diesen unsensiblen und leichtfertigen Umgang mit rassistischen und sexistischen Motiven, diesen „netten, augenzwinkernden Tabubruch“, hatte der Deutsche Werberat nach unserer Beschwerde allerdings auch nicht viel Verständnis und die Anzeige wurde nicht mehr geschaltet.



*Ulrike Maier  
Sprecherin LAG Frauenpolitik  
KV Karlsruhe*

## „Mager-Models“ - Maßnahmen gegen Magersucht

Seit Mitte des 20. Jahrhunderts herrscht in den westlichen Industrieländern ein durch Schlankheit geprägtes Schönheitsideal vor. Modeindustrie, Medien und Werbung produzieren ununterbrochen Bilder von extrem dünnen Models und makellosen, schlanken Schauspielerinnen. Vor allen bei jungen Frauen, für die körperliche Attraktivität ein wesentliches Attribut ist, bleibt dieses Schönheitsideal nicht ohne Folgen. In einer Umfrage der Max-Planck-Gesellschaft bei 9 bis 13-Jährigen bejahten 49 % der Mädchen und 36 % der Jungen die Frage: „Wolltest du jemals dünner sein?“. 34 % der Mädchen gaben an, dass sie bereits versucht hätten, abzunehmen. Schlankheitsdiäten sind laut Bundesfachverband Essstörungen BEF e. V. häufig eine Einstiegsdroge für Essstörungen.

Bereits 22 % der 11- bis 17-Jährigen weisen nach einer Studie des Robert-Koch-Instituts Symptome einer Essstörung auf. Die Auswirkungen einer Magersucht sind ein Leben lang zu spüren: Jede dritte Frau erkrankt daran chronisch. Magersucht ist unter den jungen Frauen auch die psychische Erkrankung mit der höchsten Sterblichkeit: 10 bis 15 % überleben die Auswirkungen der Krankheit nicht.

Neben genetischen, familiären Problemen, psychosozialen Faktoren wie Übergewicht oder den Herausforderungen der Pubertät spielen ein geringes Selbstwert- und Körpergefühl sowie die Orientierung an unrealistischen Schönheitsidealen eine Rolle bei der Entwicklung von Essstörungen.

Deshalb wird den Essstörungen auch in Deutschland der Kampf angesagt – zum Beispiel durch die Kampagne: „Leben hat Gewicht“ von Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt, die die deutsche Mode- und Textilbranche Mitte Juli 2008 zu einer Selbstverpflichtung gewinnen konnte, keine Magermodels mehr auf deutsche Laufstege zu schicken. Dieser Einsatz für ein menschlicheres Schönheitsideal ist ein erster Schritt.

Baden-Württemberg selbst sieht keinen Bedarf, eine ähnliche Initiative auf Landesebene zu ergreifen, obwohl es hier derzeit keine vergleichbare Selbstverpflichtung der Textil- und Modebranche zum Verzicht auf Magermodels gibt.

**Mager-Models - Maßnahmen gegen Magersucht**

Im Hinblick auf das Angebot ambulanter Therapie- und Beratungsmöglichkeiten bestehen im Land erhebliche Lücken. Beratungsstellen betonen, dass nach wie vor gerade Aufklärung und Prävention extrem wichtig sind.

Aber gerade an Schulen ist das Thema Essstörung nicht fest im Lehrplan: Es ist Sache der LehrerInnen selbst, ob es im Unterricht angesprochen wird. Es fehlt hier eine aktivere Herangehensweise, aber auch Personen im Gesundheitsbereich müssen sensibilisiert und qualifiziert werden. Zudem bedarf es klarer Leitlinien für die Diagnose und Behandlung von Essstörungen, um Ärztinnen und Ärzten eine Handlungsanleitung zu geben.

Hingegen wird an sämtlichen Universitäten des Landes ausführlich zum Thema Essstörungen geforscht – mit Unterstützung aus Landesmitteln.



*Brigitte Lösch  
Frauen- und sozialpolitische Sprecherin  
Landtagsfraktion  
[www.brigitte-loesch.de](http://www.brigitte-loesch.de)*

## Neue Pflegekonzepte in der Kommune

In Baden-Württemberg, das hören und lesen wir immer wieder, leben die Menschen insgesamt länger. Hier zu leben ist offenbar auch für viele BundesbürgerInnen attraktiv, wenn sie die Phase ihres Erwerbslebens abgeschlossen haben. Entsprechend hoch ist z. B. in einigen Gemeinden Südbadens der Anteil älterer Menschen. Die demographische Entwicklung, die Umkehrung der Alterspyramide, ist darum besonders bei uns ein zentrales Thema. Bis zum Jahre 2030 steigt der Anteil der Menschen, die älter sind als 60 Jahre um über 50%. Was passiert mit ihnen, mit uns, wenn wir im Alter nicht mehr alles alleine regeln können, erst Unterstützung, dann Hilfe und dann vielleicht Pflege brauchen?

Bisher wurde vor allem im ländlichen Raum das Leben der älteren Menschen und später dann möglicherweise die Pflege in den Alltag einer Familie integriert. Es waren die Frauen, die Kindererziehung, Haushalt und eben auch die Betreuung und Unterstützung der weiteren Angehörigen übernahmen. Doch mittlerweile ist auch im ländlichen Raum der Strukturwandel erkennbar: Immer mehr Menschen leben alleine, Familien sind immer weniger im unmittelbaren Umfeld ihrer Angehörigen. Die um sich greifende Mobilität ist überall erkennbar. Junge Frauen entscheiden sich, vor allem wenn sie gut ausgebildet sind, immer häufiger für ein Leben ohne Kinder, leben alleine oder in Paarbeziehungen in den Städten. Und – es ist nicht mehr selbstverständlich, dass Frauen zu Hause bleiben und die Pflege ihrer Angehörigen übernehmen. Zudem steigt auch auf dem Land der Anteil der Single-Haushalte. Pflege und Pflegebedürftigkeit wird in unserem ländlich geprägten Land immer mehr ein öffentlich diskutiertes Thema. Politik muss sich dem stellen.

Bisher war die Antwort der Landespolitik einigermaßen einfach: Die stationäre Pflege wurde ausgebaut mit Landesmitteln, kommunaler Ko-Finanzierung oder Trägerschaft der Wohlfahrtsverbände. Altenheime der 60er Jahre, in die vor allem Frauen, die „zurück geblieben“ waren, nachdem sie oftmals ihre Männer gepflegt hatten, gingen, auch wenn sie selbst noch nicht pflegebedürftig waren, gibt es in dieser Form nicht mehr. Denn immer mehr ältere Menschen entscheiden sich, in ihrem gewohnten

**Neue Pflegekonzepte in der Kommune**

sozialen Umfeld zu bleiben, viele sind lange gesund und aktiv und wollen selbst bestimmt ihren Lebensabend gestalten. Altenheime wurden in den letzten zehn Jahren fast überall zu Pflegeheimen umgebaut. Altenhilfepläne wurden in allen Städten und Landkreisen erstellt mit dem Ziel, in die Zukunft gerichtete Bedarfe zu ermitteln. Das ist nun abgeschlossen, fast überall sind Pflegeheime entstanden. Das Land steigt aus der Förderung bis zum Jahr 2010 aus.

Doch ist der Ausbau stationärer Pflegeeinrichtungen die richtige Antwort? Sie entspricht, davon bin ich überzeugt, längst nicht mehr den Wünschen der älteren Menschen. Pflegeheime und sind sie noch so modern, mit Atrium und Wasserspielen, bleiben für die betroffenen Menschen der letzte Standort, den sie nur noch verlassen, wenn sie gestorben sind. Das macht Pflegeheime so unattraktiv. Es gibt kein Zurück mehr. Und darum sind Plätze in Heimen nicht mehr besetzt. Fast Jede und Jeder, der oder die entscheiden kann, entscheidet sich gegen die stationäre Pflege. Eine Umfrage aus dem Jahr 2007 hat ermittelt, dass lediglich 2 % der heute 60-Jährigen sich vorstellen kann, seine oder ihre letzten Jahre oder Monate im Pflegeheim zu verbringen. Dazu kommen immer wieder die Horrormeldungen über Menschen im Pflegeheim, die verwahrlosen, die angebunden werden, die ihrer Würde beraubt werden.

Die Landesregierung hatte die große Chance, dem allen zu begegnen: Die 1. Föderalismuskommission hat die Gesetzgebung für ein Heimrecht an die Länder übertragen. Wir wollten mit der grünen Landtagsfraktion diese Chance nutzen und eine Antwort geben auf die vielen Verunsicherungen. Wir haben Eckpunkte für ein Heimgesetz vorgelegt, dass sich den veränderten Bedingungen gestellt hat: Wir wollten VerbraucherInnenschutz durch hohe Transparenz und Qualitätssicherung für alle Angebote und für alle Wohnformen einführen. Die Landesregierung hat sich stattdessen für ein Rumpfgesetz entschieden, in dem sie letztlich nur den engen Bereich der stationären Pflege mit entsprechenden Standards gesichert hat.

## Neue Pflegekonzepte in der Kommune

Pflege ist viel mehr als das: In den Kommunen entstehen Netzwerke. Eines davon ist die Nachbarschaftshilfe, organisiert und koordiniert für Menschen mit Unterstützungsbedarf durch z. B. eine Sozialstation. Diese Hilfe wird gebündelt, die Menschen, die ihre Zeit zur Verfügung stellen, werden geschult. Pflege für Menschen mit Demenz – die Anzahl demenziell Erkrankter steigt immer mehr – kann auch in kleinen Wohngruppen, die mit einem Mix aus professioneller Pflege und bürgerschaftlichem Engagement stattfinden. Die kleine Gemeinde Eichstetten am Kaiserstuhl mit 5.000 EinwohnerInnen hat im letzten Jahr eine Wohngruppe mit acht Plätzen eingerichtet. Alte Menschen bleiben damit da, wo sie immer waren: in ihrem sozialen Umfeld, in ihrem Zuhause. Diese flexiblen Formen der Unterstützung und der Pflege, mit einem Pflegemix aus professioneller Pflege und bürgerschaftlichem Engagement, wird die Zukunft sein.

Das gerade im Bund verabschiedete Pflegeweiterentwicklungsgesetz enthält einen zentralen Baustein, um solche Konzepte auch umzusetzen: Die Pflegestützpunkte. Das Sozialministerium hat sich mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Pflegekassen darauf verständigt, ein flächendeckendes Angebot in Ba-Wü bereit zu stellen – ein grüner Erfolg, denn wir haben die Debatte um die Ausgestaltung der Pflegestützpunkte früh an die Öffentlichkeit gebracht.

Es ist die Chance für unsere Kommunala/os, diese Anlaufstellen in ihren Landkreisen und Städten zu verankern. Damit wird ein Angebot geschaffen, dass Hilfen für Einzelne und/ oder deren Angehörige bereitstellt oder zumindest vermittelt. Es soll eine Lotsenfunktion sein, um in dem Dschungel der Gesetze die richtigen Angebote zu finden und, um auch endlich zu wissen, welche Möglichkeiten der Unterstützung vorhanden sind, wie sie genutzt werden können und wer sie bezahlt.

*Bärbl Mielich, MdL  
Pflegepolitische Sprecherin  
der Landtagsfraktion*



## **Frauen - Gesundheit - Geschäft : die HPV - Impfung**

Die Teenie-Tochter liegt auf ihrem Bett und chattet mit einer Freundin über Jungs. Die Mutter kommt ins Zimmer: „Sag mal, warst du heute beim Arzt, wegen der dritten HPV-Impfung?“ Darauf entgegnet die Tochter: „Ja, klar, kurzer Pieks und fertig.“ So selbstverständlich und harmlos wie im Fernsehspot ist die Impfung gegen Humane Papillomviren (HPV) nur für wenige Mädchen und ihre Mütter. Zu groß ist inzwischen die Verunsicherung, zu laut die Kritik und zu umstritten die eilige Empfehlung der Ständigen Impfkommission (STIKO) die HPV-Impfung generell für alle Mädchen zwischen 12 und 17 Jahren als Leistung der Krankenkassen im April 2007 zuzulassen. Kritische Stimmen verweisen auf die vergleichsweise kurze Studiendauer, die schnelle Zulassung, Verflechtungen der STIKO mit der Pharmaindustrie und die in Deutschland vergleichsweise hohen Kosten.

Die Impfung gegen humane Papillomviren (HPV) wurde entwickelt, weil sich herausgestellt hat, dass einem Gebärmutterhalskrebs so gut wie immer eine HPV-Infektion vorausgeht. Bis jetzt sind mehr als 100 verschiedene humane Papillomviren bekannt. Rund 40 von ihnen können bei Frauen Veränderungen an der Haut und Schleimhaut im Scheidenbereich und am Gebärmutterhals verursachen. Durch HPV 6 und 11 entstehen gutartige Feigwarzen, durch 16 und 18 kommt es zu Zellveränderungen, die, wenn sie unbehandelt bleiben, zu Gebärmutterhalskrebs führen können. Die HP-Viren werden bei direkter Berührung (Haut-zu-Haut bzw. Haut-zu-Schleimhaut) übertragen, vor allem beim Geschlechtsverkehr.

HPV-Infektionen kommen häufig vor. Etwa 70% aller Mädchen, Jungen, Frauen und Männer, die Sex haben, stecken sich einmal im Leben mit HP-Viren an. Die meisten merken nichts davon, weil ihre körpereigenen Abwehrkräfte gut mit den Viren fertig werden. Meistens heilt die Infektion innerhalb von 1-2 Jahren ohne Behandlung und ohne Folgen aus. 0,1 Prozent der Frauen, die mit HP-Viren in Berührung kommen, erkranken später an Gebärmutterhalskrebs. Das heißt: Gebärmutterhalskrebs ist eine seltene Folge einer sehr häufigen Infektion und die HPV-Impfung ist keine Impfung gegen Gebärmutterhalskrebs, sondern gegen eine Infektion durch vier von vierzig zellverändernd wirkenden HP-Viren. Zum Zeitpunkt der Zulassung waren die Studien noch nicht abgeschlossen und viele entscheidungsrelevante Daten sind bis heute nicht bekannt, z.B. wie lange der Impfschutz hält und ob, bzw. wann eine Auffrischung erfolgen muss. Die Studien wurden an erwachsenen Frauen durchgeführt, die Impfpflichtung jedoch für minderjährige Mädchen

## Frauen-Gesundheit-Geschäft: Die HPV - Impfung

ab 12 Jahren ausgesprochen. Die HPV-Impfung schützt ausschließlich gegen die Infektion mit den HPV-Typen 6, 11, 16 und 18, die Zellveränderungen verursachen können. Regelmäßige Vorsorgeuntersuchungen bleiben deshalb auch nach der Impfung unerlässlich. Selten wurde für einen Impfstoff so massiv geworben. Die Herstellerfirma Sanofi Pasteur MSD GmbH schaltete einprägsame Fernsehspots, die gynäkologischen Praxen wurden mit Hochglanzbroschüren für Mütter und Töchter überschwemmt, begleitet von Internetauftritten, die sich an die Zielgruppe „Junge Mädchen“ richteten. Gynäkologische Praxen schrieben Mütter und Töchter an und warben für die Impfung. Es wurde Zeitdruck erzeugt, da die teure Impfung (rund 450 Euro) nur bis zum Alter von 17 Jahren von den Kassen zu bezahlen ist. Für viele ein Grund, die Tochter noch schnell impfen zu lassen. Der irreführende Slogan: „Die Impfung gegen Krebs“ hatte Erfolg und bescherte Sanofi Pasteur Rekordgewinne. Eine wirksame Impfung gegen Krebs und damit verbunden die Absenkung krebserkrankter Todesfälle wäre unzweifelhaft ein erstrebens- und unterstützenswertes Ziel. Allerdings darf dieser Wunsch nicht dazu führen, dass Mädchen und Frauen durch das Verbreiten einseitiger Informationen und dem Schüren von Angst zu einer übereilten Entscheidung gedrängt werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert deshalb eine industrieunabhängige Begleitstudie ein, in der Wirksamkeit und Nebenwirkungen der HPV-Impfung dokumentiert, ausgewertet und für die interessierte Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. Die strittige Impfung hat auch deutlich gemacht, dass bei der Ständigen Impfkommission (STIKO), die in Deutschland die Empfehlungen für oder gegen eine Finanzierung von Impfungen durch die Krankenkassen trifft, große Transparenzdefizite gibt. Hier hat eine Kleine Anfrage der grünen Bundestagsfraktion dazu geführt, dass mögliche Interessenkonflikte von STIKO-Mitgliedern mit der pharmazeutischen Industrie offengelegt wurden. Das Recht auf Gesundheit darf nicht für rein wirtschaftliche Interessen instrumentalisiert werden. Wir fordern gute, umfassende und unabhängige Informationen über die Pro- und Contra-Argumente, damit Mädchen und ihre Eltern eine selbstbestimmte Entscheidung für oder gegen die Impfung treffen können.



*Charlotte Schneidewind-Hartnagel*  
*Mitglied Koordinationsgruppe*  
*LAG FrauenPolitik*

## **Hilfen für Schwangere in Konfliktsituationen ausbauen – Beratungsangebote verbessern**

Das Angebot an Pränataldiagnostik (PND) hat in den letzten Jahrzehnten stark zugenommen. Schwangere Frauen sehen sich mit vielfältigen Angeboten konfrontiert. Bei den in der Regel schwierigen und oft uneindeutigen Diagnosen bestehen in den meisten Fällen weder während der Schwangerschaft noch nach der Geburt des Kindes Therapiemöglichkeiten.

Um einen Automatismus zwischen Schwangerschaft und pränataler Diagnostik zu verhindern, sollen Ärztinnen und Ärzte künftig bereits vor jeder pränatalen Untersuchung über die Möglichkeiten und Grenzen sowie Risiken der Untersuchungen informieren. Dabei muss auch das Recht der Frau auf Nichtwissen zum Tragen kommen.

Seit geraumer Zeit wird in den Fraktionen im Bundestag erneut heftig diskutiert, wie die Frage der Spätabtreibung (dabei handelt es sich um Abbrüche nach der 22. Woche) künftig geregelt und ob es zu einer Gesetzesänderung kommen soll. Im Jahr 2007 kam es zu 229 medizinisch induzierten Spätabbrüchen in Deutschland. Eine Änderung im Gesetz halten der Bundesvorstand von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wie das Präsidium des Bundesfrauenrates und die BAG Frauenpolitik aufgrund der bereits gegebenen Bestimmungen weder für erforderlich noch für wünschenswert. Zu erfahren, dass der Embryo möglicherweise unter einer schweren Krankheit oder Behinderung leidet, ist in der Regel ein Schock für die Schwangere und ihren Partner oder ihre Partnerin. In jedem einzelnen Fall befinden sich die Betroffenen in einer ausgesprochen komplizierten Lebens- und Entscheidungssituation.

Wir meinen: Ziel muss sein, den Druck auf die Frauen/Paare zu vermindern – und nicht, ihn zu erhöhen. Eine Verbesserung der Beratungsmöglichkeiten ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg dahin. Eine qualifizierte medizinische und psychosoziale Beratung kann in dieser Situation helfen, zu einer Entscheidung zu kommen, die immer individuell ist. Diese Beratungsangebote müssen bereits vor einer Diagnostik zum Tragen kommen und auch vor oder nach einem Abbruch bzw. der Geburt

## Hilfen für Schwangere in Konfliktsituationen ausbauen

zur Verfügung stehen. Die Betroffenen brauchen zudem, vor allem nach einem pathologischen Befund, die Möglichkeit zu einer freiwilligen psychosozialen Beratung, die auch in nicht medizinischen Fragen berät. Deshalb kann sie in der Regel nicht von der Ärztin oder dem Arzt durchgeführt werden. Umfangreiche und fundierte Informationen über Beratungsangebote, verbesserte Beratung sowie eine noch bessere Vernetzung der Ärzteschaft, Hebammen und Beratungsstellen sind dafür erforderlich.

Der Mutterpass, den jede schwangere Frau erhält und während der Schwangerschaft in der Regel mit sich führt, bietet sich an, zu einem Informationsdokument weiterentwickelt zu werden. Darin sollten Hinweise auf den Rechtsanspruch auf psychosoziale Beratung in einer unabhängigen Beratungsstelle und medizinische Beratung durch die Ärztinnen und Ärzte aufgenommen werden. Eine Bedenkzeit zwischen der Diagnose nach einer PND und einem eventuellen Abbruch ist in der Regel sinnvoll und wird derzeit auch eingehalten, wenn Ärztinnen und Ärzte Frauen und Paare ausführlich informieren und auf psychosoziale Beratungsangebote hinweisen. Auch heute entscheiden sich etliche Frauen bewusst zum Austragen ihres Kindes, selbst dann, wenn dieses außerhalb des Mutterleibs nicht lebensfähig ist.

Psychosoziale Beratung darf nicht mit der Entscheidung der Frauen/Paare für einen Schwangerschaftsabbruch oder für ein Leben mit einem möglicherweise behinderten Kind enden. Viele Probleme treten erst lange Zeit nach einem Abbruch der Schwangerschaft auf, oder – wenn sich die Frauen/Paare für das Leben mit einem behinderten Kind entschieden haben, nach der Geburt.

Unsere Gesellschaft zeigt sich Menschen mit Behinderungen und deren Angehörigen gegenüber alles andere als offen und solidarisch. Das erleben Eltern behinderter Kinder schmerzlich in vielen Alltagssituationen. Sie erfahren zu wenig Anerkennung, Respekt und Unterstützung. Hier müssen wir ansetzen und umsteuern, um Menschen mit Behinderung und ihren Angehörigen ein selbst bestimmtes und integriertes Leben in unserer Gesellschaft zu gewährleisten.

## Hilfen für Schwangere in Konfliktsituationen ausbauen

Die Umsetzung der EU-Antidiskriminierungsrichtlinien hat eine Chance eröffnet, diskriminierendes Verhalten gegenüber Menschen mit Behinderungen unter Strafe zu stellen und zu sanktionieren. Wer vorgibt, sich für das Leben mit behinderten Kindern einzusetzen, darf diese Richtlinien nicht gleichzeitig bekämpfen. Das heißt: Wir fordern, Frauen und Paare in dieser Konfliktsituation nicht alleine zu lassen. Die Betroffenen brauchen keine Verschärfung des Strafrechts, sondern müssen effektive Hilfe und Unterstützungssysteme angeboten bekommen. Deshalb stehen wir eine Pflicht für ÄrztInnen vor und nach allen vorgeburtlich-genetischen Untersuchungen umfassend zu beraten.

**Schwangere haben bereits jetzt gemäß § 2 Schwangerschaftskonfliktgesetz den Anspruch auf eine Beratung in einer unabhängigen Beratungsstelle. Eine Änderung im Gesetz ist demnach nicht erforderlich und auch nicht wünschenswert.**

Wir wollen in den ärztlichen Standesrichtlinien verankern, dass Ärzte und Ärztinnen auf diesen Rechtsanspruch hinweisen müssen. Zudem sollte in den Mutterpass ein Hinweis auf diesen Rechtsanspruch und auf eine medizinische Beratung durch die Ärztinnen und Ärzte aufgenommen werden. Eine engere Zusammenarbeit zwischen Ärzteschaft, Hebammen, Beratungsträgern und pränatal-diagnostischen Zentren ist auch für die Schwangere und ihre Familie hilfreich. Die Ärztekammern in Bund und Ländern sollen im Rahmen der Fort- und Weiterbildung für die Qualitätssicherung von Aufklärung, Beratung und Anwendung von pränataler Diagnostik Sorge tragen. Die Bundesregierung fordern wir auf, eine umfassende Teilhabe für Menschen mit Behinderungen in allen gesellschaftlichen Bereichen zu ermöglichen und die Antidiskriminierungsrichtlinien der EU nicht weiter zu bekämpfen.



*Astrid Rothe-Beinlich  
Frauenpolitische Sprecherin  
im Bundesvorstand  
KV Erfurt*

# Frauen und umweltbedingte Erkrankungen

Grundsätzlich haben Umweltveränderungen eine hohe Genderrelevanz und ganz unterschiedliche Auswirkungen auf Männer und Frauen. Drei Aspekte stehen dabei im Vordergrund:

Frauen und Männer

- nehmen bestehende Umweltveränderungen und -probleme unterschiedlich wahr;
- verfolgen unterschiedliche Ansätze bei der Lösung der Probleme;
- sind von umweltbedingten Erkrankungen unterschiedlich betroffen, und zwar Frauen weitaus stärker.

Frauen haben eine deutlich höhere Risikosensibilität als Männer. Sie stehen Technologien wie Gentechnik, Atomkraft oder Nanotechnologie kritischer gegenüber und lassen sich von technischem Fortschritt nicht blenden. Sehr oft sind es Frauen, die sich zu Initiativen gegen Menschen gemachte Gefahren gründen und diesen Widerstand dann tragen, wobei sie weniger einen technischen, sondern eher einen ganzheitlichen Lösungsansatz verfolgen. „Frauen/(Mütter) gegen Atomkraft“ gründeten sich nach dem GAU von Tschernobyl, sie schrieben Bücher und initiierten damit unter anderem die Alternativen Elektrizitätswerke Schönaau.

Bei meinem neuen Schwerpunkt „**Umwelt und Gesundheit**“, den ich mit einem Fachgespräch und einigen Anfragen bislang vorbereitet habe, sind es wiederum vorrangig Frauen, die für die Wahrnehmung dieses elementaren Zusammenhangs sensibilisiert sind. Was unsere Eingriffe in die Umwelt – Pestizide in Nahrungsmitteln, chemische Einträge, Feinstaub aus Dieselfahrzeugen oder Kohlekraftwerken, niederfrequente Strahlung u.v.m. – an Beeinträchtigung unserer Gesundheit nach sich ziehen können, ist Frauen auch deshalb präsenter, weil die Auswirkungen sich oft am schnellsten bei Kindern zeigen. So haben die Anfang August 2008 in Deutschland festgestellten erhöhten Uranwerte im Trinkwasser bei Frauen zu deutlich mehr Unruhe geführt. Die immer noch sehr ungleich verteilte Verantwortung für Säuglinge und Kleinkinder lässt die Vermutung zu, dass Frauen schon deshalb auf Umweltbelastungen als potenzielle Gesundheitsgefährdung sensibler reagieren.

## Frauen und umweltbedingte Erkrankungen

Aber nicht nur Kinder, auch Frauen selbst haben ein höheres Risiko, umweltbedingt zu erkranken. Dies hat bereits 2002 eine Studie der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein mit 1.300 Patienten bestätigt. Als häufigste Krankheitserreger wurden hier Schimmelpilze und Lösungsmittel entdeckt; Frauen waren dabei doppelt so häufig betroffen wie Männer.

Eine Studie von WEN (Women's Environmental Network) hat weitere interessante Ergebnisse zutage gefördert: Mehr als 140 natur- und sozialwissenschaftliche Arbeiten zum Thema „Gender und Chemikalien in der Umwelt“ wurden ausgewertet. Der Bericht zeigt, wie durch das Zusammenwirken unterschiedlicher Faktoren geschlechtsspezifische Anfälligkeiten in Bezug auf synthetische Chemikalien entstehen. Neben dem biologischen Geschlecht spielen zwar auch Faktoren wie sozialer Status, Bildungsniveau und soziokulturelle Einbindung eine Rolle. Auffallend sind aber die unterschiedlichen biochemischen und hormonellen Reaktionen von Männern und Frauen auf Umweltgifte: Frauen haben in der Regel mehr Körperfett – viele Chemikalien werden gerade dort gespeichert und werden nur über das Stillen von Kindern (!) wieder abgegeben. Viele grundlegende biochemische Zellreaktionen laufen bei Frauen ganz anders ab als bei Männern. Auch der zyklischen Veränderungen unterworfenen Hormonhaushalt und das komplexe Reproduktionssystem von Frauen reagieren weitaus sensibler auf Umweltgifte. Hinzu kommt eine grundsätzlich größere Bereitschaft von Frauen, (schmerzstillende) Tabletten (z.B. bei Migräne, Regelschmerzen) einzunehmen, die eine weitere Belastung mit chemischen Stoffen zur Folge haben. Die jahrelange Einnahme synthetischer Hormone ist aus ganz unterschiedlichen Gründen für viele Frauen völlig normal. All dies erfordert einen sehr differenzierten, geschlechtsspezifischen Untersuchungsansatz. Bisher waren Frauen jedoch nicht nur als Forscherinnen, sondern auch als Forschungsobjekte die Ausnahme, so dass viele der vorliegenden Analysen vorwiegend an Männern getestete Ergebnisse liefern – die aus einer männlichen Perspektive verfasst sind.

Die europäische Frauen- und Umweltorganisation WECF (Women in Europe for Common Future) fordert sogar, schädliche Umwelt- und

## **Frauen und umweltbedingte Erkrankungen**

Arbeitsplatzbedingungen als Risikofaktoren für die Entstehung von Brustkrebs anzuerkennen und der Prävention in diesem Zusammenhang Priorität einzuräumen. Anlässlich der 6. europäischen Brustkrebskonferenz, die im April 2008 in Berlin stattfand, stellte WECF fest, dass zehn von 1.000 Brustkrebsfällen in der EU verhindert werden könnten, wenn Krebsforschung und Politik diese Risikofaktoren anerkennen und dazu beitragen würden, dass gesundheitsschädigende Chemikalien und Arbeitsbedingungen aus unserem Alltag verschwinden. Alle sechs Minuten stirbt in der Europäischen Union eine Frau an Brustkrebs. Für 50 bis 70 Prozent der Erkrankungen fehlt jedoch eine Ursachenerklärung wie familiäre Vorbelastung oder die Einnahme von Hormonpräparaten. Sie könnte demnach durch krebserregende Umweltfaktoren ausgelöst worden sein. Präventive Maßnahmen und eine Weiterentwicklung der Ursachenforschung auf dem Gebiet der Umweltgifte können die Brustkrebsrate verringern, Behandlungskosten senken und Leben retten.

Seit 2007 ist die Chemikalienverordnung REACH der EU in Kraft, die den Schutz vor gesundheitsschädlichen Stoffen beschleunigen soll. Sie ist ein Fortschritt – wenn auch vor allem die deutsche Chemieindustrie erfolgreich in ihren Bemühungen war, die Verordnung zu entkräften. So fiel der Zwang, für gefährliche Stoffe Substitute zu entwickeln, weg – und ohne Alternativen bleiben sie auf dem Markt. Aber auch die Stoffe, zu denen es Alternativen gibt, werden nicht sofort verschwinden. Bis 90.000 Altchemikalien registriert sind, vergeht Zeit. So bedrohen uns viele der ersetzbaren Krebs erregenden oder Erbgut verändernden Produkte vorerst weiterhin.

Ein von den zukünftigen Auswirkungen her größerer Erfolg ist der von unserer grünen EU-Parlamentarierin Hiltrud Breyer federführend auf den Weg gebrachte Ausstiegsbeschluss zu hoch gefährlichen Pestiziden vom 13. Januar diesen Jahres. Damit werden Menschen zukünftig vor Krebs erzeugenden, das Erbgut verändernden oder die Fortpflanzung schädigenden Pestiziden bewahrt. Auch hier haben wir allerdings das Problem der Fristen: Von den 220 Pflanzenschutzmitteln, die in der EU derzeit zugelassen sind, werden in den nächsten zehn Jahren höchstens fünf Prozent verboten werden; die Genehmigung für den Einsatz des

## Frauen und umweltbedingte Erkrankungen

Pestizidhammers „Basta“ (Begleiter der Gentechnik auf dem Acker) von Bayer läuft vermutlich noch bis 2017!

Es heißt also kämpfen – und zwar nicht nur gegen die Chemiehämmer, sondern auch für Geschlechtergerechtigkeit: Der Mythos, Frauen hätten „natürlicherweise“ ein größeres Interesse an Schutz und Erhalt der Umwelt, wird nämlich in der oben erwähnten WEN-Studie relativiert. „Nicht das Geschlecht selbst, sondern ein ausgeprägtes Bewusstsein für Geschlechtergerechtigkeit erhöht auch den Grad des Umweltbewusstseins – bei Frauen und bei Männern.“



*Sylvia Kotting-Uhl, MdB,  
Umweltpolitische Sprecherin  
Bundestagsfraktion  
[www.kotting-uhl.de](http://www.kotting-uhl.de)*

---

## Mammografie - Screening

Jährlich erkranken in der Bundesrepublik etwa 55.000 Frauen neu an Brustkrebs, 19.000 sterben daran. Um die Sterblichkeitsrate zu senken, gibt es seit einem Jahr das Mammographie-Screening für Frauen zwischen 50 und 69 Jahren. Die Erkrankungsrate ist in diesem Zeitraum am höchsten. Das Screening ermöglicht es, auch kleine Tumore zu finden. Das Ziel, die Mortalitätsrate um 30% zu senken, kann aber nur erreicht werden, wenn ca. 70% aller Frauen zum Screening gehen. Wenn nur die Hälfte aller Frauen erfasst wird, sinkt die Mortalitätsrate auf 21%.

Für jüngere Frauen ist das Mammographie-Screening wegen der hohen Gewebedichte als Diagnoseinstrument eher ungeeignet, hier ist eine Ultraschalluntersuchung vorzuziehen. Die Tumorverdoppelungsrate ist umso größer, je jünger die Patientinnen sind. Frauen mit Brustimplantaten (Silikon) sollten sich einer CTG (Computertomografie) unterziehen – diese Kosten werden jedoch nicht von der Krankenkasse übernommen.

## Mammografie- Screening

Das Screening, mit anderen Worten. das Röntgen gesunder Frauen ohne vorherigen Befund war lange aus ethischen Gründen umstritten. Es darf nicht als IGEL-Leistung (Abk. für: Individuelle **G**esundheits**L**eistung) abgerechnet werden. Auch das Strahlenschutzgesetz, das vor unnötiger Strahlung schützen soll, hat dabei eine Rolle gespielt.

Es gibt bei der sehr komplizierten Diagnosestellung und Auswertung immer wieder unterschiedliche Befunde, über die dann in einer „Konsens“-Konferenz von mehreren FachärztInnen diskutiert wird. Insgesamt ist die Qualität des Screening auf einem sehr hohen Niveau: Die MitarbeiterInnen in den Zentren sind speziell geschult, die Geräte sind auf dem neuesten Stand und sie werden permanent gewartet.

Natürlich – und dies ist einer der Hauptkritikpunkte am Screening- besteht die Gefahr der Überdiagnose und Übertherapie. Die Chance mit einem regelmäßigen Check der Krankheit zu entgehen, sie zumindest so früh zu erkennen, dass sie nicht tödlich verläuft, sollte jedoch ebenso wie die regelmäßige gynäkologische Krebsvorsorge genutzt werden. Positiv dabei zu bewerten ist auch, dass mit diesem flächendeckenden Angebot Frauen zur Untersuchung kommen, die in der Regel keine ÄrztInnenpraxis aufsuchen.

Unsere Kritik und Forderungen beziehen sich auf

1. Ergänzung bzw. Erweiterung des Angebotes auch für Frauen ab 70 Jahren
2. die Einbeziehung der GynäkologInnen vor Ort in das Mammographie-Screening
3. das Angebot der Schulung zur Selbstuntersuchung der Brust schon bei jungen Frauen, zum Beispiel durch Pro Familia oder Frauengesundheitszentren

Wer sich für die PowerPointPräsentation zum Vortrag interessiert, kann diese per email unter [frauenpolitik@lag.gruene-bw.de](mailto:frauenpolitik@lag.gruene-bw.de) anfordern.

Das Redaktionsteam

## Häusliche Gewalt gegen Frauen und Kinder

Erstmals thematisiert durch die Frauenbewegung der 1970er-Jahre, dauerte es nahezu weitere 20 Jahre bis sexualisierte und speziell häusliche Gewalt gegen Frauen und Kinder in den 1990er - Jahren auf nationaler und internationaler Ebene als gesellschaftliches Problem wahrgenommen wurde. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) gilt Gewalt, insbesondere häusliche Gewalt, als eines der weltweit größten Gesundheitsrisiken für Frauen und Kinder, was bis vor wenigen Jahren in Deutschland noch kaum im öffentlichen Bewusstsein verankert war.

Daten zur Häufigkeit und Ausprägung häuslicher Gewalt waren lange Zeit nicht oder nur vereinzelt verfügbar und auch im Gesundheitswesen blieb die Gewaltproblematik als Ursache von Gesundheitsstörungen bis in die 1990er-Jahre hinein weitgehend unberücksichtigt. Während der Weltgesundheitsversammlung im Jahr 1996 wurde erstmals eine Resolution verabschiedet, durch die Gewaltprävention zu einer prioritären Aufgabe des öffentlichen Gesundheitswesens erklärt wurde.

Neben den individuellen und sozialen Folgen verursacht Gewalt auch erhebliche gesamtgesellschaftliche Kosten. Diese Folgekosten betreffen u. a. den sozialen Bereich (z. B. Kinder- und Jugendhilfe, Unterstützungseinrichtungen für Gewaltbetroffene), die Justiz (z. B. Strafverfolgung), den gesamten Bereich der Erwerbsarbeit (z. B. Arbeitsunfähigkeit, Frühberentung) sowie schwerpunktmäßig das System der Gesundheitsversorgung.

Körperliche und seelische Gewalt gegen Frauen und Kinder im engen sozialen Nah Raum, also zu Hause, ist die am weitesten verbreitete Verletzung der Menschenrechte und gehört für viele Opfer leider zum Alltag. Eine Studie des Bundesgesundheitsministeriums belegt, dass zwei von fünf Frauen über 16 Jahren in ihrem Leben schon Gewalt erfahren haben. Anhand von Daten über Polizeieinsätze zu häuslicher Gewalt wird das erschreckende Ausmaß dieses Verhaltens deutlich – und auch der hohe Anteil der männlichen Täter: 86,4% der Tatverdächtigen sind Männer.

## Häusliche Gewalt gegen Frauen und Kinder

Jugendgewaltstudien und eine erste Pilotstudie des BMFSFJ zu Gewalt gegen Männer legen nahe, dass die Viktimisierung durch Gewalt eine geschlechterübergreifende Problematik darstellt, die auch Männer in unterschiedlichen Lebensphasen und- Kontexten betrifft.

Die Formen der Gewalt sind vielfältig und ihre Opfer brauchen Schutz. Wer in der Familie oder Partnerschaft geschlagen, gedemütigt, vergewaltigt oder missbraucht wird, braucht besonderen Schutz, denn die Gewalt im Familienkreis wird oftmals als ausweglos hingenommen. Dieser Schutz der Betroffenen ist jedoch bisher am wenigsten gewährleistet. Auch heute noch wird Häusliche Gewalt verharmlost und schnell entschuldigt.

Frauen sind in Deutschland in der Familie und ihrem persönlichen Umfeld stärker gefährdet als im öffentlichen Raum.

- Rund 25 Prozent der in Deutschland lebenden Frauen haben Formen körperlicher oder sexueller Gewalt oder beides durch aktuelle oder frühere Beziehungspartner erlebt
- 37 Prozent aller befragten Frauen haben körperliche Gewalt seit dem 16. Lebensjahr erlebt
- 13 Prozent der befragten Frauen haben seit dem 16. Lebensjahr sexuelle Gewalt erlitten
- 40 Prozent der befragten Frauen haben körperliche oder sexuelle Gewalt oder beides seit dem 16. Lebensjahr erlebt
- 58 Prozent der Befragten haben unterschiedliche Formen von sexueller Belästigung erfahren
- 42 Prozent aller befragten Frauen haben Formen von psychischer Gewalt wie systematische Abwertung, Demütigung, Ausgrenzung, Verleumdung, schwere Beleidigung, Bedrohung und Psychoterror erfahren
- Zu den Risikofaktoren gehören neben der Trennung oder Trennungsabsicht auch Gewalterfahrungen in der Kindheit und Jugend; Bildung, Einkommen oder Schichtzugehörigkeit hatten demgegenüber keinen Einfluss auf Gewaltausübung

## **Häusliche Gewalt gegen Frauen und Kinder**

Die rot-grüne Bundesregierung hatte deshalb dem Schutz vor Gewalt höchste Priorität eingeräumt. Im Zentrum der Initiativen der alten Regierung stand der Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen. Ein wichtiger Teil dieses Aktionsplans ist die systematische Untersuchung von Gewalterfahrung von Frauen; bislang gab es darüber nur Schätzungen. Mit der Einführung des Gewaltschutzgesetzes zum 1. Januar 2002 war ein notwendiger Schritt zur Ächtung der Gewalt in der Gesellschaft auf den Weg gebracht. Der Grundsatz „Wer schlägt muss gehen - das Opfer bleibt in der Wohnung“ ist nun in unserem Gesetz verankert.

### **Platzverweisverfahren in Baden-Württemberg**

Mit dem eingeführten Platzverweisverfahren hat Baden-Württemberg ein Konzept zur Bekämpfung häuslicher Gewalt entwickelt. Es setzt das im Gesetz vorgesehene Verursacherprinzip - der Täter und nicht wie zuvor üblich das Opfer muss die Wohnung verlassen - konsequent um. Der Platzverweis vermittelt das klare Signal: Gegen häusliche Gewalt wird konsequent vorgegangen. Die Anzahl der Platzverweise hat sich zwischen 2002 und 2005 fast verdoppelt; die Einsätze insgesamt sind deutlich zurückgegangen

### **Prävention**

Der Fokus der Prävention wird auch zukünftig darauf gerichtet, bestehende Gewaltverhältnisse aufzudecken, Opfer von Gewalt in der Suche nach Hilfemöglichkeiten zu unterstützen und Schutzmaßnahmen vor weiterer Gewalt einzuleiten bzw. Gewalt zu beenden. Darüber hinaus gilt es, die beteiligten und mittelbar betroffenen Kinder und Jugendlichen in primärpräventiven Interventionen als eigenständige Zielgruppe von Prävention im Kontext häuslicher Gewalt zu berücksichtigen. Die Aufdeckung häuslicher Gewalt spielt daher im Hinblick auf den vorbeugenden Gesundheitsschutz der Kinder und Jugendlichen eine zentrale Rolle.

### **Frauenhäuser**

Frauenhäuser bieten Frauen und deren Kindern in akuter Notsituation zunächst anonymen Schutz vor häuslicher Gewalt. Sie leisten darüber hinaus Unterstützung bei der Bewältigung der Gewalterfahrungen und bei der Entwicklung einer gewaltfreien Lebensperspektive. Mehr als 40.000

## Häusliche Gewalt gegen Frauen und Kinder

Frauen suchen in Deutschland jährlich Schutz in Frauenhäusern. In Baden-Württemberg gibt es derzeit 41 Frauenhäuser.

Trotz des Gewaltschutzgesetzes „Platzverweis“ sind die Frauenhäuser großenteils voll belegt. Im Jahr 2003 suchten 5.722 Frauen und Kinder in Baden-Württemberg Schutz in einem der Frauenhäuser im Land (aktuelle Erhebung des „Verbandsübergreifenden Arbeitskreises Frauenhausfinanzierung in Baden-Württemberg (VAK)“ im Paritätischen Wohlfahrtsverband) Frauen- und Kinderschutzhäuser sind demnach noch immer unverzichtbarer Bestandteil eines Hilfesystems für Opfer von häuslicher Gewalt. Der Bedarf an Frauenhausplätzen ist somit unvermindert hoch.

### **Forderung der GRÜNEN:**

Wir müssen dafür sorgen, dass

- jede von Gewalt betroffene Frau mit ihren Kindern in ganz Deutschland einen kostenfreien Anspruch auf einen Platz in einem Frauenhaus/einer Schutzeinrichtung sowie die notwendige Beratung und Unterstützung erhält
- der Zugang zum Frauenhaus unbürokratisch und unmittelbar unter Wahrung der Anonymität gewährleistet wird
- dieses auch sichergestellt ist, wenn die gewählte Zufluchtstätte sich an einem anderen Ort als dem eigenen Wohnort befindet
- dieser Anspruch auch für Migrantinnen mit unsicherem Aufenthaltsstatus gültig ist und wenn erforderlich unverzüglich die räumliche Beschränkung im Aufenthaltstitel aufgehoben wird

Verena Fuchslocher  
Mitglied Koordinationsgruppe LAG Frauenpolitik  
KV Mannheim



## **Frauenhaus zwischen Wunsch und Wirklichkeit**

Das Frauenhaus in Baden-Baden wurde 1994 - wie wohl alle Frauenhäuser - gegen manche Widerstände mit Elan und Idealismus gegründet – aber letztlich ohne Zustimmung der Grünen im Gemeinderat, die vergeblich für ein unabhängiges Finanzierungsmodell gekämpft hatten. Was wir damals befürchtet hatten und verhindern wollten, trat dann in den Folgejahren ein: die völlige Abhängigkeit des Hauses vom Träger, in unserem Fall der Stadt Baden-Baden und des Landkreises Rastatt. Trotz anderweitiger Versprechungen der Stadt bei der Gründung des Frauenhauses wurden die aufgenommenen Frauen ohne Schonfrist zur Kasse gebeten bzw. dem Sozialamt gegenüber rechenschaftspflichtig. Der Bestand des Hauses war von den Vergütungen des Sozialamtes für die Frauen und Kinder abhängig: „Je mehr geschlagene Frauen, desto besser für das Frauenhaus,“ war damals zu lesen. Mangelnde Belegung machte dann schnell nervös und führte zu einer Erhöhung des Tagessatzes auf rund 40 €. Jede Frau aber mit eigenem Einkommen musste den vollen Tagessatz auch für ihre Kinder selbst bezahlen. Ein Aufenthalt von einem Monat kostete eine Mutter mit beispielsweise zwei Kindern 3.600 €. Damit war das Frauenhaus für Selbstzahlerinnen tabu.

Seit Jahren kämpft die Grüne Fraktion für eine Beteiligung der öffentlichen Hand an diesen Kosten. Noch im Jahr 2008 wurden wir vom Sozialdezernenten abschlägig so beschieden: „Wer Leistung in Anspruch nimmt, soll auch Leistung erbringen!“ Auch Vertreter der Arbeiterwohlfahrt und der Kirchen glaubten die hilfeschuchenden Frauen und Kinder im Hotel gut aufgehoben. Die Idee des Frauenhauses war in diesen Männerköpfen vergessen worden oder wahrscheinlich nie angekommen. Selbst unsere Frauenbeauftragte hat nach einschlägigen Erfahrungen in dieser Sache resigniert.

Für den Haushalt 2009 plante die Grüne Fraktion einen neuen Vorstoß: Sie wollte Gelder für Selbstzahlerinnen festschreiben. Jetzt aber machte das Frauenhaus selbst einen Strich durch die Rechnung. Warum? Die verantwortlichen Frauen hatten inzwischen mit einem größeren Problem zu kämpfen: der drohenden Kündigung ihrer Räumlichkeiten durch die Stadt Baden-Baden. Unsere Forderung nach finanzieller Unter-

## Frauenhaus zwischen Wunsch und Wirklichkeit

stützung für die Selbstzahlerinnen sollte deshalb das sensible Klima nicht zusätzlich belasten und vorerst zurückgestellt werden. Das hat nichts genutzt. Die Kündigung zur Jahresmitte 2009 ist erfolgt.

Wie konnte es zu dieser Kündigung kommen? Die gute Arbeit und die Notwendigkeit des Frauenhauses sind unumstritten. Die Auslastung ist bei 20 Plätzen hoch, fast dreitausend Frauen und Kinder sind seit der Gründung betreut worden. Der Streitpunkt: Viele Frauen -auch aus dem Landkreis- siedeln sich nach der Beendigung ihres Aufenthaltes im Frauenhaus in Baden-Baden an, die Stadt aber muss allein die Folgekosten tragen. Denn trotz jahrelanger Auseinandersetzungen verweigert der Landkreis Rastatt eine anteilige Übernahme dieser Kosten. Allerdings ist er bereit, nun seinerseits das Frauenhaus samt Folgekosten zu übernehmen. Für die betroffenen Frauen aber wäre der erzwungene Umzug ein schwerer Schlag. Ihre Empörung darüber, Spielball im Streit der beiden Träger zu sein, war zurecht groß, ebenso die Solidarität in der Stadt für das Frauenhaus.

Jetzt aber - endlich! - nach so viel vergeblichen Anläufen, erreicht uns im Januar 2009 eine gute Nachricht : Der Städtetag und der Landkreistag Baden-Württemberg haben sich dazu durchgerungen, den Kommunen die Übernahme des größten Teils der Kosten für die Selbstzahlerinnen zu „empfehlen“, nämlich den Anteil für die psychosoziale Betreuung. Folgen die beiden Träger dieser Empfehlung , dann zahlt eine Frau mit zwei Kindern in Zukunft pro Monat nicht mehr 3.600 €, sondern etwa 800.

Natürlich werden wir die Stadt auffordern, sich dieser Empfehlung anzuschließen.

*Almuth Dinkelaker  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Gemeinderat Baden-Baden*



## Weibliche Genitalverstümmelung

Das Thema Genitalverstümmelung ist zwar noch immer ein Tabuthema, aber es hat in den letzten Jahren eine immer größere Aufmerksamkeit erfahren. Diese, nach unseren Wertvorstellungen schwere Menschenrechtsverletzung, ist in Deutschland verboten und wird als Körperverletzung strafrechtlich verfolgt.

Es gibt keine gesicherten Zahlen darüber, ob und wie viele Frauen und Mädchen verstümmelt oder von Genitalverstümmelung bedroht sind – alle Informationen basieren lediglich auf Schätzungen. Weltweit leben ca. 130 Millionen Mädchen und Frauen, die an ihren Genitalien verstümmelt wurden – täglich kommen ungefähr 8.000 Mädchen hinzu. Und es ist auch ein Thema in Deutschland: Es wird geschätzt, dass mindestens 20.000 von Genitalverstümmelung betroffene Frauen sowie über 4.000 davon bedrohte Mädchen hier leben. Durch Migration und Flucht leben heute hier immer mehr Frauen, die in ihren Herkunftsländern beschnitten wurden. Und es gibt Eltern, die auch hier glauben, das sei für ihre Töchter unbedingt notwendig.

Seit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes am 01.01.2005 hat sich die ausländerrechtliche Situation für von Genitalverstümmelung bedrohte Frauen und Mädchen verbessert: Das Gesetz gewährt nicht nur Schutz bei staatlicher, sondern auch bei geschlechtsspezifischer Verfolgung. Trotzdem braucht es wirkungsvollere Maßnahmen zum Schutz von Frauen und Mädchen vor Genitalverstümmelung.

Die weibliche Genitalverstümmelung muss ausdrücklich in den Straftatbestand der schweren Körperverletzung aufgenommen werden. Damit würde ein klares Signal an Ärzteschaft, Eltern und Opfer gegeben. Zahlreiche europäische Länder wie Großbritannien, Schweden, Spanien und Italien haben dies bereits getan. Länder, in denen Genitalverstümmelung praktiziert wird, dürfen für Asylverfahren ab sofort nicht mehr als „sichere Herkunftsländer“ gelten.

## Weibliche Genitalverstümmelung

Strafrechtliche Verfolgung und gesetzlicher Schutz sind ein wichtiger Bestandteil der Bekämpfung der Praxis weiblicher Genitalverstümmelung, aber Verbote allein reichen nicht aus. Es bedarf einer Sensibilisierung und Aufklärung sowohl der betroffenen Frauen und Familien als auch der Berufsgruppen, die mit den Folgen von Genitalverstümmelung zu tun haben. Dazu braucht es umfassende und mehrsprachige Beratungs- und Informationsangebote. Für Ärztinnen und Ärzte, Hebammen, PsychologInnen, SozialpädagogInnen, Strafverfolgungsbehörden, Polizei und Angestellte in den Jugendämtern müssen eindeutige Richtlinien für die Behandlung und Beratung von beschnittenen Frauen und Mädchen erarbeitet werden. Diese müssen Bestandteil von Berufsausbildung und Fortbildung werden.

Aufklärung und Prävention von Genitalverstümmelung kann nur durch ein gemeinsames Vorgehen, klare Richtlinien und ein Netzwerk verschiedener Akteure aus dem medizinischen, sozialen und rechtlichen Bereich sichergestellt werden.

*Brigitte Lösch*  
*Frauen- und sozialpolitische Sprecherin*  
*Landtagsfraktion*  
[www.brigitte-loesch.de](http://www.brigitte-loesch.de)



## Das Prostitutionsgesetz

Prostitution wird gerne als „das älteste Gewerbe der Welt“ bezeichnet. Dieses Argument bemüht jedeR, die/der den Handel mit sexuellen Dienstleistungen als die natürlichste Sache der Welt darstellen will – neuerdings ein paar besonders findige Geschäftsleute, die im großen Stil mit Bordellen an die Börse gehen. Mit Zuhältereien wollen sie aber keinesfalls in Verbindung gebracht werden.

Dass Frauen bereits im Altertum ihren Körper verkaufen mussten, um zu überleben, die Gunst eines Beschützers zu erwerben oder ein paar uneheliche Kinder vor dem Hungertod zu bewahren, ist ein trauriges Kapitel in der Geschichte der Menschheit. Die eigentliche Katastrophe ist, dass auch heute noch viele ihren Körper verkaufen müssen, weil sie keine andere Wahl haben und das z.T. unter entwürdigenden Bedingungen tun müssen. Auch wenn die meisten professionell arbeitenden Frauen auf ihre Gesundheit achten, birgt die Prostitution Risiken, die in keiner anderen Berufsgruppe auch nur annähernd geduldet würden. Zudem findet sie nach wie vor in einer rechtlichen Grauzone statt, die Freier und Zuhälter von jeglicher Verantwortung entbindet. Der Staat nutzt zwar die Möglichkeiten der Steuererhebung, stellt im Gegenzug aber nur ein marginales Beratungs- und Ausstiegsangebot bereit. In Baden-Württemberg gibt es lediglich drei Einrichtungen für Zwangsprostituierte, die sich damit an eine ganz andere Zielgruppe richten, als an die weitaus größere Zahl der Prostituierten, die keineswegs als Zwangsprostituierte betitelt werden möchten.

Die Frauen, die sich aus dem einen oder anderen Grund für diesen Erwerb entschieden haben oder irgendwie da hineingeraten sind, führen alles andere als ein glamouröses Leben. Mit dem von FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 2002 erlassenen Prostitutionsgesetz (ProstG), sollten zumindest rechtliche Unsicherheiten und der Tatbestand der Sittenwidrigkeit, der einen Vertrag mit einem Freier von vornherein für null und nichtig erklärte, beseitigt werden. Prostituierte haben dadurch zum ersten Mal in der Deutschen Geschichte ArbeitnehmerInnenstatus, können sozialversicherungspflichtige Arbeitsverträge in ihrem Gewerbe abschließen, sind durch ein eingeschränktes Weisungsrecht ihrer ArbeitgeberInnen in ihrer Selbstbestimmung mehr geschützt als andere

## Das Prostitutionsgesetz

Beschäftigte und haben – theoretisch - jederzeit die Möglichkeit, aus ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen auszusteigen.

Dies gilt allerdings nur für Prostituierte mit deutscher Staatsbürgerschaft. Migrantinnen mit Touristenvisum, die hier nur sporadisch oder auch unangemeldet der Prostitution nachgehen, bewegen sich nach wie vor in einem rechtlichen Niemandsland. Konkurrenzdruck oder Drogenabhängigkeit führen in dieser Personengruppe häufig dazu, dass sie zu Dumpingpreisen sexuelle Dienstleistungen anbieten, die extrem gesundheitsgefährdend sind.

Aus Sicht der Stuttgarter Fachdienststelle Prostitution, einer einmaligen, im Jahre 1957 aus dem Problem der Ruinenprostitution heraus entstandenen Einrichtung in Deutschland, habe der alte § 180a, der Zuhälterei als strafbare Handlung definierte, ein „objektiv begründbares und von Zeuginnenaussagen unabhängiges“ Eingreifen ermöglicht. Als strafbare Handlung im Sinne der Zuhälterei wird mit dem neuen Gesetz lediglich die Ausbeutung, nicht aber die Beschäftigung von Prostituierten bewertet. Es kommt immer wieder vor, dass Frauen Zeugenaussagen aus Furcht vor Repressalien widerrufen. Dadurch wird ein Eingreifen der Polizei erschwert. Auch die Verständigungsprobleme sind eine Hürde, die nur mit einem muttersprachlichen Beratungs- und Hilfsangebot überwunden werden könnte.

Den Tatbestand der Sittenwidrigkeit, das bestätigt auch die 2007 vom Bundesfamilienministerium veröffentlichte Studie, möchte allerdings niemand wieder eingeführt haben. Ein weiteres Ergebnis der Studie bestätigt auch, dass kein erkennbarer Zusammenhang zwischen dem ProstG und der Zunahme von Menschenhandel besteht. Grundsätzlich bietet das Gesetz Handlungsansätze und mehr Rechtssicherheit für die Frauen als jemals zuvor. Die Blockadehaltung in Baden-Württemberg führt jedoch dazu, dass das Gesetz bisher in wesentlichen Punkten seine volle Wirkung nicht entfalten konnte. Hier wurde kein weiterer Handlungsbedarf auf Landesebene gesehen und ordnungsrechtliche Instrumente wie z.B. Bau- und Gewerbeamt zum Schutz der Betroffenen angewandt.

**Prostitutionsgesetz**

**Fazit:** die Verantwortlichen auf Landes- und kommunaler Ebene sollten den jetzigen Umgang mit dem Thema überdenken. Es gibt bereits funktionierende Modelle in anderen Bundesländern, die den Prostituierten einen niedrigschwelligen Zugang zur Gesundheitsvorsorge, Beratung zum Steuerrecht, Schuldnerberatung und Ausstiegshilfen bieten. Durch eine vertrauensvolle Zusammenarbeit von Polizei, Beratungsstellen und Prostituierten könnte die Kriminalität im Umfeld eingedämmt und die Lebensumstände von Prostituierten verbessert werden.

Keinesfalls sollte das ProstG zu einer Verharmlosung der Prostitution führen. Leider haben aber gerade die, die mit dem Geschäft viel Geld verdienen, das Gesetz in ihrem Interesse interpretiert. So gibt es inzwischen Unternehmen, die mit ihren Bordellen an die internationalen Börsen gehen wollen und mit satten Renditen bis zu 343,5 % locken, Investoren-Parties mit Models zu Sonderkonditionen inbegriffen. Nachdem uns das bekannt wurde, haben wir in das Europa-Wahlprogramm aufnehmen lassen, dass die Grünen EU-Abgeordneten sich dafür einsetzen, alle Aktivitäten dieser Art im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten zu verhindern.



*Ulrike Maier  
Sprecherin LAG Frauenpolitik  
KV Karlsruhe*

---

## **Prostitution und Zuhälterei - in den letzten 20 Jahren wurde alles anders!!**

Früher waren die Verhältnisse klar und alles geregelt:

Eine Frau verdiente gut, ihr Zuhälter war ein fescher Bub und natürlich auch ein Statussymbol, den frau sich leisten konnte, der aber auch Pflichten hatte: ihr bei Problemen zu helfen (z.B. im Bordell), sich mit ihr zu zeigen, na ja, und er war natürlich auch ihr Liebhaber ....bei einem Verdienst von 30-50.000 DM im Monat war es auch kein Problem, ihn zu finanzieren, und wenn er mehrere Frauen hatte – nun es ging allen gut. Das Zauberwort hieß „Passage“, d.h. alles lief aus Liebe.

## Prostitution und Zuhälterei

Um den Wunsch der Männer nach Exotinnen zu befriedigen, fuhren Bordellbesitzer nach Thailand und Südamerika, um Prostituierte, die dort unter z.T. übelsten Bedingungen anschafften, zu rekrutieren. Sie bezahlten den Flug, arrangierten die Einladung für drei Monate, die bei guter Arbeit auf sechs Monate verlängert werden konnte. Die Jobs in Deutschland waren heiß begehrt, konnte man doch dadurch der bitteren Armut im Heimatland entgehen. Nach drei Monaten fuhr eine Frau mit 10-15.000 DM heim – und konnte dadurch sich und ihrer Familie eine Existenz aufbauen. Klar verdiente der Bordellbesitzer – aber nichts ist umsonst und hier war jeder zufrieden. Nach altem Recht war dies Zuhälterei und wurde bestraft – übersehen wurde oft, dass hierin auch eine Chance für die Frauen lag.

Die Gesundheitsämter im Norden waren darauf eingestellt und vermittelten den Gastarbeiterinnen Touristenkrankenversicherungen für 50 DM im Monat. Mit Öffnung der Grenzen zum Osten wurde alles anders: vor allem Frauen aus Polen, Tschechien und dem Baltikum kamen nach Deutschland zum Arbeiten – damals noch illegal. Die Frauen aus der ehemaligen UDSSR benötigten Schleuser, und das kostete. Aber das, was blieb, war für sie immer noch viel. Der Kuchen (also das Freierpotenzial) blieb gleich, aber immer mehr wollten ein Stück davon abhaben, also wurde ein Mehr an Service geboten, und der Preisverfall begann.

Versuchten es anfangs noch einige Jungluden mit ihrer Possage, wurde dies auf Dauer immer anstrengender und brachte immer weniger ein. Nach dem „Schengener Abkommen“ brach dann die große Invasion aus dem Osten herein: mit den täglich verkehrenden Bussen reisen die Frauen heute hauptsächlich aus Bulgarien, Rumänien und Russland an. Über Mundpropaganda werden Freundinnen, Schwestern, Bekannte rekrutiert und das Kuchenstück wurde zum Krümel. 68 % der Frauen verdienen bei einer Arbeitswoche von sechs bis sieben Tagen im Schnitt 300 bis 600 Euro/Woche. Davon gehen 150 bis 175 Euro an Steuern ab. Die Frau benötigt Fahrgeld für den Bordellwechsel (wöchentlich bis 14-tägig), sie muss teures Bestellessen zahlen, da sie oft nicht kochen kann, meist raucht sie, und natürlich sind Posten wie Arbeitskleidung, Frisör

**Prostitution und Zuhälterei**

und Kosmetik auch nicht unerheblich. Viele Frauen können sich keine eigene Wohnung leisten, leben also in den Bordellen, haben keine Krankenversicherung, keine Altersversorgung, kein Auto, keine Ersparnisse. Hier trägt die im Jahre 2000 eingeführte Steuer in Höhe von 25 Euro pro Tag eindeutig zur Verelendung der Frauen bei, wobei das Ganze auch etwas kontrovers diskutiert wird: Arbeitet eine Frau aus Osteuropa hier und trägt den gesamten Verdienst in ihre Heimat, trägt sie auch nichts zur Wirtschaft und zum Konsum bei. Viele halten die Abgaben in diesem Fall für gerecht.

Eine in Deutschland lebende Frau könnte eine Steuererklärung machen oder sich selbst versteuern. Hier hat das Finanzamt aber erfolgreich auf die doch häufig recht chaotische Persönlichkeitsstruktur der Prostituierten spekuliert! Fakt ist, die Frauen bewältigen das in der Regel nicht!

Die Berechnung der Steuer erfolgt auf Basis folgender Angaben:

1. das Einkommen einer Rosemarie Nitribitt\* wurde zugrunde gelegt;
2. eine großspurige Stuttgarter Bordellbetreiberin (heute pleite und in psychiatrischer Behandlung) bot freiwillig 50 DM am Tag an - das Finanzamt schrie „juhuu“ und wurde aktiv;
3. die Stuttgarter Finanzbeamten gingen als Freier getarnt durch die Bordelle und schätzten dann das Einkommen der Prostituierten (sie kamen, fragten nach Fullservice – was dann natürlich ziemlich hoch ging – blieben in der Regel nicht und nahmen an, dass jede Frau viele solche Gäste am Tag hätte – was völlig überzogen war).

Damit hat das Finanzamt unfreiwillig die Rolle des Zuhälters übernommen und behält oft über die Hälfte des Einkommens der Frauen ein.

**Die Zuhälterei wie vor 20 Jahren ist tot – die Strukturen haben sich gewandelt!**

Heute wird den Frauen das Geld über die Tagesmiete (bis zu 200 Euro/Tag) aus der Tasche gezogen. Vor allem nördlich der Rhein-Main-Linie, aber nicht nur dort, haben die Hells-Angels z.B. viele Laufhäuser (mit mächtig Druck hinter den Kulissen) übernommen und verdienen reichlich. Da auch der Kokainhandel zu 90% von ihnen kontrolliert wird, werden die

## Prostitution und Zuhälterei

dort arbeitenden Frauen über ihre Verteiler beliefert und so der Verdienst verdoppelt. Auf der Strecke bleiben die Frauen, die nur noch für Miete, Drogen und Finanzamt arbeiten. Frauen, die fortgehen wollen, haben oft Schwierigkeiten, eine neue Arbeit zu finden, sind doch auch viele Wohnungen und Clubs mittlerweile im Besitz von „Rot-Weiss“\*\*. In Wohnungen ist es allgemein üblich, auf 50% zu arbeiten. Es klingt viel, ist es aber nicht. Vermieter (oft bürgerliche „Geldgeier“) verlangen überhöhte Mieten, eine der Haupteinnahmequellen vieler Zeitungen sind die Puff-Annoncen – und das Finanzamt schlägt ebenfalls kräftig zu. In den letzten Jahren sind übrigens viele Wohnungsbordelle pleite gegangen.

**Fazit:** die Frauen heute sind „frei“, aber jeder hält die Hand auf: „Früher wurde man von seinem Luden zumindest gut gevögelt, aber heute? Der Staat und jeder andere, der kann, nimmt von uns, und zurück gibt es nichts!“

*Die Autorin ist der Redaktion bekannt.*

\* bekannte Frankfurter Edelprostituierte in den 50er Jahren

\*\* rot-weiß: Clubfarben der Hells Angel's




---

## Prostitution, das älteste Gewerbe der Welt?

Prostitution wird oft als eine ganz normale Sache dargestellt, die schon immer existiert hat. Man spricht sogar „vom ältesten Gewerbe der Welt“. Dabei wird kaum über die Frauen nachgedacht, die der Prostitution nachgehen. Wenn ja, dann kommt immer sehr schnell das Argument der Freiwilligkeit ins Spiel: „die machen das doch freiwillig“. Es wird kaum darüber nachgedacht wie eine Frau überhaupt zu einer so genannten „freiwilligen“ Prostitution kommt und was das für sie (und für ihre Kinder) bedeutet. Die Frage, ob es ein Beruf wie jeder Andere ist, wurde in den letzten Jahren sowohl von der Politik als auch von Gewerkschaftsseite diskutiert!

**Prostitution, das älteste Gewerbe der Welt?**

In meiner langjährigen psychotherapeutischen Erfahrung habe ich viele Prostituierte begleitet und manche Hintergründe kennengelernt, die diese Frauen in die Prostitution getrieben haben. Es wurde dabei deutlich, dass die Prostitution häufig die Fortsetzung von Gewalterfahrungen in ihrer Biographie war. Entweder wurden diese Frauen selbst sexualisierter Gewalt ausgesetzt oder waren in einem Umfeld groß geworden in dem Frauen systematisch degradiert wurden. Ich möchte dies an drei typischen Fallbeispielen darstellen:

Eine Patientin von mir, die sich zwar auch als „freiwillige“ Prostituierte bezeichnete, wuchs mit einem Frauenbild auf, das durchgehend von Gewalt geprägt war. Ihre Mutter wurde immer wieder von ihrem Vater geschlagen und anschließend vergewaltigt. Sexualität war in ihrem Selbstverständnis von Gewalt geprägt. Diese Szenen wiederholten sich immer wieder. Die Mutter ließ ihre Verzweiflung anschließend an ihrer Tochter aus und bezeichnete sie als „Hure“, als sie als heranwachsendes Mädchen begann, sich für Jungs zu interessieren. Als sie sich später prostituierte erwiderte sie ihrer Mutter: „Siehst du, jetzt bin ich genau das geworden was du wolltest“.

Eine andere Prostituierte berichtete mir darüber, dass sie sich im Bordell, in das sie mit 19 Jahren kam, nicht unwohl gefühlt habe. Ganz im Gegenteil sagte sie, sie wurde nämlich „dafür“ wenigstens bezahlt! Auch ihre Biographie war von sexueller Gewalt in ihrer Kindheit geprägt.

Bei einer dritten Patientin trat der Einstieg in die Prostitution in Kombination mit vielen anderen, im Vorfeld schon vorhandenen Störungen auf: Magersucht, Ängste, Drogenabhängigkeit. Sie schaffte es nach einem Jahr aus der Prostitution auszusteigen und berichtet 20 Jahre später, dass die Prostitution ein Teil ihres selbstzerstörenden Verhaltens gewesen sei.

Mit diesem Wissen Prostitution weiterhin als normale Sache zu bezeichnen, bedeutet eigentlich, Gewalt an Frauen als eine ganz normale und legitime Sache anzuerkennen. Diese Frauen haben sich nicht die Prostitution als einen „Beruf“ wie jeden Anderen ausgesucht. Es sind in

## Prostitution, das älteste Gewerbe der Welt?

den meisten Fällen traumatisierte Frauen wobei sich in dem Akt der Prostitution ihr Trauma wiederholt. Die neuesten Studien über Traumatherapie berichten, dass es ein Bedürfnis der Traumatisierten gibt, das traumatisierende Geschehen, denen sie hilflos ausgeliefert waren, zu kontrollieren. Eine Form der Kontrolle ist die Wiederholung / die Re-Inszenierung (*die sogenannte Täter-Opfer-Reinszenierung*) In der Prostitution wird das Trauma in einem Rahmen in Szene gesetzt in dem die Prostituierte das Gefühl der Kontrolle über das Geschehen bekommt. Vor diesem Hintergrund muss sich jeder Freier bewusst sein, dass er im Bordell die Rolle des Täters im früheren Leben der Frau einnimmt. Er ist der Opa, Onkel oder Nachbar der das Mädchen vergewaltigt hat, er ist der Vater der die Mutter geschlagen hat, etc....

Frauen, die körperliche und sexualisierte Gewalt erfahren haben und/oder in einem Umfeld groß wurden in der Frauen gesellschaftlich erniedrigt wurden, sehen sich auch nicht automatisch als Opfer, sondern entwickeln paradoxerweise oft Schuldgefühle. Im Gegensatz zu Männern schaffen sie es kaum, diese Schuldgefühle zu verdrängen und kehren sie in vielen Fällen in Selbsthass um. Die daraus entstehenden Aggressionen richten Frauen hauptsächlich gegen sich. Vor diesem Hintergrund erscheint die Prostitution als ein Akt des Selbsthasses und der Selbstschädigung. (*die sogenannte masochistische Umkehrung: „jetzt bin ich genau so, wie ihr mich haben wolltet“*).

Manche Prostituierte erscheinen auf den ersten Blick sehr selbstbewusst und schwärmen in den höchsten Tönen von ihrem „Beruf“. Ihre Wahrnehmung ist von früheren Trauma- und Erniedrigungserfahrungen weiterhin so sehr geprägt, dass sie Gewalt heute schlichtweg als „normales“ Verhalten gegenüber Frauen halten. In meiner therapeutischen Erfahrung habe ich viele solcher selbstbewussten Prostituierten kennen gelernt, die eigentlich nur ihre Minderwertigkeitsgefühle und Selbstzerstörung in diesem Gewerbe auslebten. Eine Frau formulierte wie folgt: „etwas anderes bin ich doch nicht wert“. Viele Frauen, die in der Prostitution arbeiten, machen in der Tat hier zum ersten Mal die Erfahrung, über den Marktwert ihres Körpers etwas wert zu sein, im Mittelpunkt zu stehen und eine Rolle zu spielen, von Männern (Freiern/Zuhältern) und in einer Ge-

**Prostitution, das älteste Gewerbe der Welt?**

meinschaft (mit anderen Prostituierten) anerkannt zu sein. Das sagt leider auch etwas über unsere Gesellschaft aus, in denen Frauen aus vielfältigen Gründen die Erfahrung machen müssen, nichts wert zu sein, sei es aufgrund eines geringen Bildungsgrades, aufgrund eines nicht geklärten Aufenthaltsstatus oder anderer Hintergründe. Der Preis, den die Frauen dafür zahlen, ist hoch. Er reicht von gesellschaftlicher Stigmatisierung über massive Beziehungsprobleme bis hin zu neuen Gewalterfahrungen und einem hohen gesundheitlichen Risiko.

Vor diesem Hintergrund muss man das Konzept der „Freiwilligkeit“ in der Prostitution korrigieren. Prostitution ist immer nur ein Akt, der von den betroffenen Frauen aus einem Zwang, einer Not oder einer Störung heraus ausgeübt wird. Freier müssen darüber aufgeklärt und in die Verantwortung genommen werden. Eine Gesellschaft in der Frauen weiterhin zu nicht-menschlichen Objekten degradiert werden, in der eine sexuelle Ausbeutung der Frau stattfindet, die die Unterwerfung der Frau in Form einer Erotisierung inszeniert, ist zutiefst frauenfeindlich. Sie setzt weiterhin auf männliche Dominanz und trägt Täterstrukturen in sich.



*Ingeborg Kraus  
Psychotherapeutin, Traumatherapeutin  
KV Karlsruhe*

# Menschenhandel/Trafficking in Europa – Ein genereller Blick

## Zunächst einmal: Misstraut den Zahlen!

Es hat sich sehr viel getan während der letzten 10 – 15 Jahre im Menschenhandel und seiner Bekämpfung, aber eines hat sich über die Jahre nicht geändert: die Spekulation mit den Zahlen. Es gibt kaum gesicherte Angaben, wie viele Frauen und Kinder weltweit oder in Europa Opfer von Menschenhandel werden - nur Schätzungen, Dunkelziffern, Hochrechnungen.

Aber sie seien hier dennoch genannt, um zumindest den Ansatz eines Ausmaßes zu beschreiben: Die neuesten Schätzungen der UNO vom Juni 2008 gehen von weltweit 4 Millionen Menschen aus – v. a. Frauen und Kinder –, die pro Jahr in ausbeuterische Arbeitsverhältnisse gehandelt werden. Geschätzte zwei Millionen Frauen und Mädchen weltweit landen als Menschenhandelsopfer in der Sex-Industrie – jährlich. Die Internationale Organisation für Migration wiederum schätzt, dass ca. 500.000 Frauen und Kinder jährlich von Mittel- und Osteuropa nach Westeuropa in die Zwangsprostitution gehandelt werden. Diese Schätzungen bestehen schon seit Jahren unverändert. Auch die von ihnen genannte Zahl – 700.000 Menschenhandelsopfer jährlich – kursiert schon länger.

All das zeigt uns doch: der Menschenhandel hat keine genauen Zahlen. Wir haben es mit einem Verbrechen in der Grauzone zu tun. Ja, nun – werden Sie sagen – aber das Bundeskriminalamt gibt doch jährlich seinen so genannten „Lagebericht Menschenhandel“ heraus; da stehen doch sehr exakte Zahlen drin über Opfer von Menschenhandel und Täter. Richtig: Zum Glück haben wir in Deutschland einen gewissen Einblick in genauere Zahlen – aber auch hier gilt: Nix Genaues weiß man nicht! Die Statistik des BKA-Lageberichts hat in den vergangenen zehn Jahren zwischen 800 und 1200 Menschenhandels-Fälle jährlich verzeichnet, Tendenz sinkend – sagt aber auch stets, dass das nur das so genannte „Hellfeld“ sei – das, was die Polizei bei Kontrollen so aufdeckt – die tatsächliche Dunkelziffer liege sicherlich weitaus höher.

## **Menschenhandel/Trafficking in Europa**

### **EU-Osterweiterung**

Die EU-Osterweiterung in ihren Wellen von 2004 und 2007 hat das Phänomen Menschenhandel begünstigt. Das, was vorher illegal passiert ist, ist dann eben legal passiert. Die südost-europäischen EU-Beitrittsländer von 2007 – Bulgarien und Rumänien – hatten im Hinblick auf die EU-Osterweiterung schon seit 2001 und 2002 Visafreiheit eingeräumt bekommen – und seit dieser Zeit ist auch die Zahl der Menschenhandelsopfer aus diesen Ländern angestiegen. Denn die Frauen konnten nun als legale Touristinnen einreisen – das nutzten die Menschenhändler aus: Erst hier in der Zwangsprostitution wurden sie dann nach drei Monaten illegal – und auch das nutzten die Menschenhändler aus, indem sie den Frauen sagten: Du bist illegal, sei also schön brav, denn wenn du zur Polizei gehst, bist du eine Täterin und wirst abgeschoben. Das verrückte ist, dass die Frauen ja tatsächlich abgeschoben wurden, wenn sie nicht in einem Prozess aussagten. In gewisser Weise behielten die Menschenhändler also recht.

Nach der EU-Osterweiterung von 2004 strömten schon viele Prostituierte aus den neuen EU-Ländern Polen, Tschechien, Ungarn nach Deutschland – viele „Freiwillige“, weil sie sich bessere Arbeitsbedingungen erhofften, aber eben auch viele Zwangsprostituierte, weil sie eben mit einem EU-Pass nicht mehr so leicht von der Polizei kontrolliert werden konnten. Auch die Finten stiegen an: Josef Geissdörfer vom LKA Bayern erzählte mir in einem Interview, dass nun viele ukrainische Frauen in Polen Scheinehen eingingen, um polnische EU-Pässe zu bekommen – oder dass ihre Zuhälter ihnen gleich gefälschte polnische EU-Pässe kaufen und sie dann so nach Deutschland bringen. Die Polizei hat es dann eben weitaus schwerer, legale EU-Bürgerinnen auf Menschenhandel hin zu kontrollieren.

Jetzt, wo auch noch Bulgarien und Rumänien – übrigens Hauptlieferländer von Menschenhandels-Opfern – EU-Mitglieder sind, trifft dasselbe auch für sie zu. Die Polizei muss sich schon etwas Besonderes ausdenken, damit sie eine EU-Bürgerin aus dem Bordell mal eben so mit auf die Wache nehmen kann. Denn im Bordell oder Club selbst sagt ohnehin keine Frau aus. Eins ist klar: Menschenhändler nutzen alle Mittel und Wege, um ihr Geschäft zu betreiben: legale, wo es möglich ist, und illegale, wo der legale Weg eben versperrt ist.

## Menschenhandel/Trafficking in Europa

### Frauenhandel bekämpfen

Da gibt es nur eine Antwort: Es ist die Kombination aus politischer Vision und einer umfassenden Strategie:

- Menschenhandel endlich als politische Priorität ansehen, denn hier werden Menschen versklavt – und zwar nicht mehr „nur“ Osteuropäerinnen, zunehmend auch deutsche Frauen!
- wo Menschen zur Ware werden, werden Menschen zu Tätern;
- die Europaratskonvention ratifizieren;
- die Täter stringent strafverfolgen: konsequente Verurteilungen und Gewinnabschöpfung, sprich: dem Zuhälter seinen Ferrari wegnehmen – das schmerzt;
- den Opfern helfen – umfassend. Den Frauen und Mädchen, denen hier schlimmstes Unrecht widerfahren ist, das Recht hier zu bleiben und zu arbeiten, einzuräumen, wenn sie es wollen. Im Falle einer Rückkehr: für nachhaltige Zukunftsperspektiven im Heimatland sorgen;
- die Einführung einer Opferentschädigung bedenken;
- die Hilfsorganisationen richtig finanziell und personell ausstatten;
- Einrichtung von Spezialdienststellen bei der Polizei fördern;
- Spezialisierungen auch bei Staatsanwaltschaften, Richtern fördern;
- die Nutznießer – Freier – ins Visier nehmen: die zugänglichen Freier aufklären und die unverbesserlichen strafverfolgen; inklusive Ausnahmen (Kronzeugenregelung);
- in den Herkunftsländern die Erfüllung von Menschenrechts-Standards unermüdlich einfordern;
- in den Herkunftsländern – viele von ihnen bereits EU-Staaten – auf Beseitigung von Korruption, staatlicher Verflechtung und organisierter Kriminalität bestehen;
- echte wirtschaftliche Förderung der osteuropäischen Staaten.  
Schonungslose Kontrolle der EU-Mittel-Verwendung, damit wirtschaftliche Hilfe ankommt.

*Inge Bell, Publizistin & Osteuropa-Expertin  
Entwicklung, Management & Monitoring  
von ethischen Projekten  
[www.ingebell.de](http://www.ingebell.de)*



## Sex-Sklavinnen im Schwarzwald ? Chronologie einer vergeblichen Recherche

Um es vorweg zunehmen: Keine Sorge – im Schwarzwald gibt es keine Sex-Sklavinnen, hier ist die Welt noch in Ordnung. Der Schwarzwald – das ist die letzte verbleibende Insel der Seligen im Ländle. Ich weiß das ganz offiziell, von der dortigen Polizei.

Naja, Bordelle und Sex-Clubs gibt es natürlich schon, aber die Polizei hat sie fest im Blick und unter Kontrolle – und die Bordelliers respektieren die Autorität der Polizei ebenso wie die Europäische Menschenrechtskonvention. Deshalb ist das, was ich jetzt erzähle, einfach nur die Chronologie einer vergeblichen Recherche.

**Mitte Februar 2008:** Bin zu Gast in der SWR-Talkshow „Leute“. Nach der Sendung ruft mich ein Mann an, nennen wir ihn: Martin. Er ist seit einem halben Jahr Stammgast in einem FKK-Club in einer Kleinstadt im Schwarzwald. Dort hat er sich in ein rumänisches junges Mädchen verliebt, nennen wir sie Adelina, 19 Jahre alt – seit eben einem halben Jahr Prostituierte im Club. Die Liebe wird erwidert, beide schmieden Zukunftspläne. Doch Adelina darf nicht raus. Sie müsse erst ihre Schulden abarbeiten bei dem rumänisch-stämmigen Ungarn, der sie in dieses Bordell vermittelt habe.

5.000 €. Martin schwante allmählich, dass es sich um Zwangsprostitution handeln könne, bot ihr an, die Polizei einzuschalten. Mit großem Schrecken wies sie das von sich, sagte, die Polizei sei doch hier sicher genauso korrupt wie in Rumänien, schließlich sehe sie die Beamten ja sehr oft im Bordell im Gespräch mit dem Bordellbetreiber, nennen wir ihn Toni. Sie wolle auf keinen Fall die Polizei einschalten, da würde der rumänisch-ungarische Menschenhändler sie nur grün und blau schlagen, wenn ihm Toni das steckt. Deshalb rief Martin mich an. Ich gucke auf die Website des Clubs: alles schick, alles fein, alles clean. Der Bordellbesitzer hat drei weitere Clubs – im Schwarzwald und auf der Schweizer Seite.

## Sex-Sklavinnen im Schwarzwald ?

Die Jobangebote für Frauen lauten:

*„Arbeiten in einem der exklusivsten FKK-Clubs Deutschlands. Du bist frei in der Auswahl Deiner Gäste und entscheidest, wie viele Tage pro Monat und wie viele Stunden pro Tag Du arbeiten möchtest. – Wohngelegenheiten vorhanden – Überdurchschnittliche Verdienstmöglichkeiten.“*

Klingt doch toll, auf den ersten Blick ... Doch Martin hat Insiderwissen: Adelina zahlt als Prostituierte 50 € pro Tag Mitgliedsbeitrag im Club. Arbeit ist von 12.00 Uhr mittags bis 3.00 Uhr nachts Minimum, meistens bis 5.00 Uhr nachts. Von freier Wahl der Arbeitszeiten und Kunden ist keine Rede. Wie soll man sonst das Geld abarbeiten für die „Vermittlung“? Auch während der Menstruation oder mit starken Unterleibsschmerzen muss gearbeitet werden. Einfach rausgehen - ist nicht.

Ich schalte sofort eine rumänische Freundin ein. Laura – sie war selbst Zwangsprostituierte, damals 1999/2000, als deutsche KFOR-Soldaten in Mazedonien stationiert waren und reihenweise in die umliegenden Bordelle gingen, in denen Frauen und Kinder zur Prostitution gezwungen wurden. Laura lebt schon lange in Deutschland, sie weiß, was Deutschland ist, sie weiß, was Rumänien ist, sie weiß, was Zwangsprostitution ist. Wer, wenn nicht sie, kann direkt Kontakt mit Adelina machen und ihr Vertrauen gewinnen, um ihr dort rauszuhelfen?

### **Anfang März 2008 – Anfang April 2008:**

Laura ruft Adelina an – und der Draht zwischen den beiden Frauen mit der ähnlichen Leidensgeschichte stimmt sofort. Später nehme ich selbst Telefonkontakt mit Adelina auf. Und in vielen folgenden Telefonaten erfahren wir, dass in dem ehrenwerten Schwarzwälder Bordell auch minderjährige Mädchen mit gefälschtem Pass arbeiten, dass sie dann weiter in die anderen Etablissements gereicht werden, damit das „Frischfleisch zirkuliert“, dass enormer psychologischer Druck auf alle Frauen ausgeübt wird und dass ihre Schulden von anfänglich 5.000 € auf 7.000 €, dann auf 9.000 € gestiegen seien und Anfang April schließlich bei 13.000 € angelangt waren. Wir können ihr klarmachen: Du wirst das Geld nie abarbeiten können. Das ist der Mechanismus des Menschenhandels. Sie glaubt uns.

**Sex-Sklavinnen im Schwarzwald ?**

Nach langem Zureden ist sie bereit, in eine Hilfsorganisation zu gehen und danach umfassend bei der Polizei auszusagen. Eine Hilfsorganisation hatte ich schon informiert.

**April 2008:**

Und dann machte ich den großen Fehler und informierte die Kripo der Kleinstadt. Ein kompetenter Polizeipsychologe verwies mich an diese Dienststelle mit den Worten: „Die machen bestimmt anständige Arbeit.“ Hätte ich es bloß nicht getan. Diese Kripo hatte nämlich noch nie einen Menschenhandelsfall auf dem Tisch und benahm sich wie ein Elefant im Porzellanladen. Ich bat um äußerste Diskretion und sensibles Vorgehen und konnte nicht ahnen, dass derart dilettantisch mit meinen ausführlichen Infos umgegangen würde. Ich bat den Kripobeamten, nennen wir ihn Müller, auch mit Martin, dem Freier mit Insiderwissen, und mit Laura zusätzlich Kontakt aufzunehmen, was er auch widerwillig tat – nach dem Motto: „Mischen Sie sich mal nicht ein.“ Und dann passierte folgendes:

Herr Müller begab sich in den FKK Club und traf Adelina zunächst nicht an. Er gab seine Visitenkarte einer anderen Prostituierten zur Weiterleitung an Adelina. Als diese sich nicht bei ihm meldete, kam er noch einmal direkt ins Bordell und sprach Adelina darauf an, ob sie einen Martin kenne, eine Inge Bell und eine Laura. Denn die würden sich Sorgen machen um sie ... Zuhälter Toni stand daneben.

Alles Weitere ist schnell erzählt:

Unser aller Kontakt zu Adelina ist völlig abgebrochen, sie war hoch empört und fühlte sich verraten von uns. Das lang aufgebaute Vertrauensverhältnis zu Laura war dahin. Am Tag dieses Polizeibesuchs hatte sie noch einmal stinksauer mit Laura telefoniert und gesagt, dass diese Polizeibeamten doch das beste Verhältnis zu Bordellbetreiber Toni hätten und oft in dem Club seien – als Gäste. Wie solle sie da also noch Vertrauen haben?

## Sex-Sklavinnen im Schwarzwald ?

### Mai 2008:

Kripobeamter Müller lud Adelina zu einer Vernehmung für Ende Mai. Bordellbetreiber Toni stellte ihr sofort seinen Anwalt zur Seite, der erst einmal ein paar saftige Briefe an die Kripo schrieb. Adelina tauchte natürlich nicht zur Vernehmung auf. Sie tauchte in Rumänien unter. Ich habe meinem Ärger der Kripo gegenüber Luft gemacht – *nur* der Kripo gegenüber; auf die große Glocke in der Presse verzichtete ich bislang. Und dann musste ich mir vom Inspektionsleiter am Telefon sagen lassen: Es sei von meiner Seite aus nicht fair gespielt worden. Hallo??!!!

### Juli 2008:

Kripobeamter Müller meldet sich mit einem Mail bei mir: „Im konkreten Fall der Adelina ist derzeit immer noch Stillstand angesagt. Wie Sie selbst schreiben, ist Adelina derzeit wohl nicht hier. Nach Auskunft des Bordellbetreibers Toni hat sich Adelina bei ihm für 4 - 6 Wochen nach Rumänien abgemeldet. Bei einem letzten Kontakt mit ihm vor 2 Wochen hat er mir versichert, dass ich umgehend Nachricht erhalte, sobald sich die Adelina wieder hier aufhält. (Ich habe keinen Grund an dieser Aussage zu zweifeln).“

Adelina ist nicht wieder gekommen.

Ja – und deshalb gibt es im Schwarzwald keine Sexsklavinnen.  
Polizeilich bestätigt.

*Inge Bell, Publizistin & Osteuropa-Expertin  
Entwicklung, Management & Monitoring  
von ethischen Projekten  
[www.ingebell.de](http://www.ingebell.de)*



## Kurzbioografien

### **Bell, Inge**

1967 in Rumänien geboren, stammt aus einer siebenbürgisch-sächsischen Familie. 1971 Umzug mit den Großeltern zur Mutter nach München. 1986 Abitur am Wittelsbacher Gymnasium, München; danach Studium der Mathematik; 1996 Tätigkeit als freie TV- und Radio-Journalistin für die ARD, ARTE und die Dritten Programme. Spezialisiert auf die Themengebiete politische und soziale Entwicklung in Südosteuropa.

Für ihr Engagement gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution und ihren ehrenamtlichen Einsatz für wehrlose Frauen und Mädchen auf dem Balkan wurde sie von der *Europäischen Bewegung* mit dem Preis »Frau Europas 2007« ausgezeichnet. [www.ingebell.de](http://www.ingebell.de)

### **Brantner, Franziska**

1979 in Freiburg geboren, nach dem Abitur Teilnehmerin im Peking+5 Programm der Heinrich-Böll-Stiftung, einjähriges Volontariat in den Büros der Stiftung in Tel Aviv und Washington D.C. Bereits seit ihrem 15. Lebensjahr engagiert sich Franziska Brantner bei den Grünen und im grünen Umfeld in Deutschland, später auch in Frankreich und international. Die Zukunft des „grünen Gesellschaftsprojekts“ basierend auf Menschenrechten, Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und Geschlechterdemokratie sieht sie gerade für ihre Generation als eine große Herausforderung. Sie graduierte 2004 mit einem doppelten Abschluss der Columbia University's School of International and Public Affairs (SIPA, New York) und dem Institut d'Etudes Politiques (Paris), wo sie als Beste ihres Jahrgangs abschloss. In Paris schrieb sie ihre Dissertation bei Professor Wessels (Köln) zur Rolle der EU bei der Reform der Vereinten Nationen. Franziska Brantner lebt und arbeitet derzeit in Oxford, als Research Associate am European Studies Center. Während ihres Studiums war sie als Consultant beim United Nations Development Fund for Women (UNIFEM) tätig und beriet die Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen in New York im Menschenrechtsbereich.

### **Çileli, Serap**

1966 in der Türkei geboren, lebt seit fast 20 Jahren in Deutschland.

Mit ihrer Autobiografie: „Wir sind Eure Töchter, nicht Eure Ehre“ brach sie ein Tabu: Sie war eine der ersten Betroffenen, die über Zwangsehe, Versklavung und Flucht vor der eigenen Familie berichtete. Als Vorsitzende von „peri“ e.V. (zu deutsch: Die gute Fee) berät und unterstützt Serap Çileli Frauen, die von ihren Familien zur Heirat gezwungen und bei Weigerung Gefahr laufen, ermordet zu werden. Ihr neues Buch „Eure Ehre – Unser

Leid“ lässt Opfer zu Wort kommen und macht dabei klar, dass die gesellschaftliche Integration in ihren Augen gescheitert ist und das nach wie vor viele MigrantInnen in Parallelgesellschaften leben. **Auszeichnungen:** 2005: Bundesverdienstkreuz am Bande; 2006: Ludwig-Beck-Preis der Landeshauptstadt Wiesbaden 2007: Orden „Bul le Mérite“ des Bundes Deutscher Kriminalbeamter; 2008: „Olympe-de-Gouges-Preis“ 2008 der ASF Frankfurt und Hessen-Süd 2008: „Barbara-Künkelin-Preis“ der Stadt Schorndorf. [www.serap-cileli.de](http://www.serap-cileli.de), [www.peri-es.de](http://www.peri-es.de), [kontakt@peri-ev.de](mailto:kontakt@peri-ev.de)

### **Dinkelaker, Almuth**

Kindheit und Jugend in Cottbus, Lüneburg und Bremen, Abitur an der „Kleinen Helle“, Ein Jahr Aufenthalt in Oxford/England, Studium in Marburg und Freiburg i. Br., Lehrerin, Familiengründung (drei Töchter), Aktiv in der Frauenbewegung und Friedensbewegung, 1989 als erste Grüne in den Gemeinderat von Baden-Baden gewählt („Klein, aber gemein!“), Aus pazifistischen Gründen aus der Partei ausgetreten, Fraktionsvorsitzende, dann stellvertretende Vorsitzende der Grünen Fraktion (sieben Mitglieder: vier weiblich, drei männlich)

### **Fuchslocher, Verena**

56 Jahre alt, Familientherapeutin, Sprecherin des Arbeitskreises Frauenpolitik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN KV Mannheim, stv. Sprecherin der LAG FrauenPolitik und Mitglied der Koordinationsgruppe.

### **Geiger, Alexander**

1981 im rheinland-pfälzischen Neustadt an der Weinstraße geboren, seit 2001 Wahl-Karlsruher; der Augenoptiker und Hörgeräteakustiker ist seit 2005 bei den Grünen aktiv und war von 2006 bis 2009 einer der Sprecher der Projektgruppe Lesben und Schwule BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Baden-Württemberg

### **Hildenbrand, Oliver**

1988 in Wertheim geboren; 2007 Abitur am Dietrich-Bonhoeffer Gymnasium Wertheim, 2007 - 2008 Freiwilliges Soziales Jahr im Zentrum für Psychiatrie Emmendingen, seit Oktober 2008 Studium der Psychologie an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Oliver Hildenbrand ist Landesvorsitzender der Grünen Jugend Baden-Württemberg und Mitglied im Kreisvorstand von Bündnis 90/Die Grünen im Main-Tauber-Kreis. Für den Grüne Jugend Bundesverband ist er Delegierter für die Bundesarbeitsgemeinschaft Schwulenpolitik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. [www.gjbw.de](http://www.gjbw.de)

**Kotting-Uhl, Sylvia, MdB**

1952 in Karlsruhe geboren, zwei Kinder. Abitur. Studium der Germanistik, Anglistik und Kunstgeschichte. Dramaturgin. Leiterin einer Kinderwerkstatt, Dozentin bei freien Bildungsträgern. 1995 bis 1999 und 2001 bis 2003 Mitglied im Landesvorstand Baden-Württemberg, seit 2003 Landesvorsitzende. Mitglied des Bundestages seit 2005. Umweltpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.  
[www.kotting-uhl.de](http://www.kotting-uhl.de)

**Lösch, Brigitte, MdL**

1962 in Kuchen/Landkreis Göppingen geboren, Abitur 1981 am Michelberggymnasium Geislingen, 1981 - 1984 Studium der Sozialpädagogik an der Berufsakademie Stuttgart, 1985 - 1986 Durchführung von sozialen Trainingskursen bei der Jugendgerichtshilfe Ulm, 1987–1992 Mitarbeiterin des Kreisjugendrings Esslingen, 1992 - 1997 Beauftragte für Suchtprophylaxe beim Kreisjugendamt Göppingen, 1998 - 2001 parlamentarische Beraterin bei der grünen Landtagsfraktion Baden-Württemberg;  
[www.brigitte-loesch.de](http://www.brigitte-loesch.de)

**Dr. phil. Dipl. Psych. Kraus, Ingeborg**

1968 in Friedrichshafen/Bodensee geboren; 1987 Baccalaureat im Lycée Charles de Gaulle, Baden-Baden, Studium klinische Psychologie in Straßburg, 2000 Promotion im Fach Psychologie Universität Straßburg; seit 2003 Fortbildung in Verhaltenstherapie; Fortbildung Traumatherapie PITT 2008; 1995 bis 2003 sieben Jahre Auslandseinsatz in Bosnien und im Kosovo; 5 Jahre Therapeutin in einer Reha-Klinik mit Schwerpunkt Sucht und Psychosomatik; seit 2008 Leiterin eines Qualifizierungsprojektes für Frauen (ESF-gefördert). Lebt mit Hund und Familie in Karlsruhe.

**Maier, Ulrike**

1957 geboren in Berlin, 1977 Abitur in Hannover; erste Kontakte mit grüner Politik über die Grüne Liste Umweltschutz in Hannover; grundsätzliche Abneigung gegen Parteien und Vereine entwickelt; Ausbildung: Augenoptik in Hannover; Studium Augenoptik in Berlin; Kontaktstudium Frauen in Führungspositionen (Uni Karlsruhe), Studium Politik und Organisation (Fernuni Hagen), Personal- und Organisationsentwicklung (Uni Halle/Wittenberg); seit 1991 Geschäftsführerin im eigenen Unternehmen (Personalberatung); nach Überwindung der Parteienskepsis - mit Hilfe eines Mentorinnenprogramms der Landeszentrale für politische Bildung - seit 2004 Mitglied bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Nicht nur, aber vor allem, weil es die einzige Partei mit einer Quote war. Seit 2005 Sprecherin der LAG Frauenpolitik. Lebt mit ihrer Familie in Karlsruhe.

**Malczak, Agnieszka**

1985 in Liegnitz (Polen) geboren, in Dortmund aufgewachsen, angehende Politikwissenschaftlerin in Tübingen; Studienschwerpunkte Friedens- und Konfliktforschung sowie Völkerrecht; seit 2006 Stipendiatin der Heinrich-Böll-Stiftung und seit Frühjahr 2004 bei Bündnis 90/Die Grünen und Grüner Jugend. „Bereits in der Schule sagte man mir, ich würde in die Politik gehen, damals habe ich das trotz meines großen politischen Interesse und Diskussionsfreude immer vehement abgestritten. Naja, es kommt immer alles anders als mensch denkt und mittlerweile investiere ich nicht nur mit großer Leidenschaft viel meiner Freizeit in die Politik, sondern studiere das ganze auch noch. Denn mir ist bewusst geworden, dass mensch viel reden und meckern kann, es aber weitaus sinnvoller ist, sich für seine Überzeugungen einzusetzen und etwas zu bewegen.“ Hobbies, für die leider meist die Zeit fehlt: Zeichnen, Konzerte, Boxen und Yoga; und ein neues Hobby: das Blog. [www.malczak.de](http://www.malczak.de)

**Meuren, Dorothea**

1943 in Trier geboren, Volksschulabschluss; Kindheit und Jugend an der Mittelmosel mit drei Schwestern und einem Bruder. Diplom-Soziologin; dazu abgeschlossene Ausbildung als „Kaufmann“ im Groß- und Außenhandel; Tätigkeit als Sachbearbeiterin einer Verbandsgemeindeverwaltung an der Mosel; Sachbearbeiterin im Universitätsklinikum Frankfurt (Main); Redaktionssekretärin in der HA FS Bildung und Erziehung des Hessischen Rundfunks; berufsbegleitend Absolventin des Grundstudienprogramms der VHS Offenbach, 1977 Mitgründerin der AG „Frauen in den Medien von ARD und ZDF“; zeitgleich Ablegung des „Begabten-Abiturs“ (Allgemeine Hochschulreife) in Darmstadt. Nach fast 20-jähriger Erwerbstätigkeit ab WS 1978 – SS 1985 Studium der Soziologie, Sozialpsychologie, Rechtssoziologie, Medizingeschichte und des Familienrechts an der J.W.G.-Universität Frankfurt am Main; Tätigkeit als Dozentin an einer Krankenpflegeschule; parallel dazu Sachbearbeiterin in der Abteilung FS Honorare und Lizenzen im HR (befristet); Wechsel als Referentin ins Jugendreferat des Sozialministeriums Sachsen-Anhalt (befristet); ABM-Tätigkeit in der Sozialplanung der Stadt Mannheim; 1989 – 1991 Gemeinderätin der GAL Weinheim; 1996 - 1998 Mitglied im Kreisvorstand der Grünen Neckar-Bergstraße; Mitglied der LAG FrauenPolitik und Delegierte zur BAG Frauen; stellv. Sprecherin der LAG und BAG Frauen. Überzeugte und aktive Feministin, die sich insbesondere für Frauen mit Migrationshintergrund einsetzt! Lebt mit Ehemann in Weinheim (Bergstraße). [dmeuren@gmx.net](mailto:dmeuren@gmx.net)

**Mielich, Bärbl, MdL**

1952 in Wuppertal geboren, verheiratet, 3 erwachsene Kinder und zwei Enkelkinder, Dipl. Sozialpädagogin und Familienmediatorin in eigener Praxis; Mitglied bei den Grünen seit 1984, seit Januar 1988 Fraktionsvorsitzende der Grünen Kreistagsfraktion, 1996-2000 im Landesvorstand Baden-Württemberg, seit 2000 Sprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft der Grünen für die Bereiche Arbeit, Soziales, Gesundheit. 1998 und 2002 Kandidatin für den deutschen Bundestag im Wahlkreis Müllheim/Lörrach mit den landesweit besten Ergebnissen in einem ländlichen Wahlkreis. Seit 2006 Mitglied der Landtagsfraktion und zuständig für die Themen Gesundheit, Pflege, Alter, Behinderte und Psychiatrie; vertritt die Grünen im Petitionsausschuss. [www.baerbl-mielich.de](http://www.baerbl-mielich.de)

**Müller-Gemmeke, Beate**

1960 geboren in Frankfurt/Main, Dipl. Sozialpädagogin; seit 1997 Mitglied bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, seit 1998 Mitglied im Kreisvorstand KV Reutlingen, seit 2003 Mitglied bei Gewerkschaftsgrün, seit 2003 Mitglied im Landesvorstand von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg, Schwerpunkte: Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik; seit 2004 Kreisrätin im Landkreis Reutlingen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Mitglied im Verwaltungs- und Kulturausschuss; 2006 Landtagskandidatin im Wahlkreis Reutlingen, seit 2007 Mitglied im Sprechereinnenteam der LAG Wirtschaft, Finanzen und Soziales, 2008 Bundestagskandidatin, Platz 5 auf der baden-württembergischen Landesliste; 2009 Nominierung zur Wahlkreiskandidatin. Lebt mit ihrem Mann und zwei Söhnen in Reutlingen. [www.mueller-gemmeke.de](http://www.mueller-gemmeke.de)

**Münch, Andrea**

1966 geboren, aufgewachsen in Ettlingen/Baden. Studium der Rechtswissenschaften an den Universitäten Erlangen, Basel und Freiburg. Danach Arbeit und Zulassung als Rechtsanwältin, seit mehreren Jahren Fachanwältin für Familienrecht. Seit 1994 Stadträtin im Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart mit Sitz im Sozialausschuss. [www.rechtsanwaeltin-muench.de](http://www.rechtsanwaeltin-muench.de)

**Rönicke, Katrin**

1982 in Wittenberg geboren, Katrin „Kadda“ Rönicke lebt in Berlin und studiert dort an der Humboldt-Universität Erziehungswissenschaften und Sozialwissenschaften. Mitglied der GRÜNEN JUGEND seit Januar 2001, Beisitzerin im GJ-Landesvorstand Baden-Württemberg von 2001-2002, Beisitzerin im GJ-Bundesvorstand von 2002-2003, Webredakteurin und

Mitglied der SPUNK-Redaktion von 2003-2004, Schatzmeisterin der GJ Bundesverband von Mai bis November 2004, Mitglied der SPUNK-Redaktion von Mai 2004 bis November 2006, Schiedsgericht der GRÜNEN JUGEND Bundesverband seit November 2006, Mitglied von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN seit 2003.

### **Rothe-Beinlich, Astrid**

1973 geboren in Leipzig; 1987 Beginn des Engagements in der kirchlichen Umweltbewegung in Erfurt; 1989 Mitbesetzung der Erfurter Stasi-Zentrale, Gründung einer alternativen Jugendorganisation als Alternative zur FDJ; 1997 Wahl in den Landesvorstand von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen; seit 2000 Landessprecherin der Thüringer Bündnisgrünen; 2004 und 2009 Spitzenkandidatin zur LTW in Thüringen seit 2006 Frauenpolitische Sprecherin und Mitglied im Bundesvorstand von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; gehört der Mitgliederversammlung der Heinrich-Böll-Stiftung an und ist aktiv im Flüchtlingsrat, bei mobit, DAKT und Mitglied von Ökoherz; Aus der kirchlichen Umweltbewegung der DDR kommend fand sie nach bewegten Jahren ihre politische Heimat trotz Parteienskepsis bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Besonders am Herzen liegen ihr seither Frauenpolitik und Geschlechtergerechtigkeit, Gerechtigkeit überhaupt, Friedenspolitik und der Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Sie lebt mit ihrer Patchworkfamilie in Erfurt und pendelt regelmäßig per Bahn durchs Land. [www.rothe-beinlich.de](http://www.rothe-beinlich.de)

### **Rühle, Heide, MdEP**

1948 in Heilbronn geboren, Studium der Psychologie in Tübingen, verheiratet, zwei erwachsene Kinder; Seit 1984 Mitglied der GRÜNEN, seit 1999 Mitglied des Europäischen Parlaments, Mitglied im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung, Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter.

### **Dr. Schirmer, Dominique**

1966 geboren in Haslach im Kinzigtal - echte Schwarzwälderin und Alemannin - Soziologin und Sinologin, forscht und lehrt am Institut für ökonomische Bildung an der WHL, Wissenschaftlichen Hochschule Lahr. Vorstand des Instituts für Qualitative Sozialforschung Freiburg (iqs). Forschung, Lehre und Beratung zu empirischer Sozialforschung, gesellschaftlichen Fragen Chinas, der chinesischen Gesellschaft und chinesischer Soziologie. Unabhängige Beratungsarbeit zu gesellschaft-

lichen und sozialen Fragen Chinas für Organisationen und Unternehmen sowie zu empirischer Sozialforschung (QSC Qualitative Sozialforschung China). Forschungs- und Arbeitsschwerpunkte sind zur Zeit eine integrierte empirische Sozialforschung; die gesellschaftliche Entwicklung der Volksrepublik China mit den Schwerpunkten soziale Integration und Arbeit; Geschlecht; sowie die Nutzung von E-Learning an Hochschulen. Arbeitsschwerpunkte: Volksrepublik China: gesellschaftliche Entwicklung, Wandel, Arbeit; E-Learning.

**Schlager, Sabine**

1953 in Freiburg geboren, 1972 Abitur, nach sozialem Jahr Studium an den Pädagogischen Hochschulen Freiburg und Reutlingen, 1978 zweites Staatsexamen für das Lehramt an Realschulen in den Fächern Biologie und Chemie, danach Ausbildung zur Augenoptikerin in Reutlingen. Diesen Beruf ausgeübt bis 1996, von 1996 bis 2001 Landtagsabgeordnete, seit 2000 Geschäftsführerin der kommunalpolitischen Vereinigung, GAR. Von 1984 bis 1989 Gemeinderätin in Tübingen, 1994 bis 2004 Kreisrätin im Kreis Tübingen. Seit 1995 freiberufliche Moderatorin und Trainerin in der politischen Frauenbildung.

**Schneidewind-Hartnagel, Charlotte**

1953 geboren in Göttingen. Mit vier jüngeren Geschwistern aufgewachsen in Solingen, Düsseldorf, Bensheim und Worswede; Studium Germanistik, Anglistik, Publizistik in Göttingen; Betriebswirtschaftslehre an der FH Rheinland-Pfalz, Diplom-Betriebswirtin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit; Seit 1998 wohnhaft mit Mann und Tochter in Eberbach OV-Vorstand Eberbach, Kreisvorstandsmitglied KV Odenwald-Kraichgau, Koordinationsgruppe der LAG-Frauenpolitik, Aktionsbündnis Atom-Müll-Lager Obrigheim, 2009 Bundestagskandidatin für den Wahlkreis Rhein-Neckar, Landesliste Platz 13; [www.schneidewind-hartnagel.de](http://www.schneidewind-hartnagel.de)

**Selg, Petra**

geboren 1961 in Singen /Kreis Konstanz; Krankenschwester, Stationsleitung, Personalratsvorsitzende; Seit 2005 Mitglied im Expertengremium Aufbruch Pflege der Berufsgenossenschaft (BGW Hamburg); seit 1995 Mitglied der GRÜNEN, 2000 bis 2002 Mitglied im erweiterten Landesvorstand Baden-Württemberg, 2002 - bis 2005 Mitglied des Deutschen Bundestages, erste Pflegepolitische Sprecherin, 2004 bis heute Kreisrätin im Bodenseekreis; 2005 bis heute Landesvorsitzende Baden-Württemberg; drei Kinder im Alter von 21, 19, und 16 Jahren. Mitglied und ehrenamtlich tätig in vielen Vereinen und Verbänden.

**Zecher, Irmgard**

1920 geboren in Metzingen; Kaufmännische Lehre, Staatliches Technikum für Textilindustrie Reutlingen, Einkäuferin für ein großes Textilunternehmen aus Österreich, Heirat in Prag, 1945 abenteuerliche Flucht aus Prag nach Hause zu den Eltern. Fünf Kinder geboren, selbständige Handelsvertreterin zusammen mit meinem Mann, Seit 1978 Inhaberin eines Secondhandladen für nostalgische Klamotten, 1979 Tod des Ehemannes; ab 1979 begeisterte Anhängerin der Grünen, 1984 Gründung der Ortsgruppe in Metzingen, 6 Jahre Landesvorstand, 15 Jahre Redakteurin bei den „Grünen Blättern“, seit 1999 Alterspräsidentin Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg.

Delegierte für: LAG Frauen (Mitglied der Koordinationsgruppe), LAG Soziales, BAG Tierschutz, BAG Soziales, Sprecherin LAG Tierschutz, Sprecherin Forum Ältere bei den Grünen, Mitbegründerin des Vereins „Grüne Alte“. Glückliche Omi von elf Enkelkindern und Uromi von 5, bald 6 Urenkelkindern. Noch immer berufstätig, altersmäßig etwas eingeschränkt. Was für mich das Wichtigste ist: Altenpolitik, Frauen, Tierschutz. Wobei jedes Thema vernetzt ist mit jeglicher grünen Politik, zum Beispiel: Umwelt, Frieden, Gerechtigkeit, Kinder und Familie. Mehr auf: [www.irmgard-zecher.de](http://www.irmgard-zecher.de).

Titel: LAG FrauenPolitik 2009  
Auflage: 2000 Exemplare  
Erscheinungsjahr: März 2009 (Eigenverlag)  
Herausgeberin: LAG FrauenPolitik, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Baden-  
Württemberg  
Satz: Crakle, Bruchsal  
Druck: Druckerei Berthold Müller, Langenargen  
Umschlaggestaltung: Media Consult Maier + Partner GmbH, Karlsruhe  
Kontakt: [www.frauenpolitik.gruene-bw.de](http://www.frauenpolitik.gruene-bw.de)

Nachdruck auch auszugsweise nur mit Genehmigung der AutorInnen

### **3. DURCHFÜHRUNG VON LANDESDELEGIERTENVERSAMMLUNGEN UND LANDESAUSSCHÜSSEN**

- a) Das Präsidium wird paritätisch besetzt. Die Diskussionsleitung übernimmt zu gleichen Anteilen ein weibliches bzw. ein männliches Präsidiumsmitglied.
- b) Das Präsidium hat bei der Diskussionsleitung das Reißverschlussverfahren anzuwenden, ggf. durch die Führung getrennter Redelisten. Die Redelisten bleiben für Frauen so lange offen, bis sich entsprechend der Anzahl der Redner Frauen auf die Liste gemeldet haben.
- c) Zu einem Antrag kann vor der Abstimmung ein Meinungsbild (Frauenvotum) der Frauen erstellt werden. Dafür ist ein Antrag von mindestens zehn stimmberechtigten Frauen erforderlich.

Die Mehrheit der Frauen einer Landesversammlung hat ein Vetorecht mit aufschiebender Wirkung für die gleiche Versammlung. Das Vetorecht kann je Beschlusslage nur einmal wahrgenommen werden. Die Kreisverbände sind aufgefordert, analoge Regelungen in ihre Satzung aufzunehmen.

### **4. INNERPARTEILICHE STRUKTUREN IM LANDESVERBAND**

- a) Frauenratschlag
- b) Koordinationsgruppe
- c) Projektgruppen
- d) Landesarbeitsgemeinschaft Frauenpolitik

In der Landesarbeitsgemeinschaft Frauenpolitik arbeiten nicht nur GRÜNE Frauen mit, sondern alle Frauen, die das Interesse haben, Frauenpolitik bei *Bündnis 90/DIE GRÜNEN* Baden-Württemberg zu gestalten. Die LAG Frauenpolitik nimmt Stellung zu aktuellen politischen Fragen, die das Interesse von Frauen berühren. Die LAG versucht, den Kontakt unter GRÜNEN Frauen auf allen Ebenen in Baden-Württemberg zu koordinieren. Stimmberechtigt in der Landesarbeitsgemeinschaft Frauenpolitik sind: die Koordinationsgruppe, die Delegierten des Landesverbandes im Bundesfrauenrat, je eine Delegierte aus den Kreisverbänden von *Bündnis 90/DIE GRÜNEN* Baden-Württemberg, die bestimmt oder gewählt werden.

Die LAG Frauenpolitik wählt die Koordinationsgruppe (siehe Art. 4 b) und nimmt deren Bericht entgegen. Weiteres regelt eine Geschäftsordnung.

### **5. EINSTELLUNGSPRAXIS DER GRÜNEN PARTEI**

*Bündnis 90/DIE GRÜNEN* Baden-Württemberg wird als Arbeitgeberin in der Landesgeschäftsstelle, der Landtagsfraktion und den Abgeordnetenbüros alle Stellen auf allen Qualifikationsniveaus mindestens zur Hälfte mit Frauen besetzen. In Bereichen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind, werden sie so lange bevorzugt eingestellt, bis mindestens die Parität erreicht ist.

**Das Statut ist Bestandteil der Landessatzung**



©Landesarbeitsgemeinschaft FrauenPolitik 2009  
c/o Landesgeschäftsstelle Bündnis 90/DIE GrÜNEN  
Forststraße 93, 70176 Stuttgart  
frauenpolitik@lag.gruene-bw.de  
www.frauenpolitik.gruene-bw.de